



54. Sitzung

Mittwoch, 2. Juni 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung der Ersten Vizepräsidentin		Roland Heintze CDU	3358
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	3343	Fraktion der CDU:	
		Urbanität am Hafen – ein neuer Stadtteil entsteht	
		(Fortführung am 03.06.2010)	
Aktuelle Stunde	3343	Fraktion der SPD:	
Fraktion der GAL:		Sicherheitslage in Hamburg – unsere Stadt braucht entschlossenes und mutiges Handeln gegen zunehmende Gewalt	
		(Fortführung am 03.06.2010)	
Mehr Geld für bessere Schulen – Hamburg setzt Maßstäbe in der Krise		Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten	3361
Jens Kerstan GAL	3343	Ergebnis	3361
Marino Freistedt CDU	3344	Antrag der Fraktion der GAL:	
Ties Rabe SPD	3345	Vorbilder schaffen: das Gewaltpräventionsprojekt "HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre"	
Dora Heyenn DIE LINKE	3346	– Drs 19/6243 –	3361
Christa Goetsch, Senatorin	3347	Christiane Blömeke GAL	3361, 3365
Linda Heitmann GAL	3348		
Wolfgang Beuß CDU	3349		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3350		
Christiane Blömeke GAL	3351		
Fraktion DIE LINKE:			
Haushaltskonsolidierung ja – aber sozial gerecht und zukunftsfähig			
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3352		
Thies Goldberg CDU	3353		
Dr. Peter Tschentscher SPD	3353, 3359		
Jens Kerstan GAL	3354, 3360		
Carsten Frigge, Senator	3355		
Dora Heyenn DIE LINKE	3357		

Stephan Müller CDU	3362	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3391
Carola Veit SPD	3363		
Kersten Artus DIE LINKE	3364		
Gabi Dobusch SPD	3366	Beschluss	3392
Farid Müller GAL	3366		
Beschlüsse	3367	Senatsantrag:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes	
Können wir die kulturellen Schätze in den Museen dieser Stadt nutzen?		– Drs 19/6086 –	3392
– Drs 19/6246 –	3367	Beschluss	3392
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3367	Antrag der Fraktion der SPD:	
Brigitta Martens CDU	3369	Zustimmungspflicht des Bundesrates bei Änderung des Atomgesetzes	
Dr. Christel Oldenburg SPD	3370	– Drs 19/6249 –	3392
Dr. Eva Gümbel GAL	3372	dazu	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3373	Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:	
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	3374	Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken	
Beschlüsse	3375	– Drs 19/6372 –	3392
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		Dr. Monika Schaal SPD	3392
Hamburg im "Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung"		Birgit Stöver CDU	3394
– Drs 19/5838 –	3375	Jenny Weggen GAL	3394
Egbert von Frankenberg CDU	3375	Dora Heyenn DIE LINKE	3395
Dirk Kienscherf SPD	3376, 3382	Michael Neumann SPD	3396
Claudius Lieven GAL	3378, 3383	Klaus-Peter Hesse CDU	3397
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	3379, 3384	Beschlüsse	3397
Dietrich Wersich, Senator	3381		
Beschluss	3384		
Antrag der Fraktion der SPD:			
Ausschluss des Präses der Finanzbehörde Frigge von seinen Amtsgeschäften bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens			
– Drs 19/6250 –	3384		
Britta Ernst SPD	3384		
Frank Schira CDU	3386		
Jens Kerstan GAL	3388		
Dora Heyenn DIE LINKE	3388		
Michael Neumann SPD	3389		
Hans-Detlef Roock CDU	3390		

Beginn: 15.02 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet und ich würde sie heute gleich mit zwei Glückwünschen beginnen wollen. Zum einen gratulieren wir unserer Kollegin Carola Thimm, die am Pfingstmontag das zweite Mal Mutter geworden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch wenn sie heute verständlicherweise noch nicht anwesend ist, werden sie die Glückwünsche des Hauses sicherlich erreichen.

Der zweite Glückwunsch, geht – man kann es an dem Blumenstrauß auf der Bank schon sehen – an unsere Kollegin Carola Veit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Veit, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr. Ich finde es immer wieder ganz toll, den Abend mit so vielen Freunden zu verbringen; man kann sich nichts Besseres wünschen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nun mitteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats die GAL-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 55 ihren Antrag aus der Drucksache 19/6207 zurückgenommen hat. Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 61, den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/6244 zu vertagen.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Mehr Geld für bessere Schulen – Hamburg setzt Maßstäbe in der Krise

von der Fraktion DIE LINKE

Haushaltskonsolidierung ja – aber sozial gerecht und zukunftsfähig

von der CDU-Fraktion

Urbanität am Hafen – ein neuer Stadtteil entsteht

und von der SPD-Fraktion

Sicherheitslage in Hamburg – unsere Stadt braucht entschlossenes und mutiges Handeln gegen zunehmende Gewalt

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor 250 Jahren, im Jahr 1763,

hat der Alte Fritz, Friedrich II. von Preußen, das damalige Generallandschulreglement verabschiedet. Das war, ganz kurz gesagt, der wesentliche Schritt hin zu einer allgemeinen Schulpflicht für alle Kinder, auch für die Kinder im ländlichen Raum. Für uns heute ist Schulpflicht für Kinder eine Selbstverständlichkeit, für uns heute ist es im Rückblick völlig unverständlich, dass es in der Bevölkerung massive Widerstände dagegen gab. Große Teile der Bevölkerung fanden es nicht notwendig, dass ihre Kinder Rechnen, Lesen und Schreiben lernten.

Auch heute, im Jahr 2010, machen wir einen großen historischen Schritt in der Schulentwicklung – längeres gemeinsames Lernen, mehr Chancen für alle Kinder in dieser Stadt, eine bessere und gerechtere Schule für alle – und auch heute gibt es Widerstände in der Bevölkerung. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir die Primarschule erfolgreich eingeführt haben, zukünftige Generationen genauso mit Unverständnis auf den Widerstand in der Bevölkerung sehen würden, so wie wir es heute auf die Zeit vor 250 Jahren zu Zeiten des Alten Fritz tun, als es Widerstand gegen eine allgemeine Schulpflicht gab.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Unsere ausländischen Mitbürger begegnen dieser Debatte schon heute mit Unverständnis, denn sie kennen aus ihren eigenen Ländern längeres gemeinsames Lernen als eine Selbstverständlichkeit, die sich millionenfach bewährt hat. Aber auch in einem anderen Punkt sind die von uns beschlossenen Maßnahmen historisch zu nennen, denn eine bessere Schule, mehr Chancen für alle gibt es nicht gratis. Wir müssen viel Geld in die Hand nehmen, um kleinere Klassen zu organisieren, um mehr Lehrer einzustellen, die unseren Kindern einen besseren individuellen Unterricht geben.

Auch in dem Bereich kann man doch nur eines sagen: Inmitten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise, wo Milliarden an Steuereinnahmen fehlen, kann es auch eine Chance sein, sich darauf zu besinnen, was in unserem Gemeinwesen wichtig ist. Hamburg setzt dort Maßstäbe, denn Hamburg hat sich entschieden, auch inmitten der größten Finanzkrise einen mutigen Schritt voranzugehen und jedes Jahr bis zu 74 Millionen Euro zusätzlich in die Zukunft unserer Kinder in dieser Stadt zu investieren. Damit setzt Hamburg Maßstäbe, die bundesweit ausstrahlen werden. Auch dies ist eine historische Entscheidung.

(Beifall bei der CDU und der GAL und einzeln bei der SPD)

Angesichts dessen ist eines jedoch bemerkenswert: Sie alle können heute in den großen Tageszeitungen lesen, dass kleinere Klassen doch so wieso kämen und darüber doch gar nicht abgestimmt werden würde. Das stimmt zum Teil, ist

(Jens Kerstan)

wiederum aber nicht die ganze Wahrheit, denn sollten die Gegner der Primarschule erfolgreich sein, werden wir die Klassen 5 und 6 nicht verkleinern können. Es ist doch unsinnig, an einem Gymnasium in der 5. Klasse mit 19 Schülerinnen und Schülern zu starten und zwei Jahre später wieder auf eine Klassenfrequenz von 28 zu gehen. Falls die Gegner gewinnen, wird die Konsequenz sein, dass Hamburg keine 970 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer einstellt, sondern 354 Lehrer dann nicht eingestellt werden und der Hamburger Haushalt mit 18,25 Millionen Euro weniger belastet wird, und das Jahr für Jahr.

Man kann über die Krise denken, was man will, aber in der Krise zu entscheiden, der Staat solle bei der Bildung unserer Kinder sparen, das ist die falsche Entscheidung. Wenn wir mehr Geld in die Bildung unserer Kinder stecken sollen, kommt es auf diesen Volksentscheid an; das muss einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL und einzeln bei der SPD)

Diese Schulreform wird auch im Baubereich Kosten verursachen und auch da gilt: Man soll den wirklichen Grund für diese Mehrkosten benennen; denn erstaunlicherweise liest man in der Zeitung auch, man solle sich die Mehrkosten im Baubereich für die Primarschule doch sparen und lieber die Klassen verkleinern. Darauf kann man doch nur zwei Sachen sagen: Wie viel kleiner sollen die Klassen denn noch werden? Von so kleinen Klassen, wie wir sie jetzt in Hamburg einführen, wagen andere Bundesländer noch nicht einmal zu träumen. Zum anderen entsteht der größere Teil des Baubedarfs, weil wir kleinere Klassen einführen und deshalb mehr Räume brauchen.

Ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns gemeinsam für bessere und gerechtere Schulen streiten, damit unsere Kinder ohne Ausnahme das erhalten, was sie brauchen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Tue Gutes und rede darüber. Dieser Leitgedanke könnte auch über unsere finanziellen Planungen für den Fachbereich Bildung und Schule stehen, denn Hamburg erlebt, wie wir gerade gehört haben, die größte Investition in den Schulbereich der letzten Jahrzehnte und ist mit dieser geplanten Finanzausstattung für Hamburger Schülerinnen und Schüler ein überzeugendes Vorbild in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dies entspricht auch den Zielen der Bundesrepublik und der Bundeskanzlerin, die vor knapp einem Jahr die Bildungsrepublik ausgerufen hat. Wenn der jetzige Senat trotz Wirtschaftskrise – ich wage zu sagen, wegen der Wirtschaftskrise – auch hohe Investitionen vornimmt, dann beruhen diese Einzelmaßnahmen und Zahlen auf dem Umstand, dass wir grundlegend in Hamburg das Bildungssystem zukunftssicher, leistungsfähig und sozial ausgewogen gestalten müssen. Über die Inhalte haben wir in diesem Hohen Haus schon häufig debattiert, gelegentlich auch gestritten. Jetzt, wo es um die Umsetzung in den nächsten Jahren geht, begrüßen wir die neuen Haushaltsansätze der Schulbehörde.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig, dass wir den Mehrbedarf im Schulbereich bereitstellen und dieses auch mit dem neuen Modell der Primarschule, der Stadtteilschule, mit der Sicherung und Vertiefung gymnasialer Bildung sowie mit den pädagogischen Prinzipien des individuellen Lernens und der besseren und erweiterten Integration beziehungsweise Inklusion verbinden. Für das Wohl und die Zukunft unserer Kinder geben wir in schwieriger Zeit dringend notwendig gewordenen Geld frei. Für Betriebskosten – lassen Sie mich das erwähnen – werden ansteigend von 22 Millionen Euro bis 2016 74 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, davon allein im Jahr 2016 zum Beispiel 46 Millionen Euro für den bürgerchaftlichen Kompromiss, den wir im März getroffen haben. Für dieses Jahr werden die zusätzlichen Mittel dem Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds Hamburg entnommen. Die weiteren Mehrkosten werden im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Haushaltsaufstellung berücksichtigt.

Der Investitionsbereich wird circa 200 Millionen Euro umfassen; es sind hauptsächlich Um- und Anbauten von Klassenräumen und Fachräumen, die dem Unterricht in der Primarschule dienen. Dabei achtet die Behörde besonders darauf, dass notwendige Flächen auch in bestehenden Gebäuden wirtschaftlich genutzt werden. Bis zum Jahr 2016 werden wir annähernd – mein Kollege Kerstan hat davon gesprochen – 1 000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Diese dienen dem notwendigen Ziel, Klassen zu verkleinern, den Ganztags schulbetrieb zu unterstützen sowie die Arbeitsbedingungen der Lehrerschaft zu verbessern.

Meine Damen und Herren in der Bürgerschaft! Wir haben einen wegweisenden, einen mutigen, aber auch notwendigen Schritt getan, um unsere Schülerinnen und Schüler in Hamburg, ob groß oder klein, zu fördern. Wir als Politiker sind gefordert, unsere schulpolitischen Entscheidungen finanziell abzusichern, und wir sind gefordert, Rechenschaft darüber abzulegen. Wir begrüßen das breite Band

(Marino Freistedt)

gemeinsamer Entscheidungen in der Bürgerschaft und unterstützen den bildungspolitischen Weg der Regierungsfractionen CDU und GAL. Der Erste Bürgermeister Ole von Beust sowie die Schulsenatorin Christa Goetsch gehen verantwortungsvoll mit den bildungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit und unserer Stadt um. Sie können sich auf unsere Unterstützung verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtzeitig vor dem Volksentscheid wird für alle klar, dass es das Parlament ernst meint mit den vereinbarten Schulverbesserungen. In den nächsten sechs Jahren werden jedes Jahr über 160 zusätzliche Lehrer eingestellt. 2016 wird Hamburg dann 970 Lehrerinnen und Lehrer mehr als heute haben und das ist auf jeden Fall richtig so.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Das ist auch deshalb richtig, weil CDU und FDP gern dabei vergessen, dass sie in den letzten Jahren Lehrerstellen abgebaut haben, und zwar nicht zu knapp. Hamburg hat heute noch immer weniger Lehrer, als der letzte SPD-Senat 2001 übergeben hat. Es heißt so schön: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Übertragen auf die Schulen sage ich: Nur Schüler aus bildungsengagierten Elternhäusern können sich schlechte Schulen leisten; sie lernen auch so genug. Wer zu Hause dagegen keine Unterstützung erhält, der braucht eine hervorragende Schule. Wer also mehr für Chancengleichheit und mehr für bessere Bildung tun will, der muss für kleinere Klassen, besseren Unterricht und besser qualifizierte Lehrer sorgen. Wir haben das im Schulgesetz durchgesetzt und darauf sind wir auch ein Stück weit stolz.

(Beifall bei der SPD)

Qualifizierte Lehrer, ausreichend Räume, Qualitätstests für die Primarschule, das war alles versprochen, aber es stand nirgends. Die SPD hat durchgesetzt, dass diese Versprechen endlich verbindlich im Schulgesetz festgeschrieben sind. Kleinere Klassen sind heute der Hit bei jeder Diskussionsveranstaltung über die Schulreform. Ich will nur daran erinnern, dass es eigentlich anders geplant war und erst die SPD diese Verkleinerung durchgesetzt hat. Der Erfolg ist jetzt erkennbar. 2010 beginnen die ersten Klassen mit einer durchschnittlichen Größe von 20,7 Schülerinnen und Schülern pro Klasse, über ganz Hamburg gerechnet; das ist wirklich ein großer Erfolg. Außerdem wird das Elternwahlrecht beibehalten – was ursprünglich auch nicht geplant war –, Oberstufen für die Stadtteil-

schulen wurden von der SPD durchgesetzt, natürlich ist auch Schluss mit der Belastung durch das Büchergeld und erwähnenswert ist obendrein die Zeitplanung mit Augenmaß. Die Primarschule kommt in zwei Stufen, je nach Entwicklung vor Ort. Die SPD hat dafür gesorgt, dass eine gut gemeinte Reform – das erkennen wir an – jetzt auch gut gemacht wird, und deshalb sind wir für die entsprechenden Änderungen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles kostet auch etwas und viele sagen jetzt, Hamburg habe das Geld nicht, was ja stimmt. Aber es ist trotzdem kein Argument, denn jedes Jahr verlassen dreieinhalbtausend Schülerinnen und Schüler als Schulverlierer Hamburgs Schulen. Wenn sie danach auch noch in der Arbeitswelt scheitern, dann kosten sie den Steuerzahler, den Staat im Laufe ihres Lebens sicherlich eine halbe bis 1 Million Euro. Wenn man das mit der Schulreform vergleicht und auf diese sogenannten Risikoschüler umrechnet, gibt die Schulreform für jeden dieser Schüler 21 000 Euro aus. Fazit ist: Gute Bildung kostet zwar Geld, aber schlechte Bildung kostet noch viel mehr Geld und auch deshalb haben wir die Reform entsprechend nachgebessert.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Lehrerstellen schaffen eine Voraussetzung für eine bessere Schule, aber dabei sollten wir nicht stehenbleiben.

Erstens: Wir brauchen Schulen, die Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler übernehmen. Zu oft haben Schulen – gleich, welcher Schulform – in der Vergangenheit unbequeme Schüler abgeschult, umgeschult oder ohne Abschluss entlassen.

Zweitens: Wir müssen die Chance des gemeinsamen Lernens auch ergreifen und dafür brauchen wir drittens einen besseren Unterricht. Dass gemeinsames Lernen eine Chance bietet, ist in diesem Haus unumstritten. Ich sage dies noch einmal in Richtung all derer, die das bezweifeln. Es nützt ganz klar sowohl den benachteiligten als auch den besonders leistungsstarken Schülern. Es ist eine gute Sache, allen Schülern eine bessere Bildung zu verschaffen, aber wir brauchen dazu einen anderen Unterricht. An der Stelle will ich auch klar sagen, dass hier noch viel zu tun ist. Geld in das System zu geben ist der Anfang, aber man muss es dann auch sinnvoll einsetzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Richtig!)

Wir haben uns gerade mit der Schulinspektion beschäftigt und sie zeigt deutlich, dass es Disziplinprobleme, langweiligen Unterricht, schlecht vorbereitete Lehrer und Unterforderung an zu vielen Schulen gibt. Das neue Schulgesetz verspricht Fortbildung und Teamarbeit der Lehrer. Das ist gut und steht immerhin schon auf dem Papier, doch

(Ties Rabe)

die Anhörungen im Schulausschuss zeigen auch, dass bisher herzlich wenig passiert. Wir haben zum Beispiel einen Schul-TÜV, aber weder eine TÜV-Plakette – um im Bild zu bleiben – noch eine Reparaturwerkstatt. Wenn eine Schule schlecht abschneidet, gibt es nicht einmal einen Maßstab, um das klar zu benennen, und erst recht keine entsprechenden Maßnahmen. Deshalb sagen wir, dass wir diese Reform jetzt auch weiterführen müssen. Wir brauchen endlich eine sich selbst tragende Qualitätsoffensive für eine bessere Schule, für einen besseren Unterricht.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Wenn wir Millionen in die Hand nehmen, um die Schulen zu verbessern, dann sind wir es den Steuerzahlern und erst recht den Schülerinnen und Schülern schuldig, dafür zu sorgen, dass das Geld auch etwas nützt. Also lasst uns handeln, wir haben lange genug gewartet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sind geringer, als wir uns das leisten können."

Das ist ein bekanntes Zitat vom alten Bundespräsidenten Johannes Rau. Jetzt sind wir in der Krise und überall wird die Frage gestellt, was wir uns überhaupt noch leisten können. Dabei sind sich Politiker und Bildungswissenschaftler jeglicher Couleur einig, dass bei Bildung und Forschung nicht gespart werden darf. Es wird allerdings immer so getan, als würden jetzt die Bildungsausgaben überproportional in die Höhe getrieben. Davon kann überhaupt keine Rede sein, wie die Zahlen deutlich zeigen. Die Bildungsausgaben in Deutschland sind prozentual zum Bruttoinlandsprodukt, zum Beispiel im Jahre 2008, dem Jahr, als die Wirtschaft noch satte Gewinne einfuhr, im Verhältnis zum Vorjahr weiter gesunken. Im internationalen Vergleich der Bildungsausgaben der OECD-Staaten liegt Deutschland konstant auf einem der hinteren Plätze. Im OECD-Durchschnitt liegen die Ausgaben für Bildung bei 5,7 Prozent vom BIP und Deutschland lag 2006 mit 4,8 Prozent nur noch vor Irland, Spanien und der Slowakei. Nach neuesten Zahlen wenden die europäischen Staaten durchschnittlich 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auf. Deutschland landet mit 3,9 Prozent auf Platz 14 von 15 EU-Staaten; dahinter folgt nur noch Griechenland mit 2,3 Prozent. In absoluten Zahlen erhöhten sich zwar die Bildungsausgaben,

aber der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist in den fetten Jahren sogar noch gesunken.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Heyenn, sprechen Sie doch mal zur Sache!)

Bildung ist in der Bundesrepublik Ländersache und hier ergeben sich nochmals bemerkenswerte Unterschiede. So lagen die Ausgaben in Hessen und Hamburg 2006 mit je 2 Prozent des BIP deutlich hinter denen von zum Beispiel Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen, die 4 bis 4,5 Prozent des BIP investierten. Das muss man einmal unter dem Aspekt, dass Hamburg die Stadt der Millionäre ist, betrachten; das ist eigentlich doppelt schlimm. Statistiken zeigen, dass die Schülerzahlen in Hamburg von den Neunzigerjahren bis heute gestiegen sind. Aber die Anzahl der Lehrkräfte hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten – darauf hat Herr Rabe hingewiesen –, was zu einer noch einmal verschlechterten Schüler-Lehrer-Relation führte, nämlich zur Streichung von Förderunterricht, die Doppelbesetzung in der Klassenführung fiel häufig weg, die Fortbildung wurde zurückgefahren und größere Klassen waren die Folge. Diese Entwicklung ist Ausdruck davon, dass die staatlichen Ausgaben für Schule und für den Bildungsbereich insgesamt bei steigendem Bedarf seit Mitte der Neunzigerjahre stagnieren beziehungsweise sogar rückläufig waren.

Nun hat der Senat nicht nur eine neue Schulreform auf den Weg gebracht, sondern nach intensiven Verhandlungen, auch mit der Opposition, ein Finanzierungskonzept für die Schulen vorgelegt. Andere reden von Kürzungen im Bildungsbereich, die Freie und Hansestadt Hamburg investiert laut der Behörde für Schule und Berufsbildung massiv in ihre Schulen für bessere Chancen der jüngeren Generation.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja auch richtig!)

– Regen Sie sich nicht auf, Herr Beuß.

Wir von der LINKEN begrüßen das, meinen aber auch, dass hier zwei Dinge zusammenkommen. Erstens hatte Hamburg einen großen Nachholbedarf. Die GEW hat die ganzen Jahre über immer wieder darauf hingewiesen, dass 1 000 Lehrer an den Hamburger Schulen fehlen. Zweitens kann das Schulwesen nur verbessert werden mit strukturellen, pädagogischen und zusätzlichen finanziellen Mitteln. Deshalb war dieser Schritt überfällig und nur konsequent. Ihn als vorbildlich oder historisch zu bezeichnen, das halten wir für ein bisschen hoch gegriffen, Herr Kerstan.

Gar nicht verstehen können wir allerdings die Diskussion, die zurzeit in der Stadt geführt wird. Es war die Initiative "Wir wollen lernen!", die noch vor Monaten propagierte, es könnte bei der vierjährigen Grundschule bleiben, wenn nur die Klassen-

(Dora Heyenn)

frequenzen in den Hamburger Schulen gesenkt würden; das allein würde schon eine bessere Schule ausmachen. Heute sagen die Gleichen, dass die Kosten für zusätzliche Klassenräume und 970 Lehrer nicht zu vertreten seien und dass das Geld lieber woanders investiert werden sollte, wozu sie Vorschläge machen würden. Was haben sie denn geglaubt, welche Auswirkungen kleine Klassen von nunmehr maximal 23 beziehungsweise 19 Kindern haben? Haben sie geglaubt, es gäbe einen selbst organisierten Freiluftunterricht oder was haben die sich vorgestellt, als sie die Forderung nach kleinen Klassen gestellt haben?

Für meine Fraktion kann ich nur sagen, dass wir froh sind, hier in der Bürgerschaft im Konsens mit allen Fraktionen – ich betone, mit allen – das Büchergeld abgeschafft und kleinere Klassen durchgesetzt zu haben. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass irgendjemand das wieder rückgängig machen will, egal, wie der Volksentscheid ausgeht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Senatorin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der wünschen allein nicht mehr hilft. An dieser Einsicht kommt niemand vorbei, der sich mit der Haushaltssituation in unserer Stadt befasst, und es geht uns nicht nur in Hamburg so. Ich konnte letzte Woche auf der Kultusministerkonferenz feststellen, dass dies natürlich ein großes Thema in allen Bundesländern ist und dass sich inzwischen die Kultusministerkonferenz in verschiedene Gruppen aufspaltet. Die erste Gruppe von Bundesländern rückt inzwischen offen vom 10-Prozent-Ziel ab. Die zweite Gruppe fängt an, rhetorische Pirouetten zu drehen, um das nicht ganz offen sagen zu müssen. Dann gibt es eine dritte Gruppe, die hält klar am 10-Prozent-Ziel fest und ist grundsätzlich gegen Einsparungen bei der Bildung, um dieses Ziel möglichst zu erreichen. Dann gibt es noch eine vierte Gruppe, die sagt, sie fahre ihre Ausgaben für die Bildung massiv nach oben und diese vierte Gruppe besteht alleine aus dem Bundesland Hamburg.

So ist die Situation. Es wird zwar immer wieder gerne im Kontext der Schulreform davon gesprochen, dass Hamburg einen Sonderweg diskutiert. Wenn man sich die Strukturen ansieht, dann gibt es Länder, die über Gelenkklassen reden, dann gibt es Länder, die über kooperative Realschule plus reden, und es gibt Länder, die über Y-Modelle reden, und es ist dann Aufgabe der Eltern, sich eine Schneise durch dieses Dickicht zu schlagen. Ich glaube, in Hamburg halten wir uns an eine

Grundregel, die Schulpolitik leiten sollte, nämlich von den Familien und Kindern auszugehen, das heißt, überschaubar in der Struktur, aber anspruchsvoll im Inhalt.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Michael Neumann SPD*)

Das ist der Weg längeres gemeinsames Lernen in der Primarschule, dann die Stadtteilschule und das Gymnasium, also zwei Wege bis zum höchsten Bildungsabschluss. Das ist kein Sonderweg, sondern ein besonders guter Weg, wenn man von den Kindern und Familien aus denkt. Es ist höchste Zeit, dass ein Bundesland den Anfang macht und diesen besonders guten Weg beschreitet.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GAL*)

Es ist bereits mehrfach gesagt worden, dass es dieses nicht umsonst gibt, sondern dass in Bildung investiert werden muss. Wir müssen uns natürlich auch fragen lassen, warum wir diesen besonderen Weg gehen. Da gibt es ein sehr schönes Wort des ehemaligen Präsidenten der Harvard-Universität, Derek Bok, der sagt, Zitat:

"Wer der Meinung ist, Bildung sei teuer, der versuche es doch mal mit Unwissenheit."

Wenn wir uns es weiter leisten, nicht mehr Spitzenleistungen zu fördern und uns nicht davon verabschieden, die Hauptstadt der Bildungsungerechtigkeit zu bleiben, dann bedeutet das auch für unseren Standort Hamburg Fachkräftemangel, steigende Armut, sinkende Wettbewerbsfähigkeit und natürlich auch weniger Steuereinnahmen.

Auch ich bin sehr dankbar dafür, dass wir ein solch breites Bündnis hinbekommen haben, dass es diesen Konsens bei den Fraktionen in der Bürgerschaft gibt, dass aber auch außerhalb unseres Parlaments die Unternehmen, die Sozialverbände, die Gewerkschaften, die Handwerkskammer und viele andere Institutionen, die sich um das Gemeinwohl der Stadt Gedanken machen, für diese Schulreform stimmen. Selbst wenn wir aufgrund der Haushaltssituation eines Tages hier im Rathaus jede zweite Glühlampe herausrauben müssten, um Geld zu sparen, würden wir immer noch Geld für eine bessere Bildung unserer Kinder ausgeben.

Deshalb noch einmal zu der inhaltlichen Frage, zu den Strukturen: Wir wissen ganz genau, dass längeres gemeinsames Lernen alleine, also die Strukturveränderung, noch nicht zu besserem Unterricht führt und wir deshalb immer wieder gleichzeitig an die Qualität und die Gerechtigkeit denken müssen und das gibt es nicht umsonst. Die 74 Millionen Euro Betriebsmittel für die kleineren Klassen, für mehr Lehrer und verbesserte Unterrichtsbedingungen, die letztendlich 970 Lehrerstellen beinhalten, sind genannt worden. Die Lehrerausstattung und die Sprachförderung werden in al-

(Senatorin Christa Goetsch)

len drei Schulformen verbessert. Auch die Einführung, also die konzeptionelle Arbeit der Kollegen, wird unterstützt und – was auch sehr wichtig ist – es werden mehr Gymnasiallehrer in den nächsten Jahren ausgebildet, über 450 Lehrerinnen und Lehrer mehr, um entsprechend gut ausgebildete junge Leute einstellen zu können.

Herr Rabe, Sie haben den wichtigen Punkt Qualitätssicherung genannt. Wir werden in der Schulinspektion die Intervalle verkürzen, wir werden die sogenannten failing schools sofort bearbeiten und es wird für alle möglichen qualitativen Unterrichtsverbesserungen Geld ausgegeben. Das ist sinnvoll und nicht zuletzt wird das Büchergeld wieder abgeschafft.

Ich will noch einmal auf die Baukosten kommen, die eben von Ihnen, Frau Heyenn, angesprochen wurden. Natürlich ist völlig klar, dass bei kleineren Klassen mehr Kosten entstehen, aber dieser Zubaubedarf wird mehrere Jahre erfordern. Man muss auch mit der Wahrhaftigkeit der Aussagen umgehen, die zum Beispiel die Reformgegner immer versuchen, uns weiszumachen. Sie sagen – Zitat –:

"Bessere Bildung und kleinere Klassen ohne teure Primarschulbauten."

Das ist ihr Hauptargument, aber dieses Argument hält einer sachlichen Überprüfung nicht stand. Hier werden die Kosten für das Ganztagschulprogramm, die Einrichtung neuer Fachräume, neuer Sporthallen, zusätzlicher Unterrichtsräume für die kleineren Klassen addiert, aber damit nicht genug: Auch das Geld für den Sanierungsbedarf und für den Neubau wird noch locker dazugerechnet.

Meine Damen und Herren! Das kann nicht angehen. Wer nicht baut, bekommt eben auch keine kleineren Klassen. Insofern ist die mangelnde Wahrhaftigkeit das, was mich an dieser Polemik ärgert. Man glaubt fast, die Hamburgerinnen würden über Ziegel und Mörtel abstimmen und nicht über die Zukunft unserer Kinder. Das ist weiß Gott nicht der Fall und deshalb sollte man sich da absolut dagegenstellen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vor Kurzem fiel mir ein Beitrag der "stern"-Redakteurin Nikola Sellmair für die Zeitschrift "Menschen. das Magazin" in die Hände. Er trägt den Titel: "Zwei Kinder. Zwei Welten" und porträtiert die beiden Grundschulkinder Gregor aus Othmarschen und Monique aus dem Phoenix-Viertel. Am Beispiel dieser beiden schildert der Artikel, wie unterschiedlich die Lebenswirklichkeit von gleichaltrigen Kindern in unserer Stadt sein kann. Weil ich diesen Artikel so beeindruckend finde, möchte ich zum Schluss meiner Rede mit freundlicher Genehmigung der Autorin zitieren:

Sie kennt kein einziges Gymnasium in der Nähe mit Namen. Aber sie will sich anstrengen und später Tierärztin oder Lehrerin werden. Zwei Kinder möchte sie und irgendwo im Grünen leben, 'wo die Luft frischer ist'. Vielleicht wird Monique wirklich als erste in ihrer Familie das Abitur machen. Womöglich wird sie tatsächlich studieren. Sie hätte dann den alten Traum vom sozialen Aufstieg wahr gemacht: Du kannst es schaffen, wenn Du Dich nur anstrengst. Doch die Statistik spricht dagegen. Die Pisa-Studie zeigt: Kein anderes Bildungssystem benachteiligt die Benachteiligten und bevorzugt die Bevorzugten so stark wie das deutsche. Heute mehr denn je gilt: Du wirst, was Deine Eltern sind. Das ist vielleicht das Erschreckenste an den unterschiedlichen Welten von Gregor und Monique. Denn Ungleichheit wird erst dann richtig ungerecht, wenn der Aufstieg fast unmöglich ist, sagen Sozialphilosophen.

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Am Anfang meiner Rede sagte ich, dass wir in einer Zeit leben, in der sich etwas wünschen allein nicht mehr hilft. Mit Blick auf ein Kind wie Monique aus dem Phoenix-Viertel füge ich hinzu, dass wir auch nicht länger die vielen Kinder ohne Chancen lassen dürfen, denen bisher allein das Wünschen hilft. Wir wünschen uns nicht nur eine bessere Bildung für alle Kinder unserer Stadt, wir sorgen jetzt gemeinsam dafür, dass die Kinder sie auch endlich bekommen.

– Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein Kollege Kerstan hat schon von den Reformen von Friedrich dem II. erzählt, Frau Heyenn hat Johannes Rau zitiert

(*Michael Neumann SPD:* Das ist immer gut!)

und ich möchte, auch wenn das vielleicht für eine Grüne etwas ungewöhnlich ist,

(*Michael Neumann SPD:* Horst Köhler zitiert!)

mit einem Verweis auf Bernhard Vogel einsteigen. Bernhard Vogel hat in "Der Zeit" in der letzten Woche einen Nachruf auf den hessischen Bildungspolitiker Ludwig von Friedeburg geschrieben. Vogel beklagt in seinem Nachruf die Mutlosigkeit moderner Bildungspolitiker. Ich möchte zwei Zitate aus diesem Artikel vorlesen:

"Sein Tod [...] mahnt uns, seine zentrale politische Fragestellung [...] nicht zu vergessen: Wie muss ein Bildungssystem beschaf-

(Linda Heitmann)

fen sein, damit jedes Kind gleiche Chancen zur Entwicklung seiner Anlagen und Fähigkeiten hat?"

Später heißt es in dem Artikel:

"Wo streiten sich Kultus- oder Bildungsminister heute heftig und öffentlich um diese Frage? [...] Wo sind die Friedeburgs von heute?"

Meine Damen und Herren! Vogel hat recht mit seiner Analyse, dass es in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele halbherzige Reformen in der Bundesrepublik gab. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir in Hamburg zeigen können, dass es auch anders geht. Wir machen deutlich, dass es auch heute mutige Diskussionen und Reformen gibt. Anders als die Modellprojekte und Reförmchen in anderen Bundesländern bemühen wir uns gerade um eine grundlegende Reform des Schulsystems und ich bin froh, dass wir das parteiübergreifend tun. Wir haben damit etwas geschafft, was sich viele Menschen immer wünschen, nämlich statt Parteienstreit, der sich gegenseitig blockiert – so kommt es häufig in der Öffentlichkeit an –, streiten wir mit Einigkeit, um eine richtige Sache voranzubringen.

(Beifall bei der GAL und der CDU und einzeln bei der SPD)

Es geht bei diesem Volksentscheid nicht darum, welche Partei gewinnt oder verliert, sondern wir gewinnen oder verlieren alle gemeinsam. Dabei sieht uns ganz Deutschland zu. Wir müssen zum Vorreiter werden und wir können auch zum Vorreiter werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dabei gilt es aber – und das merken Sie wahrscheinlich genauso wie ich dieser Tage auf der Straße –, vielen Bedenken, die bei solch einer Reform auftreten, konsequent und sachlich zu begegnen, denn so sehr Reformen vom Bürger immer wieder angemahnt werden, wecken sie doch grundlegende Veränderungen, Zweifel und Ängste. Das Festhalten an Bewährtem und Bekanntem erscheint häufig viel einfacher. Im Hinblick auf die Bildungsreform gehe ich deshalb auf einige zentrale Ängste noch einmal ein.

Der Wechsel von heute vier Jahren gemeinsamen Lernens in der Grundschule mit drei oder mehr Schulformen im Anschluss hin zur sechsjährigen Primarschule mit nur zwei Wegen im Anschluss, die beide zum Abitur führen, lässt viele zweifeln, ob das Niveau des Unterrichts nicht insgesamt sinkt, ob ihr Kind unterfordert ist, ob es früh genug eine Förderung bekommen kann, die seinen Interessen entspricht, ob es in wenigen Jahren nicht vielleicht zur nächsten Umwälzung der Schullandschaft kommt und ob Hamburg hier nicht einen Sonderweg geht. All diese Zweifel sind verständlich und werden in der Öffentlichkeit leider auch im-

mer wieder bewusst geschürt, aber sie sind unbegründet. Die "Hamburger Morgenpost" hat am Montag erfreulicherweise all diese Argumente noch einmal in präziser Weise widerlegt. Hamburg schlägt mit dieser Reform einen Weg ein, der sich in fast allen europäischen Ländern bereits bewährt hat und dort seit langem Standard ist. Und die Erfahrungen zeigen, dass von dem längeren gemeinsamen Lernen sowohl starke als auch schwache Schüler profitieren können.

Wir geben den Schulen mit unserer parteiübergreifenden Vereinbarung die Sicherheit, dass sich die neue Schulstruktur mindestens zehn Jahre in Ruhe entwickeln kann. Im Zusammenhang mit der Debatte um die Schulreform weise ich noch einmal darauf hin, dass die Ursachen für viele schlechte Schulkarrieren heute auch darin zu suchen sind, dass Schüler das Gefühl des Versagthabens erleben, wenn nämlich ein Kind bereits nach der vierten Klasse eine Hauptschulempfehlung und damit das Gefühl bekommt, Verlierer in dieser Gesellschaft zu sein oder wenn Kinder sitzen bleiben, weil sie scheinbar den Anforderungen ihrer Altersgenossen nicht genügen.

Mit solchen Maßnahmen wird Kindern früh der Spaß am Lernen genommen. Wir wollen deshalb in Hamburg neue Wege gehen und solche Erlebnisse in Zukunft vermeiden.

Viele von Ihnen und auch ich selbst haben leider immer noch den klassischen Frontalunterricht im Kopf. Der ist aber lange nicht mehr zeitgemäß.

(Glocke)

Schade, ich hätte gerne noch etwas zur Haushaltslage gesagt, aber das haben viele Redner vor mir schon getan. Von daher schließe ich mich Ihnen an und kann nur noch einmal appellieren: Gehen Sie zum Volksentscheid, stimmen Sie für die Schulreform. Wir können zeigen, dass die Stadt Hamburg noch bildungspolitische Visionen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU und einzeln bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schulfriede hin, Schulfriede her – Herr Rabe, so kann man das nun auch nicht machen. Sie versuchen in dieser Debatte, in einer Art Selbstbeweihräucherungsaktion all die großen Taten hervorzuheben,

(Ingo Egloff SPD: Das sind aber Fakten, Herr Beuß!)

die die SPD angeblich in diesen Verhandlungen durchgesetzt hat.

(Wolfgang Beuß)

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Nun hören Sie doch einmal zu, gerade Sie, Herr Kienscherf.

(*Karin Timmermann SPD*: Sie haben doch das Schulgeld eingeführt!)

Meine Damen und Herren! Die Mehrheit in diesem Haus wird durch Schwarz-Grün und nicht durch Rot-Rot gestaltet.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich nur einmal ganz kurz an Ihre Adresse: Wir haben das mitgetragen und Ihnen die Mehrheit organisiert; so sieht es doch aus.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Herr Rabe, müffelt so ein bisschen Eigenlob in diesem Fall.

Frau Heyenn, wenn Sie die Investitionen im Bund beklagen, dann haben Sie das Haar in der Suppe in Hamburg zurzeit nicht gefunden und gehen deswegen auf Nebenkriegsschauplätze.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Beuß, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Beuß (fortfahrend): – Nein, ich habe zu wenig Zeit, er kann kommen, wenn er will.

In Hamburg konnten Sie nichts finden und deshalb haben Sie heute diese Bundeszahlen zitiert. Die Hamburger Zahlen, Frau Heyenn,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Zwei Prozent!)

lassen sich sehen, wenn Sie einmal ehrlich sind. Wir haben alle zusammen einen guten Job gemacht.

Ich will mich aber weniger auf die Zahlen kaprizieren, denn finanzieren ist eine Sache, diese Reform muss auch gelebt werden. Da haben wir noch eine Menge Nachholbedarf. Heute Morgen habe ich das Vergnügen gehabt, wieder viele Studentinnen und Studenten im ersten Staatsexamen zu prüfen, und ich bin begeistert von diesen jungen Menschen, mit welchem Elan sie auf ihre neuen Aufgaben zugehen. Das sind genau die Menschen, die wir brauchen, um diese Reform als Lehrerinnen und Lehrer nachhaltig mit anzuschieben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Deswegen finde ich es auch gut, dass wir in der Ausbildung von neuen Lehrerinnen und Lehrern noch einen erheblichen Schritt weiter nach vorne gehen, und zwar werden zwischen November 2010 und Mai 2013 zehn zusätzliche Hauptseminare mit jeweils 45 neuen Referendaren

eingerrichtet. Das bedeutet, dass wir am Ende 450 zusätzliche, gut qualifizierte Lehrer haben, die auch ein wesentlicher Bestandteil des Gelingens dieser Reform sein werden.

Gleichzeitig wird noch einmal enorm in die Berufseinstiegsphase investiert. Was ist die Berufseinstiegsphase? Das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die gerade ihr zweites Examen gemacht haben und in den ersten Jahren in ihrem Beruf weiter betreut werden, um diese wichtige Arbeit, die vor ihnen liegt, auch wirklich vernünftig inhaltlich zu füllen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu einer Sache, die mir persönlich sehr wichtig ist, nicht nur, weil ich es auch beruflich mache. Wir sind zurzeit in Hamburg Pioniere nicht nur, was die Schulreform angeht, sondern auch bei der Integration, der Inklusion von behinderten Kindern. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir die UN-Konvention, die Bundesregierung und Bundesrat im letzten Jahr unterschrieben haben, heute in Form des Paragraphen 12 im Hamburger Schulgesetz umsetzen werden, um auch behinderten Schülerinnen und Schülern die Chance zu geben, am wirklichen Unterricht in allen Bereichen teilnehmen zu können und nicht ausgegrenzt zu werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Bei aller Diskussion um die Schulreform würde ich mir auch ab und zu wünschen, dass wir mehr über die Reform der Stadtteilschule sprechen. Die meisten reden nur über die Gymnasien und wie schlimm das alles sei, wenn die Schüler zwei Jahre länger gemeinsam lernen. Viel wichtiger ist, dass wir mit dieser Reform eine integrative Stadtteilschule auf den Weg bringen und dies auch parteienübergreifend.

Das Lämpchen zeigt das Ende meiner Redezeit an und deshalb kann ich darauf nicht weiter eingehen. Aber wir sollten schon zusehen, dass wir in dieser Schulstrukturdebatte alle mitnehmen und deswegen ist es gut, dass wir immer wieder diese Debatten führen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erstens kann man trotz des Versuchs der leichten Kabbeleien feststellen, dass alle Fraktionen sich darin einig sind, dass wir diese Primarschule wollen und wir agieren auch dafür.

Zweitens wussten und wissen alle Fraktionen, dass das mit einer erheblichen Ausweitung von öffentlichen Ausgaben verbunden ist.

(Dr. Joachim Bischoff)

Und drittens – Herr Beuß, auch wenn Sie das vielleicht anders interpretieren – ist es auch richtig, dass, wenn wir eine ganzheitliche Betrachtung vornehmen, diese Investitionen in Bildung und Schule wichtige und gut angelegte finanzielle Ressourcen sind.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und der SPD)

Herr Rabe hat zu Recht gesagt, dass es eine große Illusion sei zu glauben, schlechte oder unzureichend ausgestattete Investitionen seien ein gutes Mittel zur Sanierung oder Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Im Gegenteil, schlechte und unzureichend ausgestattete Schulen und Universitäten bedeuten eine Programmierung von Ausgaben, die an anderer Stelle das öffentliche Gemeinwesen zu viel größeren Ausgaben herausfordern. Diese drei Punkte sind unstrittig.

Auf der anderen Seite ist aber auch klar, dass die rund 600 Millionen Euro, die wir bis 2016 aufwenden – Baumaßnahmen eingeschlossen –, und danach die rund 74 Millionen Euro keine Kleinigkeit in den öffentlichen Finanzen sind. Es muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass diese Ressourcen nicht durch eine Umschichtung aus dem Bildungshaushalt erbracht werden können, sondern dass es in der Tat um Mehrausgaben geht. Ich hoffe, dass alle vier Fraktionen dann auch den zweiten Schritt mit ausgewogenem Blick angehen. Von Gemeinsamkeit wird man nicht reden können, denn wir haben diese Mittel nicht, wir müssen erhöhte Kreditaufnahmen dafür in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen betreiben. Unsere Fraktion wird darauf achten, dass diese Konsolidierung auch sozial ausgewogen bleibt. Wir müssen alles dafür tun, den Eindruck zu vermeiden, als wäre die Ausweitung öffentlicher Mittel für den Bildungsbereich gleichsam gegenfinanziert durch Gebührenerhöhungen oder Kürzungen an anderer Stelle, vor allen Dingen im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Auch wenn die Fraktionen, die das auf den Weg gebracht haben, anders sehen, so haben viele bei der Erhöhung der Kita-Gebühren den Eindruck, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir müssen bei den nächsten Schritten darauf achten, dass dieser Eindruck, wir würden Bildungsreformen nur kurzfristig anlegen, vermieden wird. Die Eltern dürfen nicht den Eindruck haben, dass ihnen einerseits mit der Abschaffung des Büchergeldes wirklich entgegengekommen wird, aber gleichzeitig Gebühren für Kita und Mittagessen erhöht werden. Das ist eine Politik, die nicht glaubwürdig sein wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Michael Neumann SPD*)

Vor dem Hintergrund der extrem schwierigen Haushaltslage und hoher Kreditaufnahmen gehört zu dieser Einigkeit im Bildungsbereich auch – wir werden uns nicht in allem einig sein –, an dieser Stelle noch einmal an Sie zu appellieren, die soziale Ausgewogenheit bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Schule. Meine Kollegin Linda Heitmann hat es richtig gesagt: Das ist etwas Besonderes, wir kämpfen gemeinsam. Viele von uns gehen dafür auf die Straße, führen Gespräche, machen Veranstaltungen und informieren. Wir strengen uns an, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu kommen und zu überzeugen; dazu ein paar Argumente.

Wir führen viele Gespräche mit interessierten Bürgern, aber es gibt auch viele Menschen, die sagen, was interessiert mich das, ich bin zu alt, Schule ist doch kein Thema mehr für mich. Oder wir hören: Meine Kinder sind aus der Schule, das geht mich doch gar nichts mehr an, meine Kinder sind da durch, das interessiert mich eigentlich nicht so. Ich appelliere an Sie alle und auch an die anwesenden Bürgerinnen und Bürger: Aus unserer Sicht ist Bildung wirklich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade in diesem Fall, wo ein Volksentscheid angestrebt wurde und jeder Bürger und jede Bürgerin aufgerufen ist, mit zu entscheiden.

Hier wiegt die Verantwortung ganz besonders schwer, dass wir alle und nicht nur das Parlament, sondern in dem Fall alle Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung tragen, die Verantwortung für eine bessere Bildung für unsere Kinder, dafür, dass mehr Kinder einen guten Abschluss machen und dafür, dass wir möglichst alle Kinder mitnehmen und ihnen die Chancen geben. Das können wir mit den sechs Jahren Primarschule erreichen und mit den vielen anderen Sachen, die eben aufgezählt worden sind: kleinere Klassen, mehr Lehrer, Stadtteilschule und dann die Zweigliedrigkeit. Es ist nicht nur die Aufgabe von Wenigen, dafür zu sorgen, sondern mit dem Volksentscheid ist es Aufgabe eines jeden Einzelnen.

Ich würde mir wünschen, dass der Appell bei allen ankommt: Gehen Sie zum Volksentscheid, wählen Sie mit, wählen Sie die bessere Schule, für die wir uns entschlossen haben, die allen Kindern eine Chance bietet, mitzukommen. Auch später zahlt es sich aus, da wir bessere Abschlüsse, weniger Arbeitslose, mehr Jugendliche, die besser qualifiziert sind, und dadurch auch mehr fachlich qualifizierte

(Christiane Blömeke)

Menschen haben. Nicht zuletzt sind das natürlich nachher die Arbeitskräfte, die die Renten der Jüngeren sichern. Deswegen ist es keinesfalls so, dass man sich der Verantwortung entziehen und sagen kann, meine Kinder sind aus der Schule oder ich bin zu alt. Ich würde mich freuen, wenn alle daran mitwirken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum ersten Thema der Aktuellen Stunde. Dann kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde.

Von der Fraktion DIE LINKE wurde angemeldet

Haushaltskonsolidierung ja – aber sozial gerecht und zukunftsfähig

Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Bischoff, bitte.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Monaten neben der Schulreform auch immer wieder über die gefährliche Schieflage in den öffentlichen Finanzen debattiert und gestritten. Zuletzt forderte der Präsident des Landesrechnungshofs einen schonungslosen Kassensturz, Verzicht auf neue Milliardenschulden und Streichung von unfinanzierbaren Großprojekten. Letzte Woche hat nun der Senat diesem Drängen nach Aufklärung endlich nachgegeben und der Bürgermeister hat über die Presse der Öffentlichkeit einen Kurswechsel angekündigt. Der Finanzsenator, so Ole von Beust, habe nach der Mai-Steuerschätzung einen schonungslosen Kassensturz gemacht – vielleicht hören wir nachher etwas dazu – und die mittelfristige Finanzplanung noch einmal überprüft. Ergebnis: Hamburg habe jahrelang über seine Verhältnisse gelebt, das Prinzip Hoffnung dürfe nicht länger Grundlage des politischen Handelns sein, es wäre besser gewesen, die sprudelnden Steuereinnahmen der Jahre 2006 bis 2008 zu sparen, statt sie auszugeben, die Freie und Hansestadt Hamburg stehe vor gigantischen Problemen. In den nächsten Jahren fehlen gut 500 Millionen Euro pro Jahr im Betriebshaushalt zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben und ab dem Jahr 2014 wird der Fehlbetrag bei einer unterstellten Konjunkturerhöhung sogar über eine Milliarde Euro ansteigen.

Meine Damen und Herren! Neu ist dies beileibe nicht, dies war letztlich alles schon im Herbst bekannt. Allerdings wird diese Erkenntnis jetzt so dargestellt, als wäre dies dem Senat gerade erst bekannt geworden. Richtig und positiv ist auch – das will ich ausdrücklich sagen –, dass die Zeit der kreativen Bilanzierung, von den Finanzsenatoren Peiner und Freytag zur Perfektion gebracht, nun endgültig vorbei sein soll. Richtig ist auch, dass Herr von Beust sagt, das neue Motto für den zwei-

ten Teil der Legislaturperiode könne nur lauten: Die Akzeptanz zum Sparen bekommen wir vom Bürger nur, wenn wir die volle Wahrheit sagen. Und das ist der Punkt, Herr Frigge, die volle Wahrheit muss auf den Tisch, wenn das funktionieren soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen in der Tat weg von der kreativen Bilanzierung, wir müssen alle Schulden, alle Risiken benennen und dann beim Kürzungspaket – auch das habe ich eben schon gesagt – dem Rechnungstragen, dass wir eine soziale Schieflage, einen großen Gegensatz zwischen Arm und Reich in der Stadt haben und dass dieser Gesichtspunkt bei der Konsolidierung berücksichtigt werden muss.

Die Frage ist, woher dieses gigantische Loch kommt. Das haben wir auch schon ein paar Mal erörtert. Einerseits, das wurde lange verschwiegen, ist es den permanenten Steuersenkungsgesetzen der letzten Jahre zuzuschreiben. Der öffentliche Dienst ist gleichsam über die Einnahmepolitik heruntergespart worden. Auf der anderen Seite, das werden wir nicht bestreiten, ist es auch eine Folge der großen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007.

Hamburg hat lange Zeit gesagt, wir wollen das erst einmal über Kredite auffangen und finanzieren und nicht einfach den Gesamtbetrag, der in den Haushalten fehlt, durch Kürzungen aufbringen. Das haben wir in den letzten Jahren oder letzten Monaten immer wieder gesagt, das ist auch richtig, aber jetzt rücken Sie von diesem Gesichtspunkt einfach ab und erhöhen, ohne dass das im Einzelnen ausgewiesen ist, den Kürzungsbedarf von 200 Millionen Euro auf gleichsam 500 Millionen Euro oder mehr und ab 2014 wollen Sie das sogar noch verdoppeln. Wie das im Betriebshaushalt hinkommen soll, bleibt die große Unbekannte. Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen, Beschneidung der Leistungen für Bürgerinnen und Personalabbau beziehungsweise Kürzungen der Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist nach unserer Auffassung illusionär.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie das so umsetzen wollen, wird damit nur eine weitere Beschädigung der Struktur der Hamburger Wirtschaft erreicht.

(Glocke)

Letzter Satz: Wir müssen schon ein wenig mehr überlegen, wie wir den Kurswechsel hinkommen, und da kann ich nur sagen, denken Sie auch daran, in Berlin eine andere Steuerpolitik einzufordern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Bischoff, Sie haben an einer Stelle in der Tat recht. So, wie wir bisher gewirtschaftet haben – das gilt nicht nur für Hamburg, das gilt für alle Gebietskörperschaften und letztendlich auch für unsere europäischen Nachbarn –, ist das größte Menetekel, das wir in der Politik aufgehäuft haben, die öffentliche Verschuldung. Selbst wenn wir hier vorne immer gerne sagen, das hätten wir zu einem erheblichen Teil von Vorgängersensaten übernommen, was zwar stimmt,

(Zurufe von der SPD: Ah! – *Frank Schira*
CDU: Das stimmt ja auch!)

will ich das bewusst hier nicht als Vorwurf formulieren. Warum? In allen Gebietskörperschaften, unabhängig davon, wer regiert hat, wurde diese Art von Politik gemacht. Es ist kein SPD-Phänomen, den öffentlichen Haushalt zu verschulden, und es ist kein CDU-Phänomen, es nicht zu tun, um das ganz klar zu sagen.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt übernimmt den Vorsitz.)

Das ändert aber nichts daran, dass wir in der Tat, und zwar in allen Gebietskörperschaften inklusive Hamburg, vor einem notwendigen Paradigmenwechsel stehen. Dieser Paradigmenwechsel kann nichts anderes heißen, als dass wir so schnell wie möglich dahin kommen müssen, dass die laufenden Einnahmen ausreichen, um laufende Ausgaben zu decken.

(Beifall bei der CDU)

Sie können natürlich die Einnahmen verbessern, das ist eine tolle Idee, aber wie wollen Sie das machen? Das können Sie vor allen Dingen über Steuereinnahmen, das ist eine gute Idee. Nur wissen wir, dass irgendwann wahrscheinlich wieder das Thema Vermögensteuer kommt. Sie wissen, dass wir da die Auffassung vertreten, Leistungsfähigkeit aus Einnahmen, aus Gewinnen zu besteuern und nicht, die Substanz zu besteuern. Da werden wir sicherlich so schnell keine Einigkeit haben. Ansonsten sind wir bei einem Spitzensteuersatz von 45 Prozent – zuzüglich Soli – kurz vor dem, was das Bundesverfassungsgericht als Maximalbesteuerung zugelassen hat.

Was aber viel entscheidender ist: Wir haben besonders in den letzten zwei Jahren insbesondere von den Steuereinnahmen aus hohen Unternehmensgewinnen gelebt. Als großes Menetekel können wir heute erkennen, dass ein erheblicher Teil der Steuermindereinnahmen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltig sein wird, weil die stark rückläufigen Unternehmensgewinne dauerhaft sein werden. Wir werden das nicht in der glei-

chen Form aufholen und Unternehmensgewinne, die nicht stattfinden, können wir nicht besteuern. Das führt zwangsläufig dazu, dass wir auf der Ausgabenseite erheblich mehr tun müssen, als wir es in den ersten Jahren nach dem Regierungswechsel getan haben.

Natürlich haben wir auch eine ganze Menge Mehrausgaben in den letzten Jahren gehabt, im Bereich Kita 200 Millionen Euro

(*Michael Neumann* SPD: Elbphilharmonie, U4, Messebau, HafenCity Universität!)

und erheblich mehr Transferzahlungen im Sozialbereich: 350 Millionen Euro, davon 250 Millionen Euro zulasten Hamburgs.

Sie, lieber Herr Neumann, zitieren immer gern Investitionen, wenn Sie überhaupt einmal fachlich etwas dazu sagen. Investitionen sind aber nicht laufende Ausgaben, das ist etwas völlig anderes. Die Zinsen für die Schulden machen seit ungefähr 20 Jahren eine Zinslast von über 10 Prozent der laufenden Einnahmen aus, da hat sich nicht viel verändert. Sie haben recht: Wir hätten da vielleicht mehr tun sollen. Es ist aber richtig, dass wir das Thema jetzt adressieren und jetzt etwas tun. An dieser Stelle übrigens ein großes Lob an Herrn Tschentscher, der dieses Thema immer mehr und, wie ich finde, auch mittlerweile sehr konstruktiv angeht. Das finde ich gut.

(*Norbert Hackbusch* DIE LINKE: Hey, ist da was im Gange?)

Sie, Herr Dr. Bischoff, werfen uns latent vor, wir würden die Haushaltsentwicklung nicht sozial ausgewogen machen. Das stimmt nicht, das können Sie allein an der Entwicklung des Sozialhaushalts und mit einem Blick auf den Schulbereich feststellen und deshalb geht der von Ihnen erhobene Vorwurf an der Stelle fehl. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Goldberg, das hört sich nun schon ganz anders an. Über die Vermögensteuer und die Einnahmeverbesserungen reden wir sicherlich morgen, heute geht es ums Sparen.

Eines ist klar: Wenn es drei Leute gibt, die für die Hamburger Finanzpolitik der letzten zehn Jahre verantwortlich waren, dann sind das Bürgermeister von Beust und seine zurückgetretenen Finanzsenatoren Peiner und Freytag. Genau diese drei Herren streiten sich jetzt in aller Öffentlichkeit, wer wem welche Verantwortung, Bilanzfälschung oder Täuschung vorwerfen kann. Tatsache ist, dass der Senat die Stadt mit seiner Kassenführung in eine

(Dr. Peter Tschentscher)

schwere Haushaltskrise geführt hat. Tatsache ist auch, dass uns der Streit der dafür verantwortlichen CDU-Senatsmitglieder jetzt nicht weiterhilft.

Das Problem ist auch nicht, Herr Frigge, dass Sie am vergangenen Donnerstag verkündet haben, dass Sie jetzt dramatisch sparen wollen. Das Problem ist, dass der Senat seit Jahren und noch bis Mittwoch letzter Woche behauptet hat, man müsse überhaupt nicht sparen, sondern könne die laufenden Ausgaben in vier Jahren um über 1 Milliarde Euro erhöhen. Damit wird der Haushalt sehenden Auges komplett gegen die Wand gefahren. Wir haben Ihnen das schon vor zwei Jahren gesagt, als Sie Ihre Finanzplanung vorgelegt haben. Wir haben Ihnen auch eine Reihe von Sparvorschlägen gemacht, die alle abgelehnt wurden: Reiterstaffel und Polizei-Orchester, Neubau der HafenCity Universität, Anmietung teuerster Büroflächen, überhöhte Rückstellungen für Mehraufwendungen, Wissenschaftsstiftung auf Kredit, Luxusbindung der HafenCity, Neubau der BSU in Wilhelmsburg, Sonderbehörde Schulbau mit über 40 neuen Stellen, unnötige Millionenplanungen in der Justizbehörde,

(Farid Müller GAL: Das ist ja interessant mit der Justizbehörde!)

Haus des Waldes, neue Bürokratie in der Kulturbehörde, unterirdische Schießstände der Polizei – diese Liste kann man fortführen; viele kleine und große Positionen, die wir abgelehnt haben, weil die Haushaltslage kritisch ist. Sie, meine Damen und Herren von CDU und GAL, haben alles durchgewinkt und applaudiert, wenn Herr Freytag von einem ausgeglichenen Haushalt gesprochen hat.

Wie auch immer, seit Donnerstag ist klar: Wir müssen sparen. Ich will Ihnen sagen, welche Maßstäbe wir weiterhin anlegen werden. Erstens dürfen wir Zukunftsinvestitionen nicht gefährden – dazu gehört auch Bildung, das haben wir gerade gehört – und zweitens müssen wir beim Sparen darauf achten, dass die soziale Schere nicht weiter auseinander geht.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Unsere Sparvorschläge zeigen, dass man mit sozialer und wirtschaftlicher Vernunft sparen kann, ohne die Situation von Familien und Menschen mit geringem Einkommen weiter zu belasten. Damit Sie wissen, worüber wir reden, und damit Sie auch gleich in die Tat umsetzen können, was Finanzsenator Frigge am Donnerstag angekündigt hat, heute gleich ein weiterer Sparvorschlag der SPD-Fraktion.

(Jörn Frommann CDU: Um Gottes Willen!)

Auf der Tagesordnung steht die Drucksache 19/6299. Sie wollen 8,5 Millionen Euro für eine Werbekampagne zur Umwelthauptstadt ausgeben

– nicht für eine Umweltmaßnahme an sich, sondern für eine reine PR-Kampagne, damit ein Zug durch Europa rollt

(Michael Neumann SPD: Diesel!)

und alle Welt erfährt, dass Schwarz-Grün sich selber lobt. Solche Ausgaben sind eine Provokation für Eltern, deren Kita-Gebühren gerade erhöht worden sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ziehen Sie die Drucksache 19/6299 zurück und sparen Sie diese Millionen ein. Das ist ein Punkt unter vielen, die erforderlich sind, und Sie können sich darauf verlassen, dass wir weiterhin Vorschläge zur Konsolidierung des Haushalts machen werden. Aber verlassen Sie sich auch darauf, dass wir es ablehnen werden, wenn Sie Ihre Ausgabewut auf der einen Seite mit einem Abkassieren bei Familien auf der anderen Seite finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Zeiten der Krise zu regieren ist nicht immer eine Freude, in Zeiten knapper Kassen erst recht nicht,

(Ingo Egloff SPD: Keiner zwingt Sie dazu!)

denn eine Krise zwingt dazu, ehrlich zu sein. Letztendlich geht es dann darum, was das Wünschenswerte ist und was das Machbare, ob unsere Prioritäten richtig sind und ob das, was wir fordern, mit dem übereinstimmt, was wir tun.

Herr Tschentscher, wenn die Opposition behauptet – Herr Bischoff hat es heute nicht gemacht, vielleicht kommt das noch –, diese Haushaltskrise wäre dadurch zu lösen, dass man auf ein paar Luxusoder was für Investitionen auch immer verzichtet,

(Ingo Egloff SPD: Irgendwo muss man ja anfangen!)

dann bedeutet das, dass die Opposition immer noch nicht den Ernst der Lage begriffen hat. Wir können von heute auf morgen sämtliche Investitionen auf Null fahren, das 500-Millionen-Euro-Loch im Betriebshaushalt wird dadurch keinen Deut kleiner. Deshalb noch einmal: Diese Krise macht ehrlich. Es geht nicht darum, ob wir uns eine bestimmte Investition leisten können, sondern darum, ob wir uns die laufenden Ausgaben des Staats noch leisten können für das, von dem wir sagen, es seien seine Kernaufgaben. Nur wenn wir uns diese Frage ernsthaft stellen, können wir in dieser Krise die Weichen richtig stellen. Da kann man es sich nicht so einfach machen, Herr Tschentscher, wie Sie es eben getan haben. Das, was Sie beschrieben haben, ist kein Weg aus der Krise.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Elke Badde SPD*: Aber ein Zeichen! – *Ingo Eglhoff SPD*: Aber ein Anfang, Herr Kerstan, dass Ihnen das nicht gefällt, ist klar!)

Sie haben in Ihrer Liste wieder fröhlich ein Potpourri, eine nette Mischung aus Investitionen und Betriebsausgaben, zusammengestellt. Wir müssen aber, wenn wir diesen Haushalt konsolidieren wollen, letztendlich über die Betriebsausgaben reden und auch über die Entscheidungen, die wir gemeinsam getroffen haben: Mehr Geld für Kitas, mehr Geld für Lehrer und mehr Geld für den ASD.

(*Michael Neumann SPD*: Mehr Geld für Kitas?)

– Natürlich, mehr Geld für Kitas. Herr Neumann, auch Sie sollten wissen, dass wir in diesem Jahr deutlich mehr als im letzten für Kitas ausgeben,

(*Michael Neumann SPD*: Das haben wir nicht gemeinsam beschlossen!)

und das ist auch gut und richtig so. Wenn Herr Tschentscher hier immer wieder die verantwortungslose Ausweitung des Betriebshaushalts anspricht, dann hoffe ich doch, dass er diese Investitionen nicht meint. Wir haben das übrigens in weiten Teilen gemeinsam gemacht, Herr Tschentscher,

(*Michael Neumann SPD*: Das Einzige, was Sie erhöht haben, ist die Abzocke der Familien!)

und wenn die SPD dagegen gestimmt hat, dann teilweise deshalb, weil Sie sagten, das sei alles nicht genug. Auch das kann in der Krise nicht weitergehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Diese Krise zwingt auch die Bürgerinnen und Bürger zur Ehrlichkeit. Es gibt den Ansatz, immer weniger Steuern und immer weniger Beiträge für staatliche Leistungen zahlen zu wollen, gleichzeitig aber immer mehr Ansprüche an den Staat zu stellen. Das zeigt sich deutlich bei der Wahl der Bundesregierung im letzten Herbst. Eine Bundesregierung zu wählen, die die Steuern senken will und dann nicht in Kauf zu nehmen, dass der Staat weniger Leistungen für den Bürger erbringen kann, das ist aufseiten der Bürgerinnen und Bürger nicht ehrlich. Auch eine solche Debatte müssen wir in der Krise, in der wir jetzt sind, offen und ehrlich führen, denn sonst machen wir uns etwas vor.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Das haben wir ja immer gesagt!)

Insofern ist die Lage viel schwieriger, als Sie sie geschildert haben, Herr Tschentscher. Natürlich kann man die eine oder andere Investition streichen, nur wird dadurch das Problem leider nicht kleiner. Wir werden deswegen eine schwierige Debatte darüber führen müssen, was der Staat lei-

sten kann und ob er das, was er leisten soll, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln leisten kann und was zu tun ist, wenn die Mittel nicht da sind. Wir sind da sicherlich innerhalb der Koalition noch nicht am Ende der Diskussion.

Man muss sich auch die Frage stellen, ob die Schuldenbremse so, wie sie verabschiedet wurde, den Ländern, die keinerlei Hoheit über ihre Einnahmen haben, ein Schuldenverbot aufzuerlegen und gleichzeitig dem Bund, der Einfluss auf die Steuererhebung hat, Schulden zu erlauben, eine Regelung ist, die nachhaltig und dauerhaft ist.

(*Wolfgang Rose SPD*: Bisschen spät gemerkt!)

Aber das kann erst am Ende einer Debatte darüber stehen, ob wir die jetzt notwendigen Einsparungen erbringen können, ohne wichtige Leistungen des Staates abzubauen. Das ist ein Punkt, über den wir reden müssen, und das wird nicht einfach, egal, welche Partei wir betrachten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Genau darum wird es in den nächsten Wochen gehen und ich hoffe, wir werden eine vernünftige, inhaltliche und sachliche Debatte führen. Wir alle sollten die Debatten der Vergangenheit zu den Akten legen, sonst kommen wir in diesem Bereich nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Senator Frigge.

(*Carola Veit SPD*: Was sagt der denn zu unseren Vorschlägen?)

Senator Carsten Frigge: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bischoff, Sie haben den Rechnungshof und sein Verlangen nach einem deutlichen Kassensturz angesprochen. Ein solches Verlangen ist das gute Recht des Rechnungshofs, aber wir hätten diese Initiative sicherlich nicht gebraucht. Es ist nämlich unser ureigenstes Interesse, zu bestimmten Zeiten innezuhalten und uns zu fragen, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind

(*Carola Veit SPD*: Das wäre aber ganz neu!)

und ob wir diesen Weg in der richtigen Geschwindigkeit gehen. Das haben wir getan. Sie wissen, dass wir vor etwa sechs Wochen damit begonnen haben, uns sehr genau damit zu beschäftigen, was eigentlich die wichtigsten Projekte sind, die wir in dieser Stadt vor uns haben, und ob wir sie uns unter den veränderten Rahmenbedingungen, die natürlich schon eine Weile, aber eben noch nicht so sehr lange klar sind, noch leisten können.

Wenn Sie sagen, es sei Zeit, die volle Wahrheit zu sagen, dann kann ich Ihnen da nur zustimmen.

(Senator Carsten Frigge)

Genau das haben wir getan: Wir haben die volle Wahrheit auf den Tisch gelegt und deutlich gemacht, dass wir nicht ein Problem haben, das wir dadurch lösen können, dass wir uns mit den Investitionen beschäftigen und einmalige Ausgaben reduzieren. Wir haben ein Problem, das weit darüber hinausgeht, das nämlich im Betriebshaushalt liegt und eine Größenordnung von 500 Millionen Euro bis zu 1 Milliarde Euro hat.

Zur vollen Wahrheit gehört auch zu sagen, warum wir diesen Richtungswechsel jetzt vornehmen müssen, nämlich nicht nur, weil wir diese deutliche Lücke sehen, sondern auch, weil die Einnahmesituation der Stadt sich auf Dauer und grundsätzlich geändert hat. Die letzte Bestätigung für diese Erkenntnis war die Mai-Steuerschätzung, die uns erneut verdeutlicht hat, dass die außerordentlich düstere Aussicht im Hinblick auf die Einnahmen sich noch einmal verschlechtert, und zwar um bis zu jeweils 100 Millionen Euro in den kommenden Jahren. Auch diese Wahrheit muss man sich ansehen und man muss fragen: Ist das ein konjunktureller Effekt, geht das wieder vorbei? Ist das etwas, was wir aussitzen können,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aussitzen hat ja schon einmal super funktioniert!)

weil wir sagen können, die Situation wird besser? Das Ergebnis ist: Nein, das können wir nicht und das wollen wir auch nicht. Wir haben eine Situation veränderter Steuereinnahmen, die zum einen konjunkturell bedingt ist, zum anderen aber auch darauf zurückzuführen ist, dass es eine ganze Reihe neuer Steuergesetzgebungen des Bundes und Bundesverfassungsgerichtsurteile gibt. Allein die sechs wesentlichen neuen Gesetze und Urteile führen dazu, dass Hamburg Jahr für Jahr rund 600 Millionen Euro weniger einnehmen wird. Das ist eine dauerhafte Veränderung unserer Einnahmesituation. Dieser Veränderung werden wir uns stellen müssen und wir können, wollen und werden nicht die Augen vor ihr verschließen.

(Michael Neumann SPD: Und wieso hat die CDU das mitgemacht in Berlin?)

Trotzdem sehen wir natürlich auch, dass wir uns nicht nur die strukturellen Defizite ansehen müssen, sondern auch nicht an allen Investitionen festhalten können, denn eine Investition, die wir heute tätigen, führt in der Regel in den Folgejahren zu Kosten und Belastungen im Betriebshaushalt. Wir werden also auch das selbstverständlich machen.

Wenn wir uns unsere Situation vor Augen führen, die dadurch geprägt ist, dass die Stadt schon erheblich verschuldet ist, dann sollten wir uns nichts vormachen: Alle Parteien, die in Hamburg regiert haben, haben erheblichen Anlass zur Selbstkritik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Michael Neumann SPD: Sie regieren seit zehn Jahren und nach zehn Jahren

merken Sie, dass Sie Mist gebaut haben! Wer soll das denn noch glauben!)

Wir haben die volle Wahrheit, wie wir sie in aller Deutlichkeit gesehen haben, auf den Tisch gelegt. Wir werden die Suche nach Lösungen in den Haushaltsberatungen vom 14. bis zum 16. dieses Monats aufnehmen und der Bürgermeister wird sich dazu – das hat er bereits in den Medien erklärt – am 16. Juni mit einer Regierungserklärung an das Parlament wenden. Der Blick nach vorn ist auch der richtige Weg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Den Blick zurück, den wollen Sie lieber nicht!)

Auch wenn es in der Vergangenheit vielleicht eine ganze Reihe von guten Ideen aus den verschiedensten Perspektiven gegeben hat,

(Michael Neumann SPD: Von Herrn Freytag kenne ich keine einzige!)

was zum Haushalt alles hätte beitragen können, dann muss man doch sagen, dass uns dieser Blick zurück nicht hilft.

(Michael Neumann SPD: Ihnen hilft er bestimmt nicht!)

Denn eines gilt auch: Im Nachhinein ist man immer klüger. Hätten wir 2007 oder 2008 bereits diesen wirtschaftlichen Einbruch vorhergesehen – den im Übrigen niemand, auch Sie nicht, vorhergesehen hat –, dann möchte ich doch deutlich darauf hinweisen, dass vor diesem Hintergrund ...

(Michael Neumann SPD: Jens Kerstan hat bei den Koalitionsverhandlungen gesagt, ihm sei schlecht geworden, als Freytag die Zahlen genannt hat! Erzählen Sie doch keine Märchen hier!)

– Jens Kerstan hat darauf hingewiesen, dass die Weltwirtschaftskrise kommt? Das ist mir ganz neu, das finde ich außerordentlich ...

(Michael Neumann SPD: Dass ihm schlecht geworden ist, als er die Zahlen gehört hat, die Freytag in den Koalitionsverhandlungen genannt hat! Nun erzählen Sie uns keine Märchen hier! – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Neumann, bitte. – Herr Senator, fahren Sie fort.

Senator Carsten Frigge (fortfahrend): Ich bin gerne bereit, das mit Ihnen an anderer Stelle zu diskutieren. Sie wissen, ich war nicht dabei; ich kann nicht wissen, wann wem wie schlecht geworden ist. Mich interessiert auch mehr, wie die Situation heute ist.

Bereits 2007 und schon vorher haben wir einen Weg eingeschlagen, bei dem wir fest davon über-

(Senator Carsten Frigge)

zeugt waren, dass er dazu beitragen würde, den Haushalt zu konsolidieren. Mit mir meine ich ausdrücklich meine Vorgänger. Aus der heutigen Perspektive muss man sagen, dass wir dieses Ziel nicht erreicht haben. Die Umstände haben sich deutlich geändert, das ist nicht nur in Hamburg so, das ist in allen Bundesländern so und in nahezu allen europäischen Ländern und sogar darüber hinaus. Diesen veränderten Rahmenbedingungen werden wir jetzt Rechnung tragen und ich glaube, damit sind wir auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist heute schon öfter angekungen: Mit Sparen allein kommen wir nicht aus der Krise und auch nicht mit ständig neuem Schuldenmachen. Genauso falsch ist es aber, nur die Ausgabenseite zu betrachten. Wir haben auf der Einnahmeseite sehr viel Potenzial, gerade was die soziale Gerechtigkeit und hier speziell die Steuergerechtigkeit betrifft. Es ist richtig, wir sind immer noch dafür, die Vermögensteuer wieder einzuführen und es werden täglich mehr Stimmen laut, die das auch fordern. Wir werden es noch erleben; es führt kein Weg daran vorbei, davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anja Domes SPD*)

Ich melde mich in dieser Debatte aber in einem ganz anderen Zusammenhang zu Wort. Wir haben vorhin gehört, dass bei Bildung und Forschung nicht gespart werden dürfe, im Gegenteil. Dies wurde auch im Zusammenhang mit der Hamburger Schulpolitik diskutiert und Frau Senatorin Goetsch hat da den Begriff Wahrhaftigkeit benutzt.

Im Rahmen des Bildungsstreiks, an dem sich rund 85 000 Schülerinnen, Schüler und Studierende an Veranstaltungen in 50 Städten beteiligten, war eine der Hauptforderungen, das BAföG zu erhöhen. Als Reaktion auf die Proteste dieser Studierenden im November letzten Jahres hat die Bundesbildungsministerin Schavan eine solche Erhöhung in Aussicht gestellt. Sie sagte:

"Ich halte eine Bafög-Erhöhung für richtig und werde sie den Ländern und dem Bundeskabinett vorschlagen."

Das hat sie getan. Der Finanzausschuss des Bundesrats beriet darüber und wieder wurde ein Versprechen gebrochen. Elf Bundesländer lehnten eine BAföG-Erhöhung ab, darunter Herr Frigge für Hamburg. Das ist aus unserer Sicht ein Schlag ins Gesicht für alle Studierenden und Schulabgänger

und verstärkt die soziale Barriere, ein Studium aufzunehmen.

Bei der Diskussion um den doppelten Abiturjahrgang war es Ole von Beust, der gesagt hat, jungen Leuten werde kein Zacken aus der Krone brechen, wenn sie in Greifswald studieren würden. Das ist zwar richtig, aber auf den Vorschlag des Vorsitzenden der Elternkammer, dann auch eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt zu leisten, hat er nie geantwortet. Stattdessen wurde jetzt, klammheimlich, sogar gegen eine dringend notwendige BAföG-Erhöhung gestimmt. Hinzu kommt, dass die CDU in Hamburg nicht alleine regiert. Das Mindeste, was man hätte erwarten können, wäre eine Enthaltung gewesen. Vorhin wurde von der sozialen Schere gesprochen und davon, dass auch sozial schwächeren Schichten ein Studium ermöglicht werden müsse. Ich kann die GAL nicht verstehen, warum sie da nicht ihr Veto eingelegt hat.

Wir von der LINKEN erwarten eine Erklärung für dieses Abstimmungsverhalten von Herrn Frigge und dem Senat. Wir fordern, dass Hamburg im Bundesrat einer BAföG-Erhöhung zustimmt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel* und *Dr. Dorothee Stapelfeldt, beide SPD*)

Sie können nicht immer in Sonntagsreden davon reden, dass Bildung Vorfahrt hat, und dann finden solche Sachen statt.

Mal abgesehen davon, dass auch BAföG etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun hat und auch eine Maßnahme ist, die Bildung in der Breite zu fördern, kann das Argument, es sei kein Geld dafür da, nur bedingt herhalten. Wir erleben täglich – Herr Tschentscher hat eine ganze Liste aufgeführt –, dass Geld für Dinge ausgegeben wird, die zurzeit nicht oben auf der Prioritätenliste stehen sollten. Wir haben in dieser Stadt wirklich mehr als genug Beispiele dafür.

Bleiben wir aber noch einmal beim Bundesrat. In der gleichen Sitzung soll darüber entschieden werden, ob es eine steuerliche Förderung für forschende Unternehmen geben soll. Die vorgesehenen Steuerrabatte für diese Maßnahme kosten 1,5 Milliarden Euro. Die Mehrkosten für die BAföG-Erhöhung belaufen sich auf 373,4 Millionen Euro. Es wurde gegen die BAföG-Erhöhung gestimmt, bei der anderen Abstimmung gab es keine Gegenstimme. Wir erwarten, dass Sie uns erklären, warum Sie dafür sind und wie Sie sich das vorstellen. Wir hoffen im Sinne der Hamburger Schüler und Studenten, dass das BAföG erhöht wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Heintze.

Roland Heintze CDU:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es zeichnet sich hier etwas ab – deswegen kann ich die Wortbeiträge von Herrn Tschentscher, Frau Heyenn und Herrn Bischoff nicht so stehen lassen –, was uns in dieser Spardebatte nicht hilft, auch wenn es der Opposition populistische Pluspunkte einbringen mag. Wir fangen damit an, Umwelt gegen Kinder auszuspielen. Es könne nicht angehen, Geld für PR-Maßnahmen für die Umwelthauptstadt auszugeben. Wer den Antrag gelesen hat und bei den Beratungen dabei war weiß, dass es nicht um PR für die Umwelthauptstadt geht. Diese Millionen werden ausgegeben, um Hamburgs Verantwortung in der Umweltpolitik zu demonstrieren und wahrzunehmen und das Bewusstsein hierfür zu fördern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie jetzt anfangen, jede Drucksache, die beschlossen wird, gegen soziale Belange auszuspielen, dann ist das sicherlich der falsche Weg, wenn man strukturell sparen möchte.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Sie haben es nicht begriffen!)

Kurios wird es, wenn die Kassenführung des Senats als Ursache für die schwere Haushaltslage benannt wird. Das ist falsch. Es haben alle festgestellt, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Nur habe ich das Gefühl, Herr Tschentscher, dass Ihnen die Bedeutung des Wortes "wir" nicht recht bekannt ist

(*Wolfgang Rose SPD:* Aber Ihnen nicht!)

und dass wir für Sie immer die anderen sind und deswegen sind die anderen schuld. So kann es nicht laufen.

(Beifall bei der CDU)

In den Jahren von 1989 bis 2001 wurden die Schulden auf 16,6 Milliarden Euro nahezu verdoppelt, bis 2010 folgte ein weiterer Anstieg auf 25 Milliarden Euro. Das zeigt deutlich, dass es um ein "wir" geht. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und nicht irgendwelche CDU-Senate der letzten zehn Jahre. Auch das gehört zur Ehrlichkeit und Offenheit und Wahrheit dazu.

(Beifall bei CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Das ist das Ergebnis von zehn Jahren CDU!)

Nun äußert sich auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion zur Haushaltspolitik, wie überraschend. Es ist schön, Sie auch einmal zu diesem Thema zu hören. Ich hätte da eine Bitte an Sie. Herr Tschentscher hat eine ganze Menge Dinge benannt, bei denen man sparen könne, es kam

auch wieder die Mär von den 500 Millionen Euro, die bei Investitionsprojekten einzusparen seien. Was fehlt, ist auch nur ein einziger Vorschlag, der in diesem Haushalt strukturell sparen helfen würde. Das erwarte ich sowohl vom Fraktionsvorsitzenden der SPD als auch von seinem haushaltspolitischen Sprecher.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie verschanzen sich hier hinter der 500-Millionen-Euro-Mär für Investitionsprojekte und hinter populistischen Forderungen nach Steuererhöhungen, deren Auswirkungen wir nicht absehen können.

(*Ingo Egloff SPD:* Sie haben uns jahrelang die Unwahrheit gesagt!)

Das ist keine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik, Herr Fraktionsvorsitzender und Herr Tschentscher, das ist Populismus.

(*Ingo Egloff SPD:* Ausgeglicherer Haushalt haben Sie gesagt! Der Bürgermeister spricht von kreativer Haushaltsführung!)

In der derzeitigen Haushaltslage haben wir keine Zeit mehr dafür, sich hinter Populismus zu verschanzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie tricksen bei Ihren Sparvorschlägen. Da wird gesagt, man könne mit den Intendantzbereichen im Personalhaushalt sparen – was totaler Unsinn ist, denn die Intendantzbereiche machen bei rund 70 000 Beschäftigten im öffentlichen Sektor sicherlich keinen nennenswerten Bestandteil aus – und dann kommt der populistische Trick mit der Vermögensteuer. Man macht keine strukturellen Sparvorschläge, sondern spielt populistisch Umwelt gegen Kinder aus. Das ist keine strukturelle Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD:* Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

– Unsere Vorschläge kommen in der Regierungserklärung.

Es wird dann noch einmal eine ernsthafte Debatte geführt werden. Damit bekommt die Opposition noch einmal eine Chance, sich hier einzufinden. Die Zeit ist zu knapp geworden, um populistische Debatten zu führen. Der Bürgermeister hat als erster Mut bewiesen und gesagt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Lachhaft! – *Ingo Egloff SPD:* Der Bürgermeister hat eingeräumt, dass er die Unwahrheit gesagt hat!)

dass wir ein Problem haben, an dem wir alle schuld sind. Jetzt ist es Zeit, dass die Opposition diesem Beispiel folgt und auch einmal Mut beweist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Ich glaube, Herr Heintze hat die aktuelle Diskussionslage noch nicht mitbekommen. Herrn Freytag hätte die Rede gefallen, Herr Heintze. Das ist der Stil bis vor Donnerstag letzter Woche.

Wenn Sie den Schuldenstand aufsummieren und uns erklären, dass das alles zu sozialdemokratischen Zeiten aufgelaufen sei, dann stimmt das erstens rein von den Zahlen her nicht und zweitens machen Sie den gleichen Fehler, den auch Herr Freytag immer begangen hat: Sie beziehen die kompletten Vermögensverkäufe – Krankenhäuser, Hafenterrain und was alles an Grundstücken und Vermögen verkauft worden ist – in Ihre Betrachtung nicht mit ein. Damit haben Sie Ihr strukturelles Defizit all die Jahre versteckt. Herr von Beust hat das am Donnerstag zugegeben, Sie bleiben bei dieser alten Täuschung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Außerdem haben Sie und auch Herr Kerstan – ich muss es leider sagen – bei der Liste nicht richtig hingehört. Ich habe unter anderem folgende Punkte benannt, die unter die Betriebsausgaben fallen: Polizei-Orchester, Pressesprecher, Reiterstaffel, Personal in den Intendantzbereichen, Büroflächenanmietung. Selbst die Wissenschaftsstiftung finanzieren Sie komplett aus dem Betriebshaushalt, auf Dauer und strukturell. Es stimmt nicht, dass unsere Sparvorschläge hier nur Show sind. Das sind Punkt für Punkt Millionenbeträge und die addieren sich.

Diese Werbekampagne, die ich eben angesprochen habe und die Herr Heintze jetzt auf einmal Demonstration von Tatsachen nennt, nenne ich PR-Kampagne.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Natürlich! – Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das sind reine Betriebsausgaben, keine Investitionen, schon gar nicht Investitionen in die Zukunft.

Da sind wir dann auch bei dem Stichwort Investitionsprojekte, bei denen man angeblich nicht sparen darf. Herr Senator Frigge, da werden Sie mit Herrn Kerstan noch eine anstrengende Diskussion führen müssen, denn Sie haben doch gesagt, es gäbe 94 Investitionsprojekte, die auf den Prüfstand gehören. Genau das ist richtig, Herr Kerstan. Jedes Investitionsprojekt zieht dauerhafte Kosten nach sich, da sind die Zinskosten nur das eine. Natürlich zieht jede Investition auch Betriebskosten nach sich. Deswegen dürfen nur die richtigen Investitionen erfolgen: in Schulen, in Universitäten und in den Straßenbau. Es darf jetzt nicht in Dinge investiert werden, die wir Ihnen seit mindestens zwei Jahren zur Streichung vorschlagen.

In einem, Herr Senator Frigge, muss ich Ihnen völlig recht geben. Anlass zur Selbstkritik gibt es immer und für jeden, sicher auch für das eine oder andere Haushaltsjahr in 44 Jahren SPD-Senat. Das ist doch gar nicht der Punkt. Letztlich geht es darum – das haben Sie richtig vorgerechnet in Ihrer Pressekonferenz –, dass wir ermitteln müssen, wie der mittlere Verlauf der Betriebsausgaben und der Einnahmen ist und wo da eigentlich die Lücke ist. Genau diese Rechnung hat Rot-Grün 1997, also vor mittlerweile nahezu 15 Jahren, gemacht. Damals entstand die Erkenntnis, dass wir die Steigerung im Betriebshaushalt begrenzen müssen und Rot-Grün hat – Herr Maier war dabei, ich weiß nicht, ob Sie schon dabei waren, Herr Kerstan – es mit Bürgermeister Ortwin Runde hinbekommen, den Ausgabenanstieg auf durchschnittlich 50 Millionen Euro im Jahr zu begrenzen. Das hört sich viel an, war aber weniger als die Inflationsrate – 50-Millionen-Schritte Jahr für Jahr. Als Herr Peiner das Ruder übernommen hatte, wurden aus diesen 50 Millionen Euro jährlich 100 Millionen Euro bis zum Jahr 2008. Schwarz-Grün hat einen Haushaltsplan vorgelegt, wonach die Betriebsausgaben Jahr für Jahr um 250 Millionen Euro gesteigert werden sollten. Das geht nicht, ganz gleich, wie die Konjunktur verläuft und schon gar nicht, wenn die Wirtschaft wie jetzt einbricht. Und diese Finanzplanung haben Sie noch im Dezember 2009, also vor noch nicht einmal einem halben Jahr, bestätigt. Deshalb ist diese Kehrtwende jetzt richtig.

Aber, Herr Frigge, Sie müssen uns noch verraten, was Sie denn Neues vorgefunden haben, als Sie in die Finanzbehörde eingezogen sind. Die Steuerschätzung im Mai kann es nicht gewesen sein. Sie haben gerade noch einmal betont, dass es eigentlich nur eine Korrektur nach unten in Höhe von 100 Millionen Euro war. Selbst diese Summe hatten wir Ihnen schon zwei Wochen vorher ausgerechnet, als Ihr Pressesprecher noch sagte, das sei ein Blick in die Glaskugel. 100 Millionen Euro nehmen Sie zum Anlass, um ein Defizit in Höhe von mehreren Milliarden Euro zu rechtfertigen, das spätestens seit November letzten Jahres bekannt ist. Das passt nicht zusammen und deswegen kann ich Sie nur bitten, uns doch einmal zu sagen, was Sie Neues vorgefunden haben.

Abschließend komme ich zu dem Punkt, der mehrfach angesprochen wurde: Wir müssen hart sparen, aber wir brauchen auch eine solide Einnahmebasis.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja!)

Darüber werden wir morgen reden und auch über das Zitat von Herrn Freytag, dass das Wirtschaftsstabilisierungsgesetz, das Sie mit einer wuchtigen Enthaltung im Bundesrat haben passieren lassen, gar nicht in Frage komme und der Bund nicht mit dem Fett der Länder sein Kotelett braten könne. Das waren gute Worte und er hat das im Haus-

(Dr. Peter Tschentscher)

haltsausschuss noch einmal bestätigt. Wir warten bis heute auf eine Kompensation der 600 Millionen Euro, die uns in der Finanzplanung verloren gehen. Das kann so nicht bleiben, wir brauchen die Vermögensteuer, wir brauchen die Finanztransaktionssteuer und wir brauchen einen Ausgleich für die unverschämten Steuersenkungen, die die Bundesregierung zulasten der Hamburgerinnen und Hamburger durchsetzt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind jetzt wirklich in einer spannenden Debatte, in der man erkennt, wer zu Ende denkt und wer leider viel zu früh mit dem Nachdenken aufhört. Herr Tschentscher, Sie haben vorhin gesagt, man müsse sparen, aber an der richtigen Stelle. Wir dürften überall dort nicht sparen, wo wirtschaftliche Kräfte geweckt werden sollen, weil wir auch Steuereinnahmen und Ähnliches brauchen. Dann haben Sie den schönen Satz geprägt, bei Bildung und Wissenschaft dürfe man nicht sparen. Und im nächsten Satz haben Sie die Wissenschaftsstiftung kritisiert, die wir eingerichtet haben und über die jedes Jahr Millionenbeträge in Forschung und Entwicklung fließen,

(*Michael Neumann SPD:* Auf Pump!)

die auch gut für die Wirtschaft sind, auch wenn das den Betriebshaushalt belastet, da haben Sie recht. Wenn Sie Ihren ersten Satz ernst gemeint haben, dann haben Sie nicht zu Ende gedacht, denn dann kann man dort nicht sparen, Herr Tschentscher.

(*Ingo Eglhoff SPD:* Nur weil es immer Ihre Lieblingsprojekte betrifft!)

Und wenn Sie – und das erschreckt mich wirklich zutiefst – die Umwelthauptstadt Hamburg als ein überflüssiges Marketingprogramm bezeichnen, dann haben Sie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht begriffen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Stern-Report der Weltbank wird festgestellt: Wer glaubt, auf Klimaschutz und Umweltschutz verzichten zu können und damit Geld zu sparen,

(*Wolfgang Rose SPD:* Das ist doch peinlich!)

wird das Gegenteil erreichen, nämlich viel höhere Kosten zu einem späteren Zeitpunkt.

(Zurufe von der SPD)

Die Umwelthauptstadt Hamburg löst auch wirtschaftspolitische Effekte aus, wenn der SPD der Umwelt- und Klimaschutz wieder einmal völlig egal ist und es zum Schwur kommt. Das war beim Hafen so und ist auch jetzt wieder so, das ist wirklich

ein Trauerspiel. Aber, Herr Tschentscher, wenn bei der SPD im Zweifelsfall, wenn es um Ökologie oder Ökonomie geht, immer die Ökonomie zu gewinnen scheint,

(*Ingo Eglhoff SPD:* Wir sind die ersten Umweltschützer gewesen! Da gab es Sie noch gar nicht!)

dann sehen Sie sich doch einmal an, wie neue Investoren im Bereich Umweltechnologie begründen, warum sie nach Hamburg kommen.

(*Michael Neumann SPD:* Weil der Zug durch Hamburg fährt!)

Fragen Sie, warum General Electric in Hamburg ein Forschungszentrum für Offshore-Windenergie eröffnet hat, weil man sich dort gesagt hat, an der Umwelthauptstadt Europas kommt niemand mehr vorbei. Auch Siemens hat seine Europazentrale für den Bereich Windenergie nach Hamburg verlegt und der dänische Windenergieanlagen-Produzent Vestas hat hier eine Niederlassung gegründet. Wenn Sie das als ein überflüssiges Marketingprogramm bezeichnen, Herr Tschentscher, dann beweisen Sie damit nur, dass Sie nicht in der Lage sind, den Haushalt zu konsolidieren.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Lassen Sie Herrn Kerstan bitte ausreden.

(*Ingo Eglhoff SPD:* Das ist doch Unsinn, was er da erzählt!)

Jens Kerstan (fortfahrend): Sie sind nicht in der Lage, diese Stadt strukturell und wirtschaftlich voranzubringen. Sie begreifen nicht einmal, was im 21. Jahrhundert notwendig ist, und im Grunde genommen ist es ein Armutszeugnis, was Sie zu diesen beiden Punkten vorgetragen haben, Herr Tschentscher.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Eglhoff SPD:* Glauben Sie, die Unternehmen kommen, weil der Zug durch Hamburg fährt?)

Frau Heyenn, Behauptungen zu wiederholen und zu glauben, dadurch würden sie wahrer, ist auch nicht der richtige Weg. In der Krise, in der wir uns befinden, haben wir immer wieder das Problem, dass der Bund Ausgabenerhöhungen beschließt, die von den Ländern, die teilweise die Ausgaben auch richtig finden, finanziert werden müssen, ohne dass auch nur ein Gedanke darüber verloren wird, wie die Länder das finanzieren sollen. So ist es auch bei der Erhöhung des BAföG. Und damit Sie nicht immer wieder Unausgegrenztes und Unwahres wiederholen: Hamburg wird im Bundesrat nicht gegen die Erhöhung des BAföG stimmen,

(Jens Kerstan)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ist doch wunderbar!)

sondern wir werden einem Antrag zustimmen, der vorsieht, bei der Erhöhung des BAföG andererseits auch die Finanzierung zu klären. Und wenn sich die Bundesregierung an diesem Punkt nicht bewegt, dann werden wir den Vermittlungsausschuss anrufen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ist ja gut! Dann sagen Sie das doch einfach!)

Frau Heyenn, hören Sie auf, immer wieder Märchen zu erzählen über Entscheidungen, die so nicht gefallen sind.

Aber auch an diesem Punkt müssen wir vorankommen. Der Bund kann nicht weiterhin Ausgaben zu lasten Dritter beschließen. Auch bei politischen Entscheidungen, die man selbst für wichtig und notwendig hält, kann das nicht länger die Lösung sein. Es wird eine schwierige Debatte werden, aber so einfach, Herr Tschentscher, wie gerade Sie es darstellen, ist es leider nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde für heute angekommen. Wir werden sie morgen fortsetzen mit dem dritten und vierten Thema.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten.

[Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten]

Von der GAL-Fraktion ist Frau Dr. Eva Gümbel vorgeschlagen worden. Die Wahl findet in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne dann stehen wird, stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: Unterbrechung 16:49 Uhr

Wiederbeginn: 16:57 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegeben wurden 113 Stimmzettel, davon war keiner ungültig. Mit Ja haben 91 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben elf Abgeordnete gestimmt und es gab elf Enthaltungen. Damit ist Frau Dr. Gümbel gewählt worden.

Ich darf Sie fragen, liebe Frau Dr. Gümbel, ob Sie bereit sind, die Wahl anzunehmen.

Dr. Eva Gümbel GAL: Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Dann darf ich Ihnen im Namen des Hauses recht herzlich gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf Sie einladen, hier oben beim Präsidium Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 60, Drucksache 19/6243, Antrag der GAL-Fraktion: Vorbilder schaffen: das Gewaltpräventionsprojekt "HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre".

[Antrag der Fraktion der GAL:

Vorbilder schaffen: das Gewaltpräventionsprojekt "HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre"

– Drs 19/6243 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend an den Sozialausschuss überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall, Frau Blömeke hat es.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem Zitat einer jungen Frau namens Gina beginnen. Gina hat gesagt:

(Christiane Blömeke)

"Klingt einfach super, was ihr macht, ich würde mir wünschen, dass es ein solches Projekt auch bald bundesweit gibt ... ich denke, Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene, die selber aus dem türkischen oder arabischen Kulturraum stammen, können bestimmte Probleme einfach ganz anders ansprechen, als wir – Deutsche – das können ... obwohl wir unsere Verantwortung natürlich nicht abgeben dürfen und auch immer wieder das Gespräch suchen müssen."

Das Projekt, das Gina am 30. März kommentiert hat und so lobt, heißt "HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre", das in Berlin-Neukölln bislang bundesweit einmalig ist. Heroes, also Helden, das sind in dem Projekt junge Männer mit Migrationshintergrund, die für die Gleichheit von Mädchen und Frauen und gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre eintreten. Es sind junge Männer, die sich mit der Männerrolle ihrer Kultur im Kontext zur Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen auseinandersetzen und die Möglichkeit nutzen, sich von diesen Machtstrukturen zu distanzieren. Die praktische Umsetzung erfolgt dabei in zwei Schritten. Zuerst einmal gibt es Angebote für junge Männer aus Ehrenkulturen, über Themen wie Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechte zu diskutieren. Im Fokus steht dabei die Thematisierung der Männerrolle im Zusammenhang zur Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen. Oft wird dabei im Gespräch schon deutlich, dass Heranwachsende mit Migrationshintergrund extrem unterschiedlichen Erwartungen genügen müssen. Die jungen Männer befinden sich zwischen den Traditionen, dem kulturellen und sozialen Hintergrund ihrer Eltern sowie den Werten und Anforderungen der deutschen Gesellschaft, in der sie leben. Patriarchalische Strukturen haben in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung. Sie hindern Jugendliche beiderlei Geschlechts an der freien Entwicklung ihrer Persönlichkeit und schränken ihre möglichen Lebensentwürfe ein. Das betrifft übrigens auch lesbische Mädchen oder schwule Jungen,

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

die ebenfalls mit Gewalt, Mordandrohungen oder Zwangsheirat konfrontiert sein können, weil ihre Lebensweise genauso als Beschädigung der Familienehre gesehen werden kann. Aus diesem Grund berücksichtigt unser Antrag auch die homosexuelle Thematik in diesem Zusammenhang. Ziel des ersten Schrittes ist es, den jungen Männern Gelegenheit zu geben, sich von diesen oft patriarchalischen Machtstrukturen zu distanzieren und sie in der Folge stark zu machen, dass sie bereit sind, den Kampf gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre aufzunehmen. Im Anschluss an ihr eigenes Training gehen dann eben diese Jungen als Vorbilder, als Heroes, in Schulen, Ausbildungsstät-

ten oder Jugendtreffs und bieten dort in Workshops ihr Erlerntes an. Das ist vor allem deswegen so erfolgversprechend und auch der Reiz dieses Projekts, weil in dem Workshop der pädagogische Grundsatz angewendet wird, dass Jugendliche am besten von Jugendlichen lernen und erreicht werden. Besonders bei schwierigen und emotionalen Themen lernen sie am besten von gleichaltrigen Vorbildern. Dass diese Multiplikatoren Heroes genannt werden, ist im Sinne der Anerkennung und des Anreizes für die jungen Männer sehr wichtig. Es zeigt ihnen, dass ihr Einsatz etwas ganz Besonderes ist und dass sie mutig sind. Sie treten für Themen und Werte ein, die für das Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar sind. Das ist ganz wichtig und es geht in diesem Projekt letztendlich darum, sie zum Weitermachen zu bewegen, zu motivieren und deutlich zu machen, dass sie auf ihren neuen Wegen nicht alleine sind.

Meine Damen und Herren! Hamburg hat aus dem Mord an der 16-jährigen Morsal im Jahr 2008 bereits vielfältige Konsequenzen gezogen. Unter der schwarz-grünen Regierung wurde unter anderem eine anonyme Schutzeinrichtung für akut von familiärer Gewalt oder von Zwangsheirat bedrohte Mädchen eingerichtet. Darüber hinaus wurden auch die Mittel für die Arbeit der interkulturellen Opferberatungsstellen deutlich aufgestockt. Dennoch: Allein in Deutschland starben im vergangenen Jahr mindestens 25 Mädchen und Frauen im Namen der Ehre und es zeigt sich, dass Schutz und Zuflucht alleine nicht ausreichen. Wir müssen – das ist auch der Sinn des Projekts – das Bewusstsein der jungen Männer erreichen, die sich in diesem Konfliktfeld zwischen den Traditionen ihrer Familien und den Werten in unserer Gesellschaft bewegen. Genau deswegen ist es wichtig, weitere innovative Ansätze zu verfolgen.

Das Projekt HEROES ist es wert, über Berlin hinaus auch in anderen Städten eingerichtet zu werden. Europaweit ist es bereits in vielen Städten gang und gäbe, in Deutschland gibt es das Projekt eben bisher nur in Berlin. Finanziert wird es bislang von einer schwedischen Stiftung, sodass sich für Hamburg die einmalige Gelegenheit ergeben würde, ein sehr gutes Projekt auch in schwieriger Haushaltslage zu verwirklichen. Genau aus diesem Grund hoffen wir auf Zustimmung des gesamten Parlaments zu unserem Prüfauftrag, um eine wirklich gute, innovative Idee nach Hamburg zu tragen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin! Liebe Frau Veit, von hier aus auch noch herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Sie

(Stephan Müller)

sprechen gleich, deswegen wollte ich das einfach einmal von hier aus tun.

Zum Thema: Es ist natürlich nicht ehrenvoll, seine Familie zu terrorisieren und seine Vorstellungen von Tradition mit Gewalt und Unterdrückung durchsetzen zu wollen. Und es hat sicherlich nichts mit Ehre zu tun, seine Tochter einer Zwangsheirat auszusetzen. Es hat auch nichts mit Ehre zu tun, seine Kinder zu unterdrücken, weil sie das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben möchten, und es hat natürlich auch nichts mit Ehre zu tun, wenn eine junge Frau nach Gleichberechtigung strebt, weswegen sie dann in Todesgefahr geraten kann. Das ist keine Ehre, das ist eine Schande.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir werden diese Art von Ehrverständnis auch nicht dulden. Da kann ich es auch nicht mehr hören, was ich in der letzten Zeit öfter gelesen und auch im Radio gehört habe, dass es immer wieder Stimmen gab, die sagten, vor 50, 60 Jahren sei das in Deutschland sicherlich auch so gewesen. Das ist schlimm genug, aber die Gesellschaft hat sich davon frei gemacht und das ist auch gut so.

Frau Blömeke hat es angesprochen, für alle hier ist der Fall Morsal O. noch präsent. Da hat der Bruder, aufgestachelt durch die Familie oder diese verkehrte Tradition, seine Schwester niedergemetzelt, nur weil sie eben nicht so funktionieren wollte, wie es die Tradition ihrer Familie hergab. Der Bruder zumindest hat dafür seine gerechte Strafe erhalten. Ich erinnere mich aber auch, dass im Zuge der Berichterstattung viele, insbesondere junge Menschen aus diesem Kulturkreis, Verständnis für die Tat aufgebracht haben und sagten, wenn sie sich der Familie gebeugt hätte, wäre ihr möglicherweise nichts passiert. Das zeigt schon, dass hier durchaus altmodische, nicht hinnehmbare patriarchalische Strukturen von Teilen der jüngeren Generation gepflegt und akzeptiert werden. Mir ist sehr wohl bewusst, dass diese jüngeren Menschen diese Tradition häufig auch nur unter Zwang und aufgrund von Unterdrückung pflegen. Ich glaube, das ist vollkommen unstrittig. Diese Strukturen gehören durchbrochen und nach dem Fall Morsal hat dieser Senat sehr viele Maßnahmen erlassen, die den Betroffenen Hilfe anbieten; wünschenswerterweise wurde der Opferschutz an erste Stelle gestellt. Aber diese Strukturen muss man durch Überzeugungsarbeit brechen. Das muss man auch mit möglichst authentischen Personen leisten und hier setzt eben das Projekt HEROES an. Junge männliche Migranten werden in diesem Projekt in Schulen und Jugendeinrichtungen geschult – Frau Blömeke hat das ausführlich für Sie dargestellt, deswegen mache ich es kurz –, um auch den Begriff der Ehre neu zu definieren und dann entsprechend weiterzuvermitteln. Da macht es keinen Sinn, dass möglicherweise eine durchaus erfahre-

ne, aber deutsche Sozialpädagogin das Gespräch sucht, weil sie hier von vornherein gar nicht den Einstand finden würde, sondern es müssen schon gestandene Kerle sein, die aus einem ähnlichen Kulturkreis kommen und ein tatsächliches Vorbild für diese jungen Leute sein können. Diese Menschen muss man auch finden und das ist ebenso ein Thema vor dem Hintergrund des Prüfantrags und nicht nur die Finanzierung, sondern es gilt auch, diese Menschen zu finden, die geschult werden müssen und die auch mit Überzeugung in dieses Projekt gehen, denn nur, wenn sie selbst davon überzeugt sind, können sie auch andere überzeugen.

Überdies gibt es, das steht auch im Antrag, in diesem Kreise neben der Unterdrückung von familiennahen Mitgliedern und der Zwangsverheiratung den problematischen Bereich der Homosexualität. Auch hier können und wollen wir nicht wegschauen und dulden dies auch nicht. Deshalb erscheint es uns sinnvoll zu prüfen, inwieweit das Projekt vor diesem Hintergrund erweitert werden kann.

Wir werden diesem Antrag aus dem einfachen Grund zustimmen, weil wir es nicht hinnehmen wollen, dass Menschen leiden oder gar sterben aufgrund von Traditionen, die eigentlich ins Mittelalter gehören. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt nun Frau Veit.

Carola Veit SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie legen heute einen Prüfantrag vor, in dessen Titel die Rede ist von Vorbildern schaffen und von einem Gewaltpräventionsprojekt gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Wir sagen, der Senat soll das prüfen und sich gerne wieder melden, wenn er etwas vorzuweisen hat. Es liegt nämlich auch noch etwas anderes vor, ein Koalitionsvertrag von CDU und GAL, und da heißt es unter anderem: Gemeinsames Ziel ist es, die Kinder früher zu fördern. Erreicht werden sollen insbesondere auch Kinder mit Migrationshintergrund. Und es heißt, man stimme überein, dass der Präventionsunterricht durch die Polizei das Erlernen gewaltfreier Konfliktlösung zum Ziel haben soll, und es steht auch da, die geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen solle ausgebaut werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen im Bereich interkulturelle Familienkonflikte fortgebildet werden. Da stellen wir fest, dass nicht viel passiert ist, und das ist schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beide zur Begründung Ihres Antrags über den Fall Morsal gesprochen. Es ist ziemlich genau zwei Jahre her, am 15. Mai 2008, dass Morsal von ihrem eigenen Bruder heimtückisch und

(Carola Veit)

aus niederen Beweggründen ermordet wurde. Morsal hat, das wissen wir nach dem Prozess und auch nach unserer Akteneinsicht, schon vor der Tat mehrere Jahre unter dem Druck ihrer Familie gelitten, weil diese ihren westlich orientierten Lebensstil missbilligte. Das Mädchen war mehrfach beim KJND, es war auswärtig untergebracht, die Familie war seit Jahren beim ASD aktenkundig, es gab Anzeigen, die zurückgezogen wurden, und dramatische Szenen in der Familie mit Polizeieinsätzen – ein schrecklicher Fall, den die zuständige Behörde aber letztlich, auch in der Rückschau, nicht als einen Worst Case betrachtet hat.

(Stephan Müller CDU: Das hat aber nichts mit dem Antrag zu tun!)

Sie haben dann einen Antrag beschlossen – das ist jetzt schon fast zwei Jahre her –, von dem Sie glaubten, damit den Senat zum Handeln in diesem Bereich aufzufordern. Dieser Antrag ist jetzt vor einigen Wochen per Senatsmitteilung beantwortet worden, welche demnächst im Familienausschuss beraten wird. Über Zahlen, geschulte Personen oder die Wirkung von Maßnahmen steht in der Senatsmitteilung nichts. Vielmehr heißt es dort nach fast zwei Jahren: vorgesehen sei und geprüft werde. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Nun kommt die GAL hier wiederum mit der Aufforderung an den Senat, ein Projekt zu prüfen. Dort sollen jetzt andere das machen, was man seit zwei Jahren selbst nicht hinbekommt. Wir freuen uns, wenn es gelingen sollte, in Hamburg ein solches Projekt hinzubekommen, bei dem Externe finanzieren und es ein freiwilliges Engagement gibt. Das wäre schön, dennoch fällt uns und anderen Folgendes auf.

Erstens: Der Glaube an die Umsetzung der im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen offensichtlich schwindet auch bei den Regierungsfractionen. Das ist verständlich angesichts bisheriger Erfahrungen, nicht allein in der Kita-Politik.

Zweitens: Die Erfahrungen im Fall Morsal haben zwar zu einem Antrag von CDU- und GAL-Fraktion geführt, aber auch dieser Antrag nach fast zwei Jahren nicht zu konkreten oder gar befriedigenden Ergebnissen. Und auch der Fall Fatima ist durchaus mysteriös geblieben.

Drittens: Die aktuelle Senatsmitteilung zum Morsal-Antrag von CDU und GAL ist so unkonkret, dass sich die Regierungsfractionen zu einem weiteren Prüfauftrag für ein Projekt genötigt sehen.

Viertens: Dies führt zu der Frage, welche Funktion Prüfaufträge zu Projekten für eine Koalition erfüllen, die sich in ihrem politischen Spätherbst befindet.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens: Solche Projekte entlassen Sie nicht aus der Pflicht, Ihre im Koalitionsvertrag gemachten Versprechungen abzuarbeiten oder hier abgefeierte, zwei Jahre alte Anträge auch endlich umzusetzen. Solche Projekte entlassen Sie auch nicht aus der Pflicht, andere Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel, ich zitiere das jetzt einmal, Regeldienste – wie es ganz richtig im zwei Jahre alten Morsal-Antrag heißt – im Umgang mit spezifischen interkulturellen Familienkonflikten weiter auszubauen. Damit wären wir dann zum Beispiel wieder einmal beim ASD, wo wir seit Jahren auf eine Personalbemessung hinarbeiten, damit er auch in diesem Bereich erfolgreicher arbeiten kann.

(Beifall bei der SPD)

Prüfen Sie das Projekt HEROES und prüfen Sie möglichst schneller, als Sie sonst arbeiten. Melden Sie sich gerne wieder, wenn es etwas Konkretes dazu gibt und lassen Sie darunter nicht die Pflichtaufgaben einer Landesregierung leiden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Herr Müller, schieben Sie das einmal nicht so weit weg, dass es hier keine patriarchalen Gewaltstrukturen gibt, machen Sie daraus nicht so eine Deutsch-Ausländer-Debatte.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade heute müssen wir groß lesen, dass ein Ehemann seine Frau und seine beiden Kinder umgebracht hat, nicht in Hamburg, aber in Bayern. Auch hier morden deutsche männliche Familienangehörige ihre Frauen und diese Strukturen werden immer schnell vergessen, wenn wir über Ehrenmorde reden. Dies einmal als Vorbemerkung.

(Beifall bei der LINKEN – Viviane Spethmann CDU: Das ist doch kein Strukturproblem! Das ist doch Quatsch!)

In dem hier vorliegenden Antrag geht es um Vorbilder und Helden. Es geht um Jungen und Mädchen mit einer migrantischen Lebensgeschichte und es geht um einen Scheinriesen, den Antrag selbst.

Doch zunächst einmal ein paar sachliche Anmerkungen: Das Projekt HEROES soll Jungen und Mädchen die Möglichkeit geben, sich von Machtstrukturen zu distanzieren, indem die Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung problematisiert wird. Es geht darum, die Grenzen, die die Ehrenkultur für sie setzt, zu überwinden. Hierfür werden im Rahmen von Trainings Stärken und Fähigkeiten erlangt. Außerdem lernen die Jungen, sich für die Menschenrechte ihrer Schwestern und Freundin-

(Kersten Artus)

nen einzusetzen. Schauspieler und Theaterpädagogen leisten hierzu in Berlin bereits gute Arbeit. Die Jungen lernen, ihre persönlichen Erfahrungen mit Rassismus und Sexismus zu bekämpfen, denn ihr Leben ist oftmals geprägt von massiver Ausgrenzung und von Demütigungserfahrungen. Wer in der Mehrheitsgesellschaft keine Anerkennung findet, fühlt sich nicht ausreichend gewürdigt. Deswegen muss die Mehrheitsgesellschaft auch dringend diese Angebote wie zum Beispiel HEROES machen. Hierzu gehört andererseits aber auch zu lernen, welches die Werte und Themen sind, die für ein Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Mädchen und Jungs, Frauen und Männern unverzichtbar sind. Letztlich ist es das Ziel von HEROES zu vermitteln, dass sich jeder Jugendliche Respekt dadurch erarbeitet, dass er sich gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre einsetzt. Daher ist der Antragstext nicht nur schön geschrieben, sondern spricht sich auch für eine wichtige Sache aus, die sich lohnt, in unserer Metropole eingeführt zu werden. Sehr positiv finde ich, dass auch die Auseinandersetzung mit der oft homophoben Sichtweise unter Jugendlichen stattfinden soll.

Etwas widersprüchlich ist in diesem Zusammenhang aber, dass es immer noch keine Ansätze für das seit längerem geplante schwule Jugendzentrum gibt. Es gibt nicht wenige, die befürchten, dass das Projekt der desaströsen und unehrlichen Haushaltspolitik des schwarz-grünen Senats zum Opfer fallen wird. Es ist weiterhin fraglich, wie das unbedingt erforderliche Gegenstück eines derartigen Projekts – eine aktive und verbindliche Mädchenarbeit – stattfindet. Ich erinnere daran, dass die Mehrheit der Bürgerschaft vor einigen Monaten den Antrag der Fraktion DIE LINKE für eine verbindliche Mädchenarbeit abgelehnt hat, als sie die verbindliche Jungenarbeit beschlossen hat. Auch in Berlin-Neukölln, wo das Projekt HEROES stattfindet, wurde beklagt, dass die Mädchenarbeit ein Nischendasein führt und sich weitgehend in Näh- und Kochkursen widerspiegelt. Alle Erfahrungen im Zusammenhang mit zwangsverheirateten Mädchen – auch insbesondere mit der vor zwei Jahren in Hamburg ermordeten 16-jährigen Deutschafghanin Morsal, hierauf haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner schon Bezug genommen – zeigen aber, dass es auch und vor allem die Mädchen sind, die befähigt werden müssen, sich aus Gewaltbeziehungen zu befreien. Dieser notwendige Akt der Emanzipation muss ebenso von der Mehrheitsgesellschaft gefördert werden wie die Veränderung von Leitbildern bei männlichen Migranten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zurück auf den Scheinriesen. Der Antrag kommt im Text wirklich gut daher und ich vermute einmal, lassen Sie mich das ein bisschen

pointieren, dass die GAL-Fraktion schon eine Gute-Laune-Pressemitteilung verfasst hat, mit der sie sich selbst für diese Initiative lobt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ja, eben! – Stephan Müller CDU: Ja, das hat sie auch verdient!)

Nur ist es leider so, dass der Beschlusstext – Carola Veit hat das auch entsprechend kritisch angemerkt – so etwas von Larifari ist, dass es eigentlich völlig unerheblich ist, ob wir den Antrag hier heute beschließen oder nicht. Prüfen kann man immer, zeitnah berichten heißt alles oder nichts. Der schwarz-grüne Senat wird vermutlich sowieso als Prüfsenat in die Hamburger Geschichte eingehen.

Wir setzen daher wenig Hoffnung in diese wohl unverbindlichste aller Absichtserklärungen. Der Antrag ist nicht das, was er glauben machen will, und erhält deswegen zu Recht von der Linksfraktion den Titel eines Scheinriesen. Wenn Sie Zeit finden, sehr geehrte Herren und Damen, dann lesen Sie noch einmal bei "Jim Knopf" nach; Herr Tur-Tur ist der besagte Scheinriese. Je weiter man von ihm entfernt ist, desto größer sieht er aus. Nur wenn man sich ganz nah an ihn heranwagt, erkennt man, dass er genauso groß ist wie jeder normale Mensch. Aber es kann auch wie bei "Jim Knopf" sein, dass sich der Antrag positiv auswirkt. Als sich Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer, nämlich in der Wüste namens "Das Ende der Welt" verirren, hilft ihnen Herr Tur-Tur heraus. Später wird Herr Tur-Tur ein lebendiger Leuchtturm für Lumerland, damit der Postbote mit seinem Schiff nicht immer mit der Insel kollidiert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Mit Leuchttürmen hat der Senat Erfahrungen!)

Daher stimmen wir dem Antrag auch zu und werden kontinuierlich nachhaken, ob er möglicherweise einmal einen Leuchtturmcharakter für die Freie und Hansestadt Hamburg bekommt. Besser als andere Leuchtturmprojekte des Senats wäre das nämlich allemal.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht zu Leuchttürmen und Scheinriesen, sondern zu den Prüfaufträgen, die wir angeblich hier so beliebig und mit Vorliebe verteilen, will ich noch etwas anmerken. Es ist eigentlich ganz klar, dass dieser Antrag nur ein Prüfauftrag sein kann. Wir haben in Deutschland zwar das Projekt in Berlin, ansonsten ist es europaweit getestet, und wir haben eine Stiftung im Hintergrund. Da kann man sich nicht so einfach hinstellen und sagen, das muss jetzt umgesetzt werden, wir neh-

(Christiane Blömeke)

men einfach die Stiftungsgelder und weiten das ganze Projekt noch auf schwule und lesbische Migranten aus, die ebenfalls, wie ich ausführte, von dieser Art Ehrenproblematik betroffen sind. Deswegen ist es ganz richtig, dass man es erst einmal prüft und dass es Zeit braucht. Das gefällt mir auch nicht, weil ich das Projekt wirklich sehr gut finde, und ich hätte es lieber heute als morgen hier umgesetzt gesehen. Aber gewisse Dinge müssen erst einmal recherchiert oder geprüft werden und dann können wir, genau wie Frau Veit gesagt hat, in einem zweiten Schritt uns noch einmal darüber unterhalten, wie wir es hier einrichten können. Ich halte das für einen vernünftigen parlamentarischen Weg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das stand auch so zurückhaltend in Ihrer Presseerklärung!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Blömeke, mir hat das mit dem Scheinriesen besser gefallen, ich fand das ganz angemessen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte in den letzten Jahren mehrfach nachgefragt, wie es denn so aussehe, welchen Stellenwert die Bekämpfung patriarchaler Strukturen und patriarchaler Gewalt zum Beispiel im Rahmen des Konzeptes Handeln gegen Jugendgewalt habe, wie in Hamburg gezielt männliche Familienmitglieder in den Communitys angesprochen werden sollen, welche Projekte für Jungen, für Eltern vor allen Dingen, für Väter es denn so gebe oder geben soll, in denen Gewaltprävention mit einer Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern, Geschlechterrollen, sexuellen Identitäten und so weiter verbunden wird, und welche Planung es da überhaupt gebe. Die Antworten – das können Sie alle nachlesen – ließen viel zu wünschen übrig; lassen Sie mich das einmal so vorsichtig formulieren. Insofern macht mich dieser tatsächlich doch windelweiche Prüfungsauftrag misstrauisch, insbesondere im Hinblick auf die Frage von Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ich möchte gerne noch einmal auf drei Punkte hinweisen.

Erstens: Welche Erkenntnisse hat die Innenbehörde eigentlich über das Gewaltpotenzial von Jugendlichen in Bezug auf Homosexuelle? Nach eigenen Angaben, wie sie mir gemacht wurden, so gut wie gar keine. Berlin zum Beispiel weiß da sehr viel mehr, und zwar dank des Projekts MANEO, angesichts dessen wir hier auch einmal gefragt haben, welche Möglichkeiten es dafür in Hamburg gebe. Die haben bereits 2006/2007 eine Umfrage

zu Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland gemacht. Demnach sind die Täter homophober Gewalttaten – nach den Angaben der Opfer – jung, männlich und in mindestens 16 Prozent der Fälle nicht deutscher Herkunft. Vor allem bei Jüngeren spielen sich die Taten überwiegend im schulischen Kontext ab, das hat diese Befragung noch einmal eindeutig gezeigt. Ich erlaube mir daher den Hinweis auf den Beschluss der Bürgerschaft aus der letzten Legislaturperiode, in dem es um Maßnahmen ging, die beschlossen waren im Hinblick auf Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen an Schulen und die natürlich immer noch der Umsetzung harren, wie meine permanenten Nachfragen immer wieder deutlich machen.

Zweitens: Es gibt in Hamburg tolle interkulturelle sexualpädagogische Ansätze, zum Beispiel das Projekt "Sei eigen – mit Respekt!", das von pro familia in Wilhelmsburg durchgeführt wurde, die immer wieder dafür plädiert haben, das doch bitte auszuweiten, weil es ein tolles Projekt wäre, um den Zielen, denen auch dieser Antrag nachgeht, zum Durchbruch zu verhelfen – nur einmal so als Anregung.

Drittens: Projekte sind ganz wunderbar, ich finde Peer-Projekte auch eine tolle Sache, aber aus meiner Sicht könnte Hamburg auch einmal ein paar strukturelle Maßnahmen durchführen. Ich erinnere hier an unseren Antrag zum Thema Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, dem Sie nicht folgen wollen, aber auch der vom Senat in Aussicht gestellte aktualisierte Aktionsplan Opferschutz ist seit Monaten überfällig, da kommen Sie auch nicht in die Hufe. Und ich fände es toll, wenn Hamburg dafür sorgen würde, dass sowohl Gewalt gegen Frauen und Mädchen als auch Gewalt gegen Lesben und Schwule, Stichwort Hate-Delikte, einmal angemessen erfasst würden. Das gibt es nämlich bisher in Hamburg auf keinen Fall, es gibt da in vieler Hinsicht Handlungsbedarf. Ich hätte es toll gefunden, wenn wir uns darüber auch in den entsprechenden Ausschüssen noch einmal hätten auseinandersetzen dürfen. Das wollen Sie nicht; schade, kann ich dazu nur sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dobusch, Sie können davon ausgehen, dass uns die Studie aus Berlin auch vorliegt, und natürlich wird da auch Hamburg abgefragt. Insofern wissen wir davon, wie alle anderen es auch wissen können, denn es ist im Internet veröffentlicht. Was uns dazu veranlasst hat, auch

(Farid Müller)

die lesbisch-schwule Problematik in dieses Projekt mit aufzunehmen, was bisher aus schwedischer Sicht nicht vorgesehen ist, sind natürlich genau die Erfahrungen, die in den deutschen Großstädten – nicht nur in Berlin oder Hamburg – vorliegen, dass die Frage des Tabus der Homosexualität bei vielen Einwanderern ebenso in dem Kontext der Ehrenrührigkeit und der Ehrensache eine große Rolle spielt. Deswegen haben wir das mit aufgenommen und wir finden es richtig an dieser Stelle, dass das mitgeprüft wird.

Lassen Sie mich das noch einmal, auch im Nachgang zu meiner Kollegin Frau Blömeke, sagen: Sie können unseren Antrag hier gerne als zu windweich bezeichnen – das muss man als Opposition auch tun –, aber das ist wirklich ein klassisches Exekutivprojekt, wo der Impuls aus dem Parlament kommen muss, aber eine Umsetzung hier nicht stattfinden kann. Deswegen ist es richtig, dass der Impuls aus diesem Parlament kommt – ich freue mich auch, dass er grundsätzlich im Haus geteilt wird – und jetzt die exekutive Umsetzung beim Senat liegt. Man kann uns gerne dafür bestrafen, wenn dieser Impuls nicht wieder zurückkommt im Sinne eines Vorschlags, wie es denn nun passieren soll, aber an der jetzigen Stelle schon wieder Zweifel anzumelden, weil man ein grundsätzliches Problem damit hat, wie diese Koalition in dem einen oder anderen Punkt Politik macht, finde ich ein bisschen schal. Lassen Sie das doch einmal so stehen, es ist eine gute Projektsache und würde Hamburg sehr helfen. Es würde mich freuen, wenn Sie das auch einmal so sagen würden. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/6243 federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend an den Sozialausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer sich dem Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/6243 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe dann den Punkt 63 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/6246, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Können wir die kulturellen Schätze in den Museen dieser Stadt nutzen?

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Können wir die kulturellen Schätze in den Museen dieser Stadt nutzen?
– Drs 19/6246 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Hackbusch bitte.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten Wochen – jetzt laufen alle weg –

(Ingo Egloff SPD: Ich bin da, Herr Hackbusch!)

waren für die Hamburger Kulturlandschaft und vor allen Dingen für die Hamburger Museumslandschaft dramatisch. Jeder, der die Zeitung gelesen hat, hat sich darüber wundern können, dass Woche für Woche neue, negative Informationen über die Museumslandschaft bekannt geworden sind. Ich will einige davon nennen.

Im Februar beschlossen die Direktoren der Stiftung Hamburgische Museen, dass das Hafenumuseum in diesem Jahr nicht mehr geöffnet werden soll. Glücklicherweise wurde das nicht Realität, aber wir, auch im Kulturausschuss, wissen bis heute nicht, wie stattdessen die Einsparungen erfolgen sollen.

Im März gab es einen Aufschrei im Harburger Museum. Die "Harburger Anzeigen und Nachrichten" berichteten darüber, dass das Museum und sein Direktor – sie nannten es abgewatscht worden sind von der Kulturbehörde – nicht mehr in der Lage seien, ihre Aufgaben richtig zu erfüllen. Im März gab es ebenfalls Gerüchte, die noch nicht wirklich verstummt sind, dass das Museum für Arbeit vielleicht geschlossen werden sollte oder strategisch eventuell nicht mehr aufrechterhalten werden sollte, sondern stattdessen an dieser Stelle das lang geplante zentrale Depot gesucht werde. Dazu haben wir immer noch keine klare Information.

Christi Himmelfahrt begann die Diskussion über die Schließung der Galerie der Gegenwart, sicherlich allen in diesem Haus, die jetzt noch hier sitzen, bekannt. In der Diskussion wird deutlich, wie groß hier die Irrungen und Wirrungen sind, die ich alle gar nicht nachvollziehen will.

Vor zehn Tagen hatten wir die Diskussion, dass der Direktor des Altonaer Museums gesagt haben soll, wenn es so weiterginge, müsse er das Haus für zweieinhalb Jahre schließen.

Meine Damen und Herren! Eine solche Ballung negativer Neuigkeiten und negativer Berichterstattung über die schlechte Situation der Hamburger Museen haben wir lange nicht gehabt. Ich möchte mit Ihnen auch nicht über die einzelnen Beispiele diskutieren, das haben wir lange genug im Kulturausschuss getan. Das Interessante und Wichtige ist hier, dass die Summe zeigt, dass es sich um ein strukturelles Problem der Museen handelt und

(Norbert Hackbusch)

dass wir das dementsprechend auch strukturell diskutieren müssen.

Das will ich Ihnen anhand eines Beispiels klarmachen, das gern von Schwarz-Grün als ein Musterbeispiel genannt wird, und zwar das Museum für Kunst und Gewerbe. Wir hatten im Kulturausschuss eine Anhörung im Zusammenhang mit der Situation der verschiedenen Museen, bei der die Direktorin, Frau Dr. Schulze, uns aufgezeigt hat, wie dort die Situation ist. Sie führte dort aus, wenn ich zitieren darf:

"Die Stadt gibt sehr viel Geld zurzeit aus, um das Gebäude zu sanieren, aber [...] es fehlt das Geld, die Abteilungen nach der Sanierung wieder einzurichten. Und das ist ein großes Problem von uns, ein Drittel der Sammlungsbestände sind zurzeit geschlossen. Die Sanierung ist abgeschlossen, aber wir haben nicht die Mittel, die Exponate wieder aufzustellen."

Ich will Ihnen das Beispiel nennen, damit wir jetzt nicht die einzelnen Fragestellungen diskutieren, sondern damit wir merken, dass es hier eine strukturelle Unterfinanzierung der Museen gibt. Wir haben tolle Exponate, wir haben tolle Museen, aber sie werden zu einem großen Teil gegenwärtig nicht richtig präsentiert und das steht in der Verantwortung der Kulturbehörde und ihrer Senatorin.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Darauf gibt es immer wieder die stoische Antwort, dass man doch ein Expertengutachten bekommen habe und hier gesagt werde, es sei auskömmlich finanziert. Dieses Wort auskömmlich benutzt Herr Dr. Hill am meisten, alles andere diskutiere er nicht, Frau Senatorin benutzt es nicht ganz so häufig. Auskömmlich bedeutet für jeden, der ins Museum kommt, dass die Sonderausstellungen nach der Definition dieser Experten nicht mehr finanziert werden sollen und dementsprechend Museen nicht mehr Sonderausstellungen anbieten können. Das bedeutet jedoch in der Realität, dass alles Lebendige und das Wichtigste an Museen nicht mehr ermöglicht wird.

Frau Dr. Schulze vom Museum für Kunst und Gewerbe sagte, dass 80 Prozent der Besucher wegen der Sonderausstellungen kämen und diese von daher absolut notwendig seien. Das heißt, in dieser Situation verlässt man sich blind auf etwas, das meiner Meinung nach nicht zu akzeptieren ist und das eigentlich nur jemand sagen, der Museen nicht kennt und sie vor allen Dingen auch nicht liebt. Niemand könnte sonst zu solchen Äußerungen kommen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Wichtige hierbei ist, was wir durch die Presse an Vergleichszahlen erfahren haben im Zusam-

menhang mit anderen Museen. Diese Vergleichszahlen zeigen uns – man kann sie sich auch im Wirtschaftsplan der Hamburger Kunsthalle ansehen –, dass Hamburg im Verhältnis zu anderen großen Museen kein Geldverschwender ist, sondern diesen Zahlen zufolge sogar besonders gut dasteht; wir werden das noch genauer in unseren Auswertungen diskutieren. Aber nach all den Diskussionen über den Umgang mit Geld und sogenannter Geldverschwendung gibt dieser Vergleich nichts her. Die hierzu genannten Zahlen vermitteln nicht den Eindruck, als seien die Hamburger Museen Geldverschwender, sondern sie zeigen, dass es hier strukturelle Probleme gibt, die anders gelöst werden müssen.

Die Sparüberlegungen zeigen doch eine katastrophale Situation auf und dies können wir diskutieren im Zusammenhang mit den vielen Sparmaßnahmen. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, aber dass allein schon die Überlegung existiert, 200 000 Euro zu sparen und die Galerie der Gegenwart fast ein halbes Jahr zu schließen,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Irrsinn!)

ist doch verrückt. Wenn Sparen so aussieht und wir dadurch eine solche Abwärtsspirale in dieser Stadt organisieren, dann ist es wirklich katastrophal, das ist unmöglich. Man kann nicht auf diese Art und Weise sparen, das ist unverantwortlich und schädigt die Stadt nachhaltig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist eines deutlich geworden: Mittlerweile ist das Verhältnis zwischen der Kultursenatorin, eigentlich der gesamten Kulturbehörde, und den Aktiven in der Hamburger Kultur gestört. Wie kann man sonst solche Kommunikationsprobleme verstehen, wie wir sie gegenwärtig ständig serviert bekommen. Das können keine Einzelbeispiele mehr sein, das kann auch nicht Herr Gaßner sein.

(Heiterkeit bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich werde keine Einzelbeispiele diskutieren können, da es so viele unterschiedliche Beispiele gibt. Deswegen muss sich die Kulturbehörde an die eigene Nase fassen und sich fragen, wie es passieren kann, dass sie mit allen Aktiven in der Hamburger Kultur solche Schwierigkeit hat.

Es muss uns doch eines klar sein: Nicht die finanzielle Frage hält die Museen und die Kultur lebendig. Entscheidend sind doch beispielsweise Direktoren, die sich intensiv für Kultur einsetzen, Mitarbeiter, die hoch motiviert sind und zahllose Ehrenamtliche, die in den Freundeskreisen den Museen zu Lebendigkeit verhelfen.

Entscheidend ist also, was wir mittlerweile in Hamburg aufgebaut haben, und auf diese Struktur können wir in dieser Stadt besonders stolz sein. Das

(Norbert Hackbusch)

dürfen wir nicht vernachlässigen und das dürfen wir vor allen Dingen nicht so schädigen, wie es gegenwärtig in der Kommunikation geschieht.

Frau Senatorin, hier haben Sie Nachhilfeunterricht zu nehmen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, das hat sie!)

Sie müssen diese Situation verbessern, die in Ihrer Behörde ihre Ursache haben muss.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Als Letztes möchte ich Ihnen sagen, warum die Museen so wichtig geworden sind, denn viele fragen, warum man nicht bei den Museen sparen könne. Dazu etwas Grundsätzliches: Die Museen sind nicht mehr, was sie früher einmal waren, irgendein Platz, wo man sich alte Sachen ansehen kann, sondern sie sind das entscheidende und wichtige Gedächtnis dieser Gesellschaft. Das sind heutzutage nicht mehr die Kirchen, das sind auch keine alten Feudalherren, deren Schlösser man sich ansehen kann, sondern in einer demokratisch strukturierten Gesellschaft sind es die Museen, denn sie sind das Gedächtnis der Gesellschaft.

(Jörn Frommann CDU: Tüdelkram!)

Und wer in diesem Hause kann ohne Gedächtnis existieren, wir als Gesellschaft nicht, Sie als Individuen nicht.

(Zuruf von Olaf Ohlsen CDU)

– Auch Sie dort hinten nicht, glaube ich jedenfalls, Herr Ohlsen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deshalb ist unsere wichtige gemeinsame Aufgabe, unser Gedächtnis zu schützen und weiterzuentwickeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Hackbusch, wir werden Ihren Antrag heute ablehnen und der Museumsdrucksache in der nächsten Bürgerschaft zustimmen.

(Ingo Egloff SPD: Das überrascht uns!)

– Genau, das reicht schon.

Wir haben schon im Kulturausschuss bei der Debatte um die Galerie der Gegenwart festgestellt, dass es tatsächlich ein Sturm im Wasserglas ist. Und Sie produzieren jetzt mit Ihrem Antrag noch einmal eine Riesenwelle; das macht Ihre Ambitionen nicht glaubwürdiger.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Aber das ist doch echt ein Skandal, was hier passiert!)

– Darauf komme ich noch, Frau Heyenn, das kann man auch anders werten.

Es ist in die Kategorie Populismus zu packen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Alles, was Ihnen nicht passt, ist Populismus!)

Ich sage Ihnen auch warum. Ich werde Ihren Antrag Punkt für Punkt bezüglich Lyrik und Petitum widerlegen.

Die Galerie der Gegenwart wird nicht in den nächsten Monaten geschlossen, sondern die Ausstellung des britischen Künstlers David Tremlett wird termingerecht eröffnet und bis Ende Oktober 2010 zu sehen sein. Gestern wurde dort der Edwin-Scharff-Preis, einer der wichtigsten Preise Hamburgs, verliehen, im Einvernehmen mit der Kulturbehörde und dem Vorstand der Kunsthalle.

Warum nun der Vorstand der Kunsthalle ungeprüft hinsichtlich der Brandschutzanforderungen die Mitteilung einer Schließung der Galerie an die Öffentlichkeit gegeben hat, das überlasse ich Ihrer eigenen Bewertung.

In jedem Fall hat dieses kurzsichtige Verhalten langfristig dem Renommee der Kunsthalle immensen Schaden zugefügt und es ist nicht die BKSM, die das verursacht hat.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Jetzt ist das Opfer der Täter!)

Das Gleiche gilt übrigens für das Verhalten der Leitung des Altonaer Museums. Man geht nicht ungeschützt ohne Kenntnisse mit solchen Falschmeldungen an die Öffentlichkeit.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Schon wieder!)

Das Hafenumuseum ist vom 24. April bis 31. Oktober 2010 geöffnet, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, auch dankenswerterweise durch die Mithilfe vieler ehrenamtlicher Kräfte. Also gibt es auch hier keine Schließung. Das Museum der Arbeit wird auch nicht an den Hafen verlagert.

Die Hamburger Museumslandschaft ist nicht gefährdet. Die Museumslandschaft ist ganz im Gegenteil in einem Reformprozess auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Wir müssen unsere Museen nämlich attraktiv gestalten. Und sie sind wichtig, das ist gar keine Frage, auch für das Historische und das Gedächtnis unserer Stadt. Mir gibt es schon zu denken, wenn in Hamburg über 300 000 Besucher die Tutanchamun-Schau besucht haben – und ich sage bewusst Schau, weil kein musealer Anspruch erfüllt wird – und das bei Ticket-Preisen zwischen 16 und 19 Euro für Erwachsene, dann aber das Völkerkundemuseum nur zwischen 100 000 und 150 000 Besucher pro Jahr ausweist. Das ist keine Frage der finanziellen Ausstattung der Museen.

(Brigitta Martens)

Das sollte uns allen auch einmal zu denken geben. Da sind wir nämlich bei den Inhalten.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Ich komme jetzt zu den Finanzen. Wir nehmen leider die Debatte über die Drucksache schon ein bisschen vorweg, die wir erst in der nächsten Bürgerschaftssitzung haben werden, aber man kann dies jetzt nicht unausgesprochen lassen.

Die Hamburger Museen haben zusammen in 2009 31 Millionen Euro als Zuwendung erhalten, das macht ungefähr 10 Prozent unseres gesamten Kulturhaushalts aus. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass Hamburg für seine kulturelle Vielfalt steht und sich traditionsbedingt das Ziel der Musikstadt Hamburg gesetzt hat. Wir können nicht auf allen Hochzeiten tanzen.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD*: Das ist es!)

Bereits in 2007 hat der Senat den Museen 13,6 Millionen Euro zur Entschuldung einmalig zur Verfügung gestellt. 2,1 Millionen Euro sind als erhöhte Betriebskosten, verteilt auf einzelne Museen, gegeben worden. Allein die Kunsthalle hat seit 2007 1,2 Millionen Euro Zuwendung mehr pro Jahr erhalten.

Heute nun, noch nicht einmal drei Jahre später, haben die Hamburger Museumsstiftungen schon wieder 6,8 Millionen Euro Schulden aufsummiert. Da muss ich mich als verantwortungsbewusste Politikerin doch fragen, was denn da falsch läuft.

(*Christiane Schneider DIE LINKE* und *Dr. Christel Oldenburg SPD*: Genau!)

Und genau diese Fragen haben ausgewiesene Museumsexperten in ihrem Zwischengutachten analysiert. Danach sind die Hamburger Museen nicht strukturell unterfinanziert, wenn man bauliche Instandsetzungen und Sonderausstellungen außer Betracht lässt.

Keine seriöse Bank würde weiteres Geld in ein Unternehmen pumpen, das solche Zahlen aufweist, es würde immer eine Konsolidierung verlangt werden. Und genau das tun wir mit der Museumsdrucksache. Ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt, wenn im Rahmen der Wirtschaftspläne zu wirtschaften ist, sondern es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und das gilt auch für Museen.

(*Wilfried Buss SPD*: Wenn die Bedingungen nicht stimmen, kann man sie auch nicht erfüllen!)

Wenn also die Museen in den nächsten drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen, dann werden die jetzt aufgelaufenen Schulden in Höhe von 6,8 Millionen Euro erlassen.

Außerdem stellen wir einen Ausstellungsfonds in 2011 und 2012 mit jeweils 2 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. 520 000 Euro sind für die Inventarisierung der historischen Museen sowie einmalig 1,9 Millionen Euro für die Kunsthalle für den Versicherungsfall "Nebelschwaden" vorgesehen. Das heißt, dass wir den Hamburger Museumsstiftungen in den nächsten zwei Jahren 6,4 Millionen Euro mehr geben und sie entschulden in Höhe von 6,8 Millionen Euro. Insgesamt macht das über 13 Millionen Euro bis 2012 und das vor dem Hintergrund der gegenwärtigen schwierigen Haushaltslage.

Also, meine Damen und Herren, was wollen Sie eigentlich?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Und da spricht DIE LINKE von einer nicht auskömmlichen Finanzierung. Ich sage es noch einmal: Populismus. Ihr Robin-Hood-Spiel nimmt keiner wirklich ernst, Herr Hackbusch.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Da täuschen Sie sich aber!)

Pikant ist das Verhalten der SPD in dieser Angelegenheit. Noch im Kulturausschuss haben die SPD-Kulturpolitiker den finanziellen Maßnahmen zugestimmt und nur bei den Strukturmaßnahmen Nein gesagt. Im Haushaltsausschuss wurde dann insgesamt mit Nein gestimmt. So übernehmen Sie einmal mehr keine politische und kulturpolitische Verantwortung.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Aber Sie!)

Ich weiß nicht, was Sie wollen, Herr Hackbusch, wir investieren in unsere Museen. Natürlich könnte es auch immer mehr sein, das ist aber nur dann möglich, wenn man nachweislich ordentlich wirtschaftet.

Wir werden den Prozess bei den Museen in den nächsten zwei Jahren intensiv begleiten, haben ein komplett neues Controllingssystem eingezogen,

(*Wilfried Buss SPD*: Endlich!)

und dann werden die Karten gegebenenfalls auch neu gemischt. Wenn sich dann ergibt, dass strukturelle Defizite bestehen, dann werden wir schauen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Oldenburg.

Dr. Christel Oldenburg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es steht schlecht um die Hamburger Museen, Herr Hackbusch hat das schon sehr gut ausgeführt. Das ist eine Tatsache, die wir nicht zum ersten Mal feststellen müssen.

(Dr. Christel Oldenburg)

Nun wird die Lage aber immer dramatischer und offenbar ist das Ende der Fahnenstange noch gar nicht erreicht. Die ganze Stadt diskutiert mittlerweile über Schließungen der verschiedensten Häuser und ängstlich fragt sich die Öffentlichkeit, welches Museum denn als nächstes die Schließung ankündigt, weil die Mittel an allen Ecken und Enden fehlen: Hafenumuseum, Galerie der Gegenwart und jetzt das Altonaer Museum, drei Schließungsszenarien, die vielleicht mit Hängen und Würgen noch einmal abgewendet werden können. Aber sicher ist es zu diesem Zeitpunkt noch nicht, auch wenn die Senatorin mit dem Unterton von Verzweiflung betont, mit ihr werde es keine Schließungen geben.

Wir sagen ganz klar: Hamburgs Kulturleben braucht nicht nur die Elbphilharmonie, Frau Martens, sondern auch ausreichend finanzierte Museen, die ihre Schätze dann präsentieren können. Sonst wird die Hansestadt provinziell.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gute Museen gehören einfach zu einer guten Kulturpolitik dazu, aber von einer guten Museumspolitik kann bei diesem Senat leider keine Rede mehr sein.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Eines möchte ich vorweg betonen: Eine Schließung der Galerie der Gegenwart wegen defekter Brandschutzklappen halten wir für wenig glaubwürdig.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Wir halten uns da lieber an den Direktor der Kunsthalle, Gaßner, der vor lauter Sparzwängen weder ein noch aus weiß. Es kann nicht angehen, dass ein Museum für moderne Kunst geschlossen wird, weil 200 000 Euro im Haushalt der Kunsthalle fehlen. Der Schaden, den diese Diskussion in der gesamten Bundesrepublik für das ansonsten doch so reiche Hamburg angerichtet hat, ist wirklich immens und wird auch so schnell nicht wieder gutzumachen sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Kaum hatte sich die Lage in der Kunsthalle etwas beruhigt, ließ auch der Direktor des Altonaer Museums durchblicken, dass sein Haus nicht aus Gründen der Brandschutzertüchtigung geschlossen werden muss, sondern ebenfalls aus Sparzwängen heraus über zwei Jahre nicht mehr öffnen soll. Nach einem Rapport bei der Senatorin ist nun plötzlich doch nur noch von Teilschließung die Rede. Aber woher das Geld für das Ausräumen und die spätere Wiederherrichtung der Sammlung kommen soll, steht immer noch in den Sternen. Wir prophezeien, dass dies nicht die letzte Diskussion über die Schließung eines Museums sein wird. Wenn das generelle Problem der strukturellen Unterfinanzierung – das möchte ich wirklich noch ein-

mal betonen, die Museen sind strukturell unterfinanziert – nicht endlich angegangen wird, wird es so weitergehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die kategorische Null im Haushalt wird Hamburgs Museen bei dieser Finanzierung in den Ruin treiben. Die Aussage der sogenannten Expertenkommission der Kulturbehörde, die Museen seien auskömmlich finanziert, halten wir für einen Hohn. Was ist zu tun?

Erstens: Es muss ein Kassensturz bei allen Hamburger Museen gemacht werden. Obwohl der Senat es schon vor Jahren angekündigt hat, gibt es immer noch kein funktionierendes Controlling. Wir müssen endlich genau wissen, wie hoch der Grad der Unterfinanzierung ist. Das hätte längst geschehen müssen. Dabei geht es nicht um Wolkenkuckucksheime, sondern allein darum, dass die Museen ihren Aufgaben des Sammels, Bewahrens, Forschens und Ausstellens auch angemessen nachkommen können.

Zweitens: Das Stiftungsgesetz, so wie es bisher besteht, soll erhalten bleiben. Eine Reduzierung der Stiftungsräte von zehn auf sechs Mitglieder lehnen wir ab. Auch ist die Kulturbehörde bislang in diesem Gremium noch nicht überstimmt worden. Dieser Machtzuwachs ist unnötig und wird den Museen nur Schaden zufügen.

Drittens: Die STIFTUNG HISTORISCHE MUSEEN HAMBURG ist eine Konstruktion vom Reißbrett, sie hat sich eben nicht bewährt. Synergieeffekte sind in den letzten zweieinhalb Jahren nicht eingetreten. Sie hat wieder Schulden gemacht, so wie es eigentlich vorauszusehen war. Eine Plattform wie eine große gemeinsame Ausstellung wird es aus Spargründen nicht geben. Gemeinsamkeiten inhaltlicher Art, beispielsweise mit dem Museum der Arbeit und dem Helms-Museum für Vor- und Frühgeschichte gibt es nicht. Inzwischen hat auch die Bezirksversammlung Hamburg-Harburg, und zwar einstimmig, dafür plädiert, das Helms-Museum aus dem Verbund herauszunehmen. Frau Senatorin, beenden Sie endlich dieses unselige Experiment, beenden Sie bitte auch die Verunsicherung darüber, was mit den Außenstellen geschehen soll.

Viertens: Der Ausstellungsfonds von 2 Millionen Euro wird die Probleme der Museen auch nicht lösen. So wird nur eine unproduktive Konkurrenz zwischen den Häusern etabliert. Der Vorschlag der sogenannten Expertenkommission, ein Museum in einen Grundbetrieb und Sonderausstellungen zu teilen, ist willkürlich. Sonderausstellungen gehören heutzutage zum normalen Museumsbetrieb dazu; Herr Hackbusch hat das schon ausgeführt. Wenn es sie nicht gibt, werden die Besucherzahlen drastisch sinken. Der Ausstellungs-

(Dr. Christel Oldenburg)

fonds ist bürokratisch und degradiert so die Direktoren zu Bittstellern bei einer Jury, die dann darüber entscheidet, was in den Häusern gezeigt wird. Das kann keine Lösung für unsere Museen sein.

Sorgen Sie endlich für eine wirklich ausreichende Finanzierung und lassen Sie die Museen in Ruhe arbeiten.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Noch ein letztes Wort zum Antrag der LINKEN. Wir stimmen dem Antrag zu, obwohl wir uns das ein bisschen konkreter gewünscht hätten, aber wir wollen nicht mäkeln, wir finden, die Richtung stimmt und deshalb unsere Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Oldenburg, eines vorweg: Das mit dem "sogenannt" hat die "Bild"-Zeitung mit der DDR gemacht.

Als die Expertenkommission die Museen entschulden wollte mit den 13,6 Millionen Euro, war es eine hochgeschätzte Expertenkommission. Jetzt sagt sie etwas, das vielleicht nicht so wohlgefallen ist, aber da sollte man die Kommission, die aus ausgewiesenen Experten besteht, nicht in dieser etwas billigen Weise diffamieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich komme zurück zum Antrag der LINKEN. Es geht hier um die Nutzung der kulturellen Schätze in unseren Museen und die Frage, wie wir denn die kulturelle Vielfalt bewahren können. Natürlich tun wir das und dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht, denn nichts anderes haben wir getan, als wir vor zwei Jahren nach dem Start dieser Koalition den Kulturetat um 7 Prozent angehoben haben. Und nichts anderes haben wir getan, als wir die Sparbeschlüsse, die der Kulturbehörde auferlegt waren, im November so umgesetzt hatten, dass keine Einrichtung darunter im großen Maßstab leiden musste. Der Kulturbehörde geht es genau darum, dass keine Einrichtung geschlossen werden muss, das ist und war das erklärte Ziel der Senatorin. Und mit der jetzigen Museumsdrucksache, über die Sie offensichtlich durch die Hintertür eigentlich reden wollen, machen wir doch etwas, was in diesen Zeiten völlig undenkbar ist. Bitte erinnern Sie sich daran, was wir vorhin in der Aktuellen Stunde hatten. Wir befinden uns in der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise, die es je gegeben hat, und was machen wir? Wir geben den Museen ein wesentli-

ches Mehr an finanziellen Zuwendungen, anstatt ihnen irgendetwas wegzunehmen.

Ich möchte Ihnen das kurz verdeutlichen. 1,9 Millionen Euro wird der Kunsthalle zur Lösung des Problems "Nebelschwaden" zur Verfügung gestellt. 500 000 Euro werden den Museen zur Fortführung ihrer Inventarisierung zur Verfügung gestellt. Es stimmt also nicht, dass Forschen und Ähnliches nicht weitergehen werde, 500 000 Euro bekommen sie zusätzlich. 8 Millionen Euro gibt es an Liquiditätshilfe, die sich natürlich in unterschiedlicher Höhe auf die einzelnen Museen verteilt. Und 2 Millionen Euro gibt es zusätzlich für die Finanzierung von Sonderausstellungen.

Das sind also 10,4 Millionen Euro an einmaligen Zuwendungen und Liquiditätshilfen. Und die zusätzlichen 2 Millionen Euro sind eine jährliche faktische Erhöhung des Museumsetats. Also wird hier nichts weggenommen, es kommt etwas dazu und das in diesen Zeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Hackbusch, das Juryverfahren, das wir bei der Vergabe dieser Mittel wählen, ist ein schlankes Verfahren, das sich – und das wissen Sie genau – sehr bewährt hat. Denken Sie beispielsweise an die Privattheater, dort funktioniert es wunderbar. Insofern handelt es sich überhaupt nicht um eine Gängelung der vier Stiftungen, sondern es soll der Gedanke des Zusammenwachsens und der Koordination der einzelnen Stiftungen gestärkt werden. Wichtig ist hier – Frau Oldenburg, das sehe ich völlig anders als Sie –, dass nicht jedes Haus seinen eigenen Topf erhält, sondern dass die Häuser zusammenwachsen; das ist essenziell. Seit 1999 wird versucht, diesen Prozess stückweise umzusetzen, das hat im Übrigen Ihre Fraktion auch mitgetragen. Ich denke, das sollte man nicht aufgeben – natürlich in Teilen, Herr Nümann macht es jetzt anders, aber lassen wir das.

Es geht also um eine Profilschärfung der einzelnen Häuser und es geht darum, dass sie sich um diese Mittel aus dem gemeinsamen Topf bewerben können.

Um es noch einmal zu sagen: Es ist eine geplante Erhöhung des Museumsetats und sie findet vor dem Hintergrund der größten Wirtschaftskrise statt. Dies ist geplant und wir wollten das eigentlich in der nächsten Bürgerschaftssitzung besprechen, wenn wir die Museumsdrucksache vorliegen haben.

Was ist in der Vergangenheit geschehen? Da war es keineswegs so, dass den Museen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. In der Vergangenheit hat die von Ihnen als sogenannte bezeichnete Expertenkommission eine Entschuldung der Museen vorgeschlagen – Frau Martens hat vorhin darauf hingewiesen –, die stattgefunden hat in Höhe von 13,5 Millionen Euro. Die sind an

(Dr. Eva Gümbel)

die Museen geflossen. Das sind immense Mittel, die wir den Museen in den letzten vier Jahren zur Verfügung gestellt haben. In der gleichen Drucksache sind den Museen seinerzeit noch einmal an Betriebsmitteln Erhöhungen von 2,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. 1,2 Millionen Euro sind alleine an die Kunsthalle geflossen. Das ist kein Pappenstiel.

Hier muss ich eine kleine Bemerkung einfügen: Der Kunsthalle war es zu dieser Zeit noch nicht einmal möglich, ihr eigenes Defizit klar darzulegen. Es ging um Entschuldung; die Bereitschaft der Stadt wäre da gewesen. Die hatten offensichtlich aber eine dermaßen unübersichtliche Buchhaltung, dass es ihnen nicht möglich war. Das braucht man eigentlich nicht weiter zu kommentieren, oder?

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Was für ein Unsinn!)

Wir müssen also festhalten: Die Kulturbehörde und die Regierungsfractionen haben in der Vergangenheit – und werden das auch in der Zukunft tun – die Museumslandschaft unterstützt. Nicht zuletzt wird das anhand dieser Zahlen, wie ich finde, sehr deutlich.

Herr Hackbusch, selbstverständlich haben Sie völlig recht: Die Museen sind wichtig, sie sind unersetzbar und das kulturelle und historische Gedächtnis unserer Stadt. Daran hat kein Mensch einen Zweifel. Aber bei aller Wertschätzung dieser großen und für Hamburg wichtigen Einrichtung muss man natürlich auch verlangen dürfen, dass auch diese Häuser sich an die Spielregeln halten, die für alle anderen Zuwendungsempfänger auch gelten. Das heißt, Wirtschaftspläne sind einzuhalten.

(*Wilfried Buss SPD*: Wer kontrolliert die? Die Senatorin? – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Was für ein kleines Theater und für eine kleine Stadtteil-Kultureinrichtung gilt, das muss auch für ein großes Museum wie die Kunsthalle gelten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Alle kulturellen Zuwendungsempfänger sind Konkurrenten um den Kulturretat und es gibt keine Kultureinrichtung in der Stadt, die nicht glaubhaft einen Mehrbedarf belegen kann. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt hat aber die Forderung nach einer Erhöhung der Mittel für den Kulturbereich über das hinaus, was wir in den letzten Jahren geleistet haben – und da ist viel gewesen – wenig Hoffnung auf Erfolg. Das, liebe LINKE, war sozusagen meine Einlassung zu Ihrem ersten Spiegelstrich.

Auch den zweiten Spiegelstrich zu dem Aspekt Kultur für alle halte ich für überflüssig. Sie werden sich alle daran erinnern, dass wir das in diesem Hause schon reichlich debattiert und am Ende der

Debatte auch eine gemeinsame Verabredung getroffen haben. Es wird eine Senatsdrucksache mit einem Gesamtkonzept Kultur für alle geben. Diese Drucksache wird uns im vierten Quartal erreichen und die unterschiedlichen Aspekte beleuchten.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

– Sie haben offensichtlich hellseherische Fähigkeiten, das ist schön.

Ich freue mich, ehrlich gesagt, darauf, diese Drucksache zu lesen.

(*Michael Neumann SPD*: Drucksachen zu lesen macht ja auch großen Spaß!)

– Ich tue das in der Tat ganz gerne.

Wir haben verabredet, dass es sowohl um die monetären Aspekte gehen soll als auch um alle anderen Aspekte, die möglicherweise Hemmnisse oder Barrieren aufbauen, denn es ist uns in der Tat sehr wichtig, dass alle gesellschaftlichen Gruppen einen einfachen Zugang zu Kultur haben. Insofern freue ich mich darauf, dass wir dann über diese Drucksache sprechen werden und dann wird alles Weitere kommen.

Ich fasse noch einmal zusammen: Wir finden eine Zustimmung zu den beiden von Ihnen geforderten Punkten an dieser Stelle überflüssig. Beide Punkte haben wir auf den Weg gebracht und Dinge, die man auf den Weg gebracht hat, braucht man nicht noch einmal zu beschließen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Martens und Frau Gümbel, wenn ich Ihnen richtig zugehört habe, dann geht es um drei Argumente, die Sie bei dem Rufen unserer Vorlage vorgebracht haben.

Erstens: Es handele sich um einen Sturm im Wasserglas, den die LINKE entfache.

Zweitens: Wir würden die Expertenkommission schlechtreden und herabsetzen.

(*Rolf Reincke CDU*: Stimmt auch!)

Drittens: Wir würden den Ernst der Situation – die Wirtschaftskrise und ihre Konsequenzen für alle Akteure im Kulturbereich – nicht sehen.

Lassen Sie mich, wenn die Diskussion Sinn machen soll, noch einmal kurz auf diese drei Argumente eingehen.

Frau Martens, Sie können gerne sagen, dass wir einen an der Waffel haben

(*Rolf Reincke CDU*: Bravo! und Beifall)

(Dr. Joachim Bischoff)

und dass all das, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat – Herr Hackbusch hat es aufgezählt –, ein Sturm im Wasserglas sei. Ich kann das nicht nachvollziehen und möchte Ihnen bezüglich der Stiftung mit einem Zitat aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" antworten, einer Zeitung, die bestimmt nicht verdächtigt wird, im linken Populismus angesiedelt zu sein – ich zitiere –:

"... finanziert [...] je nach Haushaltslage und ohne jedes Stammvermögen: Musentempel auf fremdem Grund und Boden, mit Sammlungen, die sie bloß als Leihgabe von Staates Gnaden besitzen, und behaut in Gebäuden, für deren zeitgemäße Ausstattung ihre Direktoren um private Zuwendungen betteln müssen, während sie städtischen Immobiliengesellschaften üppige Mieten zahlen. Ist das die heile Stiftungswelt?"

Soweit die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" zur Lage der Museen in Hamburg. Die Überschrift lautet:

"Stiftung als Bad Bank

Die Stadt Hamburg lässt ihre Museen im Stich"

Bad Bank haben Sie bei der HSH Nordbank gelernt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Robert Heinemann CDU*: Unnötiger Vergleich!)

Das ist das Problem, das wir ankreiden. Sie haben eine Konstruktion gewählt, die nicht funktionieren kann. Das ist nicht unsere Erfindung, das können Sie überall in der bürgerlichen Presse nachlesen. Nun müssen Sie sich anhören, dass Hamburg seine Museen im Stich lässt. Das ist eine Katastrophe für die Stadt. Wenn Sie solche Situationen generieren und mit solchen Schlagzeilen hausieren gehen müssen, dann können Sie sich Ihre Umwelt-PR schenken.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zu Ihrem zweiten Argument, wir würden die Expertenkommission herabsetzen: Ich habe schon im Haushaltsausschuss gesagt, dass das überhaupt nicht auf den Tisch kommt. Was sagt denn die Expertenkommission? Frau Martens, ich zitiere noch einmal. In der Zusammenfassung der Zwischenbilanz heißt es:

"Diese wichtigen ersten Schritte verbessern die Situation der Museumsstiftungen jedoch nicht so grundlegend und nachhaltig wie erhofft."

Und der entscheidende Punkt:

"Neben zweifellos Einfluss nehmenden strukturellen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen tragen auch die Museen selbst die Verantwortung dafür."

Wir streiten nicht ab, dass wir auch die Museen genauer daraufhin prüfen müssen, was ihr eigener Beitrag ist. Wir reden jetzt aber davon, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Museen drastisch verschlechtert haben. Sie sind eben auf bestimmte Sponsoring-Einnahmen et cetera angewiesen. Sie haben, wie es die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ausgeführt hat, die Stiftungen so ausgestattet, dass sie im Grunde eine Bad Bank sind und keine Luft zum Atmen haben. Das ist der Punkt, um den es geht.

Sie werden – das ist der dritte Punkt, Frau Gumbel – das Problem mit den Maßnahmen, die Sie auf den Weg gebracht haben, nicht los. Dabei wissen natürlich auch wir, dass diese Krisensituation schwierig ist. Im Haushaltsausschuss gab es keine Bedenken dagegen, eine Entschuldung der Museen auf den Weg zu bringen, aber das reicht nicht aus. Wir müssen, gerade weil wir wirtschaftlich in einer dauerhaft schwierigen Situation sind und der Haushalt in einer prekären Lage ist, den Mut dazu haben, die Museen so auszustatten, wie wir es heute Morgen mit den Schulen getan haben. Das ist die Grundvoraussetzung. Dann können Sie mit uns jederzeit diskutieren, welchen Beitrag an Reorganisation die Museen selber zu leisten haben. So herum wird ein Schuh daraus und nicht so, wie Sie es machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern auf zwei Argumente der Kolleginnen aus den Koalitionsfraktionen eingehen. Insbesondere mit Ihrem Vorbehalt, Frau Martens, das sei ein Sturm im Wasserglas, halten Sie uns und den Museen vor, hier seien Probleme, die a) beherrschbar und b) im Wesentlichen auf das eigene Unvermögen der Museen zurückzuführen seien. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen und das stimmt so auch nicht. Aus meiner Fraktion gibt es niemanden, der nicht auch von den Zuwendungsempfängern einfordern würde, dass Wirtschaftspläne eingehalten werden.

(Beifall bei *Brigitta Martens CDU*)

Es gibt niemanden bei uns, der ein Museum nicht dann kritisieren würde, wenn es zu Prassereien oder unverantwortlich überzogenen Wirtschaftsplänen kommen würde. Dafür gibt es aber nicht einen einzigen Beleg in der Kulturbehörde. Im Gegenteil, man muss sagen, dass es die Kulturbehörde über Jahre, und zwar während der gesamten letzten Legislaturperiode und teilweise schon davor, zugelassen hat, dass sich diese strukturellen Probleme verdichtet haben. Das hat dazu geführt, dass wir

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

vor drei Jahren diese Entschuldung vornehmen mussten.

Frau Martens, ein Sturm im Wasserglas ist das nicht und ich hoffe, dass die Museen einmal nachlesen werden, was hier vonseiten der GAL und der CDU gesagt worden ist. Ganz im Gegenteil: Die Hamburger Museen sind ein Glanzstück unserer Kulturlandschaft, aber der behördliche Umgang mit ihnen ist es nicht. Seit Jahren sind die Museen weder in die Lage versetzt worden, verantwortlich mit ihren Wirtschaftsplänen umzugehen, noch selber handlungsfähig zu werden. Wir hätten jetzt eine Situation, die sich ganz anders darstellen würde. Die strukturellen Probleme, die die Museen in Hamburg haben, sind mindestens seit 2004/2005 erkennbar, aber sie wurden verdrängt und verschoben. Die letzten fünf Jahre waren geprägt von einer mangelnden Analyse, von einer Ausblendung von Realitäten und halbherzigen Entschuldungsversuchen. Das Ganze – das muss man noch einmal so festhalten – mündet jetzt in einer kulturpolitischen Bankrotterklärung des Senats; anders kann man es nicht bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zwei letzte Sätze dazu.

Erstens: Wenn die Direktoren von mindestens drei Museen, die wir alle sehr schätzen, nämlich der Direktor der Kunsthalle, die Direktorin des Museums für Kunst und Gewerbe und der zuständige Direktor für das Altonaer Museum, sich an die Öffentlichkeit wenden und jeweils für ihr Haus nachvollziehbar darstellen, dass eine auskömmliche Finanzierung nicht gesichert ist, dann kann man das nicht beiseite wischen. Frau Martens, Sie können das auch nicht mit dem Hinweis beiseite wischen, man könne schließlich nicht auf allen Hochzeiten gleichzeitig tanzen. Das würde bedeuten, dass Sie den Museen nicht mehr den gleichen Stellenwert beimessen, wie es in der Vergangenheit einvernehmlich der Fall gewesen ist, sondern eine Prioritätenverschiebung vornehmen wollen. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das klar sagen. Das wird ganz sicher nicht auf unsere Zustimmung stoßen.

Zweitens: Hier ist über das kulturelle Erbe in dieser Stadt geredet worden, das sich in den Museen darstellt und repräsentiert. Die Museen als Gedächtnis unserer Stadt sind nicht allein aus öffentlichen Mitteln geschaffen worden, sondern in den letzten eineinhalb Jahrhunderten auch durch die Stiftungen und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Es ist auch deswegen wichtig, sie zu erhalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise die Kunsthalle mit ihrem strukturellen Defizit im Juni oder im Juli in ein Liquiditätsproblem gerät und nicht mehr solvent und zahlungsfähig ist. Genau das haben wir befürchtet. Das geht nicht und das wollen wir verändert haben, und zwar im Grundsatz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/6246 an den Kultur-, Kreativwirtschafts-, und Tourismusausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/6246 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 19/5838, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Hamburg im "Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung".

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Hamburg im "Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" – Drs 19/5838 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr von Frankenberg, bitte.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unsere Große Anfrage zeigt, dass Hamburg bei der Armutsbekämpfung an der Spitze liegt. Als einziges Bundesland haben wir bei der Armut seit 2006 eine fallende Tendenz. Die Antworten auf unsere Fragen zeigen deutlich, dass unsere Hilfen wirken.

Ich will jetzt gar nicht das Ausland zu Vergleichszwecken heranziehen, sondern Vergleiche mit anderen Stadtstaaten anstellen. Bremen hat eine Quote von 22 Prozent, Berlin steht mit 19 Prozent etwas besser da und Hamburg ist sehr viel besser, nämlich 13 Prozent. Damit liegt Hamburg unter der bundesweiten Quote von 14,4 Prozent und das trotz der besonderen Herausforderungen, vor denen Hamburg als Großstadt und als Hafenstadt steht. Insofern sind das sehr gute Werte, die wir dieser Anfrage entnehmen können.

Wichtiger noch als Vergleichszahlen ist allerdings der Trend und der ist positiv. Wir ruhen uns nicht aus und können feststellen, dass die Situation sich deutlich verbessert hat. Es wird behauptet – wir haben es vorhin auch in der Aktuellen Stunde gehört –, es gäbe eine soziale Spaltung in der Stadt und die Schere gehe auseinander. Wer das behauptet, geht an den Realitäten vorbei oder hat sich nicht die Mühe gemacht, die Antworten auf

(Egbert von Frankenberg)

unsere Anfrage zu lesen. Das ist so nicht der Fall, wie es behauptet wird. Wir haben keine Spaltung und die Schere geht nicht auseinander.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Keine Spaltung?)

Der Anlass für diese Anfrage war, dass wir in der EU das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung haben. Da war es an der Zeit zu schauen, was Hamburg leistet. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, was wir noch besser machen können. Die Definition des Armutsbegriffs ist EU-weit Konsens. Ab einem Einkommen von dauerhaft 60 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen sprechen wir von relativer Armut. Das ist die Definition, damit wir wissen, worüber wir hier überhaupt reden.

Unser Grundsatz ist, Armut nicht zu alimentieren, sondern – das ist uns wichtig – Armut zu überwinden. Daher ist neben der Grundsicherung und Vergünstigungen für Menschen mit niedrigen Einkommen ein aktivierender Ansatz von großer Bedeutung. Ziel muss die Herauslösung aus dem Transferleistungsbezug sein. Dazu sind beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Umschulungen, Qualifizierungen und Kombi-Lohn-Modelle zu nennen. Auch die gezielte Förderung, um Problemlagen zu überwinden, gehört dazu. Hamburg hat in diesem Bereich ein umfangreiches Hilfeangebot. Ich kann gar nicht alles nennen. Es gibt die verschiedensten Beratungsangebote, Fachstellen für Wohnungslose, Schuldnerberatung, das Integrationszentrum und, und, und. Wir haben also ein breit aufgestelltes Beratungs- und Hilfesystem.

Wichtig ist es aber auch, Kompetenzen zu fördern. Wir wollen, dass die Menschen eigenverantwortlich für ihr Leben handeln können, deswegen ist gerade Bildung ein ganz wichtiger Punkt. Hilfsangebote für Familien, niederschwellige Familienhilfe, der Allgemeine Soziale Dienst, Hilfen zur Erziehung, all das fällt in diesen Bereich.

Ich will das Stichwort Bildung noch einmal aufgreifen. Gerade der Bildung kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Das ist auch einer der Hintergründe, warum wir uns soviel Mühe geben mit der Bildungsoffensive in Hamburg. Wir wollen Armut überwinden, Risiken verringern und vermeiden, aber klar ist auch, wer Hilfe braucht, dem wird geholfen. Unser Ziel ist es, die Eigenverantwortlichkeit zu stärken und Hilfe zur Eigenverantwortlichkeit zu geben und da sind wir auf einem guten Weg.

Ich sehe hier durchaus einen unterschiedlichen Ansatz bei der Opposition, wo ich eher die Worte vernehme: mehr, mehr, mehr. Was allerdings dahinter steckt, bleibt unklar. Insofern ist es vielleicht gar nicht so schlecht, dass wir in Hamburg eine Koalition von CDU und GAL haben, weil wir da einen ähnlichen, aktivierenden Ansatz haben. Wir

wollen den Menschen helfen und Mut zu mehr Eigenverantwortlichkeit machen.

Es gibt verschiedene Risiken. Das Hauptrisiko ist mangelnde Bildung; deshalb unsere Hamburger Bildungsoffensive. Ich freue mich auch in diesem Zusammenhang über den Hamburger Bildungskonsens. Es ist klar, dass jeder eine faire Chance erhalten soll.

Weiteres Risiko: alleinerziehend mit Kind oder, präziser gesagt, weiblich, alleinerziehend mit Kindern. Auch da ist der Wiedereinstieg in den Beruf ganz wichtig. Das gelingt immer besser, aber das ist ein Bereich, an dem wir noch arbeiten wollen.

Die Details können wir im Ausschuss noch vertiefen. Insofern halte ich die Anregung der SPD für sehr sinnvoll. Wir hätten sonst selber beantragt, das im Ausschuss weiter zu behandeln. Wir werden diese Diskussion gern gemeinsam mit Ihnen vertiefen. Ich möchte aber nicht enden, bevor ich in diesem Zusammenhang nicht die gute Nachricht des Tages genannt habe. "Die Welt" titelte heute:

"Hamburger Arbeitsmarkt erholt sich im Rekordtempo"

In Hamburg ist die Zahl der Arbeitslosen um 4038 auf 75 000 gesunken. Das sind 0,5 Prozentpunkte weniger als im Vormonat. Wir haben damit den stärksten Rückgang seit 1997 und eine Arbeitslosenquote von nunmehr 8,1 Prozent. Das sind durchaus sehr gute Zahlen, die der Arbeitsmarkt hat. Positiv ist auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 1 Prozent gestiegen ist. Wir liegen damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Ich bin darüber wirklich froh, denn ich hatte wesentlich Schlimmeres befürchtet. Dass der Arbeitsmarkt so gute Zahlen hat, ist auch insofern von Bedeutung, weil er gerade auch, was die sozialen Systeme angeht, von großer Bedeutung ist. Ich möchte daher abschließend sagen, dass es uns auch in schwierigen Zeiten gelingt, die Balance zu halten. Wir wollen, dass Hamburgs Zukunft gesichert wird und in unserer schönen Stadt auch in schwierigen Zeiten die soziale Gerechtigkeit gewahrt wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, Sie haben uns ein großes Sammelsurium hier vorgestellt und ganz richtig darauf hingewiesen, dass wir im Sozialausschuss sicherlich noch entsprechend Zeit haben werden, das ausgiebig aufzudröseln und zu diskutieren. Ich finde es allerdings schon bezeichnend, dass Sie auf den Anlass Ihrer Großen Anfrage und des Europäischen Jahres zur Bekämpfung

(Dirk Kienscherf)

von Armut und sozialer Ausgrenzung eigentlich gar nicht richtig eingegangen sind.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Doch, er hat gesagt, gibt es alles nicht!)

Es geht doch nicht darum, hier eine Art Leistungsshow zu machen und der Selbstzufriedenheit Raum zu geben. Das Europäische Jahr ist geschaffen worden, damit wir alle unser Bewusstsein schärfen für die Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Politik, aber auch Unternehmen und Bürger sollen alles daransetzen und gemeinsam eine Strategie entwickeln, um Armut und sozialer Ausgrenzung wirksam zu begegnen. Das ist der Sinn des EU-Jahres und es wäre eigentlich ganz schön, wenn das bei Ihnen auch deutlich werden würde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal zwei, drei Dinge ansprechen, die mir wichtig erscheinen.

Der Bürgermeister hat in der letzten Woche davon gesprochen, dass es nun darum gehe, die volle Wahrheit aufzudecken und Herr Kerstan will – wir haben es gerade vernommen – die Bürger zu mehr Ehrlichkeit zwingen. Es ist wichtig, offen und ehrlich über die Situation in dieser Stadt zu sprechen, gerade in einem so schwierigen Bereich wie der Sozialpolitik. Dazu gehört auch, offen und ehrlich über die Daten zu sprechen.

Herr von Frankenberg, Sie haben ausführlich ausgeführt, dass die von Ihnen abgefragten Daten ganz eindeutig dafür stünden, dass Hamburg spitze sei. Es gibt eine recht interessante Situation. Da stellt die CDU-Fraktion in ihrer Großen Anfrage gleich als erstes die Frage, wie sich die Armutsgefährdungsquote in Hamburg in den letzten Jahren entwickelt hat. Das ist eine so allgemeine Frage, dass jeder Statistiker nachfragen würde, was denn eigentlich genau gemeint sei. Der Senator hat in seinem Hintergrundgespräch im Februar und auch jetzt als Kennziffer die Armutsgefährdungsquote im Vergleich zum Bund gewählt und daraufhin festgestellt, Hamburg sei spitze. Das kann man so machen. Allerdings weiß jeder, und das sagt auch das Statistische Bundesamt, für solch eine Diskussion zwei Kennziffern entscheidend sind. Als Vergleichsgröße dient einmal der Bund und – viel entscheidender, wenn es um soziale Spaltung und Armut in einer Stadt geht – das durchschnittliche Einkommen in der jeweiligen Region. Was stellt das Statistische Bundesamt nun 2009 in einer Pressemitteilung fest? Gemäß dieser letzten Kennziffer erreicht Hamburg mit 16,8 die negativsten Werte, gefolgt von Bremen. Im letzten Jahr hält Bremen den Negativrekord, aber Hamburg nimmt immer noch eine Spitzenstellung ein.

Wenn wir zwei Kennziffern haben, dann seien Sie doch bitte so ehrlich und sagen Sie dieser Stadt ganz deutlich, dass insbesondere die Kennziffer

hinsichtlich der sozialen Spaltung unserer Stadt negativ ausfällt und sich auch nicht positiv entwickelt. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns das einmal anschauen, erkennen wir, dass es keinen einheitlichen positiven Trend gibt. Immer noch sind 26 Prozent der Unter-16-Jährigen armutsgefährdet und immer noch sind 40 Prozent der Alleinerziehenden armutsgefährdet. Wir erkennen auch, dass die Zahl der armutsgefährdeten Erwerbslosen in den letzten vier Jahren bis 2008 – bis dahin geht die Statistik – deutlich angestiegen ist, von 47 Prozent auf 55 Prozent. Und da reden Sie von einem positiven Trend. Ich weiß nicht, woher Sie das nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das eigentlich Erschreckende ist, dass diese Entwicklung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Boomjahre stattgefunden hat. Die Jahre 2005 bis 2008, jedenfalls bis 2007, waren wirtschaftliche Boomjahre. Wir alle in Hamburg, zumindest die verantwortungsvollen Sozialpolitiker, mussten aber feststellen, dass wir es in diesen Boomjahren nicht geschafft haben, bestimmte Bevölkerungsgruppen und Stadtteile zu erreichen. Die sind abgekoppelt und das ist negativ; da müssen wir nachbessern und dürfen nicht in Selbstzufriedenheit versinken.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen betrachten es viele schon fast als einen Skandal, dass sich der Senat auf die Anfrage der CDU-Fraktion hin eine Kennziffer herausucht und nicht einmal darauf hinweist, dass es eine weitere Kennziffer gibt, die man genauso hätte nehmen können, sogar eher hätte nehmen müssen, und dass auch bei Hintergrundgesprächen des Senators nur eine der Kennziffern genannt wird. Das ist keine offene, ehrliche Politik und damit werden Sie dem Ziel des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht gerecht. Hier gilt es, einen anderen Kurs zu fahren.

(Beifall bei der SPD)

Wir merken an vielen Stellen, dass die Bürgerinnen und Bürger dazu bereit sind. Es wird über soziale Spaltung diskutiert – zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Gängeviertel oder der Initiative "Eine Stadt für alle" – und darüber, dass wir neue Wege gehen und Politik und Gesellschaft gemeinsam für ein besseres Hamburg kämpfen müssen. Wir Sozialdemokraten sind dabei, aber wir wollen eine offene und ehrliche sozialpolitische Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut – es ist in der Tat, da gebe ich Herrn Kienscherf recht, schade, dass wir ein so wichtiges und großes Thema haben und die Reihen im Parlament nicht so gefüllt sind, wie ich es mir wünschen würde, und zwar durch die Bank bei allen Fraktionen. Nichtsdestotrotz will ich versuchen, die Diskussion hier hineinzutragen, denn das ist ein zentrales Thema.

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut ist eine Aktion der EU, die auf Bewusstseinsbildung setzt. 17 Millionen Euro sind europaweit für Veranstaltungen, Informationen und Diskussionen zur Verfügung gestellt worden. Aber gut, Bewusstseinsbildung ist auch wichtig.

Drei Themen hat die EU in den Mittelpunkt gestellt: Zugang zu Bildung – jedes Kind ist wichtig –, mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden und Integration statt Ausgrenzung. Diese drei Bereiche sind auch für Hamburg ganz wichtige und elementare Themen, die wir thematisieren wollen und die in der Großen Anfrage auch thematisiert werden.

Und ich muss Ihnen widersprechen, Herr Kienscherf. Die Armutsgefährdungsquote ist, wenn man nicht ein statistisches Werk aufbauen will, indem verschiedene andere Indikatoren, die auch möglich sind, aufgeblättert werden, ein sehr geeigneter Indikator, um Hamburg mit dem Bund zu vergleichen, um verschiedene Städte und Länder miteinander zu vergleichen und auch verschiedene Typen von Haushalten und von Lebenslagen miteinander vergleichbar zu machen. Die Armutsgefährdungsquote entspricht da absolut dem Stand der Diskussion.

Herr von Frankenberg sagte bereits, dass in Hamburg die Armutsgefährdungsquote von 2005 bis 2008 gegenüber dem Bundesdurchschnitt überproportional gesunken ist um 2,6 Prozent, bundesweit um 0,3 Prozent. Das ist auf der Basis der Aussagefähigkeit dieses Indikators ein sehr guter Wert. Man muss sehen, dass Hamburg auch gegenüber den Stadtstaaten besser dasteht. Es lohnt sich aber auch, einen Blick hineinzuworfen und zu sehen, wie die Problemlagen sind, denn es werden zum Beispiel Haushaltstypen, Alterstypen, auch die Frage des Migrationshintergrunds und des Bildungsstands unterschieden. Generell ist in der ganzen Bundesrepublik die Gruppe der Alleinerziehenden diejenige mit der höchsten Armutsgefährdung. Darauf folgt die Gruppe der Haushalte mit drei und mehr Kindern. Dieses sind die am meisten gefährdeten Gruppen. Dies in Verbindung gesehen mit dem Hauptthema des Europäischen Jahres, so ist Zugang zu Bildung ein Merkposten, den ich erst einmal setzen will.

Ein anderer wesentlicher Punkt ist: Wenn man das Qualifikationsniveau und die Armutsgefährdung im Zusammenhang betrachtet, dann sieht man, dass

Geringqualifizierte ein fünfmal höheres Risiko haben, von Armut gefährdet zu sein als Hochqualifizierte. Hier besteht ein sehr starker Zusammenhang. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist die Armutsgefährdung zweieinhalb Mal so hoch wie für Menschen ohne Migrationshintergrund. Das ist in ganz Deutschland so.

In Hamburg ist dies grundsätzlich nicht anders. Eine insgesamt niedrigere Armutsgefährdungsquote geht einher mit einer etwas höheren Jugendarmut, einer etwas niedrigeren Altersarmut, hier steht Hamburg im Bundesvergleich sehr gut da. Mit einer niedrigeren Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden auf der einen Seite, auf der anderen Seite mit einer etwas höheren Armutsgefährdungsquote bei großen Familien und auch beim Migrationshintergrund ist die Situation stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Dafür gibt es Erklärungen. Dies ist metropolenspezifisch und liegt beispielsweise auch an den Strukturen der Haushalte.

Positiv gilt festzustellen, dass es uns offenbar besser gelingt, Alleinerziehenden Lebenschancen zu bieten, als dies in anderen Flächenländern, aber auch in anderen Stadtstaaten gelingt. Das nennt man Gelegenheitsdichte, die Möglichkeiten, hier durch gute Kinderbetreuung Familie, auch alleinerziehende Familie, und Beruf miteinander in Einklang zu bringen

(Carola Veit SPD: Wenn das bezahlbar ist!)

und Einkommen zu erzielen. Das ist ein positiver Faktor.

(Carola Veit SPD: Ja, wenn das bezahlbar ist!)

– Das ist eine Sonderdiskussion; aber genau da kann man sagen, dass diejenigen, die alleinerziehend ein Einkommen erzielen und einen in der Regel bezahlbaren Kitaplatz haben, eine sehr flexible und bedarfsgerechte Kitabetreuung erhalten. Die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie mit bis zu zwölf Stunden Betreuung im Krippenbereich ist hier gut gegeben. Wo finden Sie eine solche Situation? Nur das ermöglicht es tatsächlich, ein entsprechendes Erwerbseinkommen zu erzielen.

(Carola Veit SPD: Aber wenn das zu teuer ist, nützt es nichts!)

Auf der anderen Seite gelingt es uns offenbar nicht, Migrantinnen und Migranten Ähnliches zu bieten; das sollte uns ein Stück zu denken geben.

Wenn man einen Blick auf die Ursachen von Armut wirft – im Europäischen Jahr der Armut ist es das Thema Arbeit –, dann gibt es hierzu in der Großen Anfrage einen hübschen Satz:

"Mögliche Armutsursachen sind niedrige Einkommen."

(Claudius Lieven)

Das wirkt auf den ersten Blick total trivial, ist es aber nicht. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit zwischen 18 und 25 Jahren beispielsweise ist nicht so ein Thema, weil es eine Altersgruppe ist, die typischerweise nicht über hohe Einkommen verfügt und die also Einkommensarmut oder Geldarmut nicht in der Weise als Chancenarmut empfindet, wie dies bei anderen Gruppen in der Regel der Fall ist.

Auf der anderen Seite sehen wir, das hatte Herr von Frankenberg richtigerweise herausgestellt, dass sich in Hamburg die Arbeitsmarktzahlen sehr positiv entwickeln. Wir haben eine Abnahme der Arbeitslosigkeit von 5,1 Prozent gegenüber April, das sind 5000 Arbeitslose weniger; dies ist ein elementarer Punkt. Da kann Einkommen erzielt werden, das bedeutet Zugang zu Arbeit und ist eine sehr positive Entwicklung für Hamburg. Wenn man über Armut und Einkommen redet, dann ist das durchaus erwähnenswert.

Einen weiteren Punkt möchte ich noch anreißen, das Thema Bildungsvoraussetzungen. Ich möchte mich dem von ganz anderer Seite annähern, nämlich mit einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft. Sie ist betitelt mit dem Thema "Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten". Die Studie arbeitet den engen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Bildungserfolg heraus und betrachtet dies besonders unter der Fragestellung von Arbeit und Beschäftigung. Insgesamt lägen die Bildungsabschlüsse von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund unter denen der deutschen Bevölkerung. Das ist international überall so. Allerdings lägen in Deutschland die Bildungsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund, die hier geboren sind, unter den durchschnittlichen Bildungsabschlüssen der Zugewanderten. Das ist auch ein Stück weit bekannt, aber es ist ein zentraler Punkt, der uns in höchstem Maße alarmieren muss, weil mit Blick auf die langfristige Perspektive der demografischen Entwicklung und der abnehmenden Schülerzahlen hier ein extremer Handlungsbedarf gegeben ist.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Integrationsrendite von 12 Prozent möglich sei, dass sich die Investitionen in die Bildung von Migrantinnen und Migranten volkswirtschaftlich quasi hoch verzinsten. Das hat sogar der FDP-Wirtschaftsminister herausgestellt.

In dem Kontext heute geht es eher um die individuelle Rendite, um die Rendite jedes Einzelnen. Hier möchte ich den Exkurs noch weiter ausdehnen zum Integrationsbeirat, der letzte Woche die Hamburger Schulreform diskutiert hat. Die übergroße Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter von Migrantinnenorganisationen hat sich dort eindeutig für die Hamburger Schulreform ausgesprochen, weil

diese Gruppen genau wissen, welche Verbesserung für die Entwicklungs- und Bildungschancen der Migranten damit verbunden ist. Das ist ein höchst wichtiger Punkt, der auch im Kontext des Europäischen Jahres der Armut gedacht und genannt werden kann, wenn man systemisch bedenkt, was volkswirtschaftlich nachhaltig und wichtig ist, denn nur Egoismus denkt kurzfristig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich will jetzt nicht die vielfältigen Maßnahmen aufzählen, die in der Großen Anfrage dargestellt sind, das kann im Sozialausschuss erfolgen. Wir halten es auch für richtig, dieses dort noch intensiver und vertiefter zu diskutieren, um genau diese Bewusstseinsbildung, die das Europäische Jahr der Armut voranbringen will, auch in diesem Hause stattfinden zu lassen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es fällt auf, dass der Senat, wie sonst häufig auch, in der Beantwortung dieser Großen Anfrage sehr stark auf bundespolitische Zuständigkeiten verweist, so zum Beispiel mit Hinweis auf die bundesrechtlich geregelten Rentenansprüche. Andererseits nennt er dann aber zu gern Leistungen im Sozialgesetzbuch II als Maßnahmen – Zitat:

"Abwendung von Armut [...]."

Und da handelt es sich ebenfalls um bundesrechtlich geregelte Ansprüche. Hier schmückt sich der Senat mit fremden Federn.

Der Senat kann sich zur Bekämpfung der Armut nur das auf die eigene Fahne schreiben, was aus Hamburger Haushaltstiteln bestritten und von der Bürgerschaft beschlossen wurde – daran sollte man einmal denken –, und das ist herzlich wenig.

Da es sich hier um eine Große Anfrage der CDU handelt, darf man natürlich trotzdem die bundespolitische Bedeutung nicht außer Acht lassen, schließlich bilden die Christdemokraten in Berlin einen nicht unerheblichen Teil der Bundesregierung. Deshalb ist hier zu bemerken: Wer einen auskömmlichen Mindestlohn ablehnt, wer gleichen Lohn für gleiche Arbeit im Bereich der Leiharbeit nicht umsetzt, wer bei einem europäischen Vergleich ein abgeschlagen niedriges Rentenniveau politisch zu verantworten hat und das grundgesetzlich gebotene Existenzminimum im Bereich der Grundsicherung unterschreitet, der sollte erst gar nicht von Bekämpfung der Armut oder sozialer Ausgrenzung sprechen. Der sollte sich ehrlich hin-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

stellen und postulieren: Deutschland sagt Ja zur Armut.

Bei der Vorstellung der Armutsgefährdungsquoten wird allzu offensichtlich der Vergleich zu den beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Berlin gesucht und Hamburg würde auf den ersten Blick besser abschneiden; Herr Kienscherf hat darauf bereits hingewiesen. Tatsächlich liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Hamburg im europäischen Spitzenbereich. Es belief sich in 2005 in Hamburg auf durchschnittlich 47 767 Euro pro Einwohner. In den Städten Bremen und Berlin zeigt sich ein signifikant abweichendes Bild. In Bremen waren es 37 321 Euro pro Einwohner und in Berlin gar nur 23 292 Euro pro Einwohner – so die Zahlen der Eurostat-Erhebung 19/2008. Damit ist, im Gegensatz zu den Ausführungen von Herrn von Frankenberg, das Armutsgefälle in Hamburg weitaus größer als das der beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Berlin. Dies schlägt sich insbesondere darin nieder, dass im einkommensstarken Hamburg die Preisstrukturen, nämlich Wohnen, öffentliche und private Infrastruktur, überdurchschnittlich hoch sind, was eine stärkere Ausgrenzung der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen Menschen mit sich bringt. Die Höhe der Grundsicherungsleistung ist schließlich bundesweit einheitlich.

Die Links-Fraktion in der Bürgerschaft hatte deshalb bereits für den Bereich der bei der städtischen Zuständigkeit liegenden Sozialhilfeleistungen regionale Regelsätze gefordert. Ebenfalls bereits 2008 war es die Fraktion der Linken, die einen substantziellen Armuts- und Reichtumsbericht gefordert hat, der nach wie vor aussteht. Übrigens gibt es mit heutigem Datum einen aus Bremen, dort geht das. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege fordern einen derartigen Bericht seit Langem, aber der Senat verweigert sich beharrlich, vermutlich deshalb, weil er das in Deutschland und Europa einzigartige Armutsgefälle der Freien und Hansestadt Hamburg nicht abbilden will.

Armut ist auch ein relationales Phänomen. Wer von Armut in Hamburg spricht, der muss auch von Reichtum in Hamburg sprechen und davon, wie ein Lastenausgleich zu erzielen ist. Wohlwollend werden in der Antwort auf die Große Anfrage einige Bürger gesellschaftlicher und ehrenamtlicher Initiativen erwähnt, so etwa das Projekt "Hinz & Kunzt", die BUDNIANER HILFE, das Engagement der Darboven GmbH und die Hamburger Tafel. Freiwilliges Mäzenatentum reicht aber keinesfalls aus, das Armutsgefälle in Hamburg zu bekämpfen.

Die Links-Fraktion hat deshalb die Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer und eine nachhaltige Verbesserung des Steuervollzugs gefordert. Der Senat schont jedoch weiterhin die starken Schultern von Hamburgs Reichen und Superreichen und beteiligt sich nicht konsequent an der

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die ermäßigten Teilnahmegebühren und Eintrittsgelder für Menschen mit niedrigem Einkommen verdecken den Umstand, dass selbst die ermäßigten Theater-, Kino- und Konzertpreise für die Betroffenen – in der Regel Empfänger von Grundsicherungsleistungen – unerschwinglich bleiben. Die Links-Fraktion hat deshalb bereits im Januar 2009 kulturelle Teilhabe für alle gefordert und hierbei hat sie sich an den sogenannten Berliner 3-Euro-Tickets orientiert. Weit entfernt davon, kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen, baut der Senat die wenigen Vergünstigungen, die es gibt, auch noch ab. So sollen die Leistungen des HVV-Familienpasses eingeschränkt und die HVV-Tarife erhöht werden. Das nennt sich dann Armutsbekämpfung. Außerdem ist eine Gebührenerhöhung für die Rechtsberatung und praktische Rechtshilfe und für Güteverfahren bei der ÖRA geplant.

Dass Studierende ebenfalls eine armutsgefährdete Bevölkerungsgruppe bilden, erkennt der Senat zwar an, ohne jedoch daraus die notwendige Konsequenz einer Abschaffung der Studiengebühren abzuleiten. Die Links-Fraktion hat diese Forderung im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gestellt.

Meine Damen und Herren! Die beste Armutsvermeidung ist die Integration in auskömmliche Erwerbsarbeit.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Hier könnte die Freie und Hansestadt Hamburg über ihre verschiedenen städtischen Betriebe Einfluss nehmen. Die Links-Fraktion hat mit ihrem Landesprogramm zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze gefordert und jüngst konkrete Vorschläge für die Neubesetzung der Hausbetreuerlogen bei der SAGA GWG gemacht. Entsprechende Handlungsweisen stehen noch aus.

Des Weiteren fällt auf, dass im Zusammenhang mit dem quantitativ bedeutsamen Anteil der Grundsicherung für Arbeitsuchende lediglich auf die entsprechenden Statistiken der Arbeitsagentur hingewiesen wird, ohne die Zahlen selbst auszuweisen. Diese Praxis ist uns allerdings aus der Beantwortung unserer parlamentarischen Anfragen bekannt.

Der Senat strebt bei der Umstrukturierung der Verwaltung des SGB II eine Optionskommune an. Dann wäre er eigenverantwortlich für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und müsste diese Zahlen selbst pflegen und ausweisen. Wir sind gespannt, wie er diese Aufgabe, soweit es zu dieser Optionsform kommt, lösen wird. Meine Fraktion wird dem Überweisungsbegehren der SPD an den Sozialausschuss zustimmen. Dort lassen sich dann weitere Ungereimtheiten bei den

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Antworten des Senats klären. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Debatte ist auf das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung hingewiesen worden. Ich finde, dass in der heutigen Debatte nicht so sehr die Beiträge selbst als vielmehr die Rezeption dieser Beiträge zeigt, dass sich die Politik, häufig aber auch die Medien und die Gesellschaft mit diesem Thema sehr schwer tun. Es wird sehr oft oberflächlich, stigmatisierend oder mit Betroffenheit diskutiert, selten jedoch vertieft und differenziert. Ich sehe darin einen wirklich krassen Widerspruch zu der tatsächlichen Bedeutung des Themas Armut für Gesellschaft und Staat. Damit meine ich nicht nur die humanitäre Dimension, sondern das, was die Große Anfrage aufdeckt: Immense Ressourcen werden in Hamburg Jahr für Jahr zur Vermeidung und Minderung von materieller Armut durch Transferleistungen zur Verfügung gestellt. Die Große Anfrage zeigt, dass die Gesellschaft 2,7 Milliarden Euro aufwendet, um materieller Armut entgegenzuwirken.

In der heutigen Debatte haben wir einmal über 200 000 Euro für ein Museum diskutiert, wir reden über 10 Prozent Bildungsausgaben – dies sind alles überschaubare Summen im Vergleich zu den 2,7 Milliarden Euro. Diese immense gesellschaftliche Bedeutung, diese immensen Ressourcen, die in den Kampf gegen Armut investiert werden, machen es erforderlich, dass sich der Schweiß der Edlen in Politik und Gesellschaft darum kümmert, wie wir das wirksamer machen können.

Mittlerweile setzt sich zum Glück auch die Erkenntnis durch, allein durch Versorgung und Transfer zwar die Auswirkungen von materieller Armut abfedern zu können, aber nicht Armut überwinden zu können. Wir stellen im Gegenteil fest, dass durch Versorgung nicht selten Abhängigkeit geschaffen wird, dass durch Abhängigkeit Menschen passiv werden und dass wir es dann mit den Formen verfestigter Armut zu tun haben, die insbesondere für die Kinder, die in diesen Verhältnissen aufwachsen, verhängnisvolle Rahmenbedingungen für ihr ganzes Leben bedeuten. Deswegen gilt es, nicht nur gegen die materielle Katastrophe, sondern auch gegen die häufigen menschlichen Katastrophen, die hinter Armut stehen, anzugehen. Und dafür brauchen wir nicht nur gute Motive oder Parteien, die das Wort "sozial" in ihrem Namen tragen, sondern dafür brauchen wir wirksame Politikkonzepte, die dann auch die Ziele erreichen. Ich habe an anderer Stelle schon einmal gesagt – Herr Neumann, das gilt auch für die Sozialdemokraten, die

das Wort "sozial" im Titel führen –: Wer den Sozialstaat sichern will, der muss dafür sorgen, dass er bezahlbar bleibt. Das sind wir den zukünftigen Generationen schuldig.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Das haben wir schon vor zehn Jahren gesagt!)

– Genau. Herr Neumann sagt, das haben wir gemacht.

Es ist richtig, Rot-Grün lag mit dem Motto "Fördern und Fordern" – das ist ein rot-grünes Motto – genauso richtig wie die CDU mit dem Motto "Leistung und Gegenleistung".

(*Michael Neumann SPD:* Das habe ich noch nie gehört!)

Aber ich beobachte sehr wohl bei den Sozialdemokraten, dass unter dem Druck der Links-Partei die SPD doch wieder mehr das sozialpolitische Füllhorn entdeckt

(*Michael Neumann SPD:* Da ist ja nichts mehr drin, Sie haben alles ausgegeben!)

und heute wieder mehr soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung verspricht. Das sehe ich mit großer Sorge, weil uns genau diese Politik auch zu den Problemen, vor denen wir heute stehen, geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Herr von Frankenberg sagte bereits, dass Hamburg bei der Armutsüberwindung überdurchschnittlich erfolgreich ist und entgegen der öffentlichen Wahrnehmung die Armutsgefährdung seit 2005 nicht jedes Jahr schlimmer, sondern jedes Jahr besser geworden ist sowohl im Bundesvergleich als auch im Stadtstaaten-Vergleich. Nun kommt Herr Kienscherf mit einer interessanten Theorie, die ich gern aufnehme:

(*Olaf Ohlsen CDU:* Nee, lass es nach!)

Dass man nicht das Einkommen von ganz Deutschland zugrunde legen könne. Der relative Armutsbegriff heißt doch, wir reden nicht über absolutes Elend und Armut, so etwas gibt es in der Form nur noch sehr selten.

(*Michael Neumann SPD:* Geistige Armut!)

Sie sagen dann, Sie nähmen einen Begriff, bei dem man nur Hamburg zugrunde legt. Dann haben Sie natürlich in einem Stadtstaat, der wirtschaftlich floriert, der auf Wachstum setzt, in dem die Menschen insgesamt viel verdienen, einen höheren relativen Armutsbegriff als in einer Stadt, die am Boden liegt. Es ist aber für mich kein überzeugendes Konzept, sozialdemokratisch zu sagen, wir schaffen den Wohlstand ab, weil wir dann nämlich auch relativ gesehen weniger Arme haben, da der Durchschnittsverdienst schlecht ist.

(Senator Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht unser Konzept.

(*Michael Neumann SPD*: Unseres auch nicht!)

Wir haben gesagt, dass wir die wachsende Stadt wollen. Es ist angeklungen bei Herrn von Frankenberg. 2005 sind wir bedingungslos gewachsen – das ist das neue Motto –,

(*Michael Neumann SPD*: Jetzt mit Weitsicht!
– *Carola Veit SPD*: Glauben Sie das eigentlich?)

aber Herr von Frankenberg hat zu Recht gesagt, dass der wichtigste Punkt einer Sozialpolitik eine überzeugende Wirtschaftspolitik ist. Die Wirtschaftskraft Hamburgs ist der entscheidende Punkt, ob wir Armut bewältigen können,

(*Michael Neumann SPD*: Wo ist eigentlich Herr Gedaschko?)

und deshalb sind die Wirtschaftskompetenz und die wirtschaftliche Leistungskraft, auch einer Regierung, der entscheidende Punkt. Wenn Sie auf Bremen und Berlin hinweisen und sagen, da sei die Wirtschaftskraft viel geringer, dann sind dort Regierungen, die das mit der Wirtschaft nicht so gut im Griff haben wie die CDU in Hamburg in den vergangenen neun Jahren.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD)

– Sie lachen, Herr Rose.

Hamburg gehört mit zu den wenigen Bundesländern, die zu keinem Zeitpunkt der Krise einen Beschäftigungsabbau im Vergleich zum Vorjahr hatten. Während fast die gesamte Bundesrepublik bei der Beschäftigung in den Minusbereich rutschte, ist Hamburg auf Wachstumskurs geblieben.

(*Ingo Egloff SPD*: Dank Olaf Scholz!)

Und das ist auch ein Erfolg dieser Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb ist die Wirtschaftspolitik und das, was Wirtschaftskraft schafft, das Wichtigste, aber es geht natürlich auch darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Arbeit aufzunehmen. Auch da zeigt die Große Anfrage viele Dinge auf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kinderbetreuung, die Wiedereingliederung in den Beruf, zum Beispiel nach Familienpausen, aber auch die Berücksichtigung von Behinderten, Älteren und anderen Zielgruppen – all das findet in Hamburg statt. Natürlich ist eine der Schlüsselkompetenzen die Bildung und auch da setzt die Koalition mit unserer Schulverbesserung wirklich bundesweit Maßstäbe.

(*Michael Neumann SPD*: Maßstäbe!)

Die Große Anfrage zeigt, welche immensen Mittel wir zur Abfederung von Armut in der Stadt aufwenden – 2,7 Milliarden Euro jährlich. Aber sie zeigt auch die vielfältigen Maßnahmen, die seit 2005 zur Überwindung von Armut ergriffen wurden unter der Zielsetzung, die Menschen wieder auf die eigenen Füße zu stellen, heraus aus der Abhängigkeit, um wieder für sich und andere Verantwortung übernehmen zu können. Diese Arbeit ist längst nicht vollendet. Insbesondere die Situation in den Familien, bei denen zwar die Zeit der Eltern für die Kinder vorhanden ist, weil sie zum Teil vielleicht arbeitslos sind, wo aber die Kompetenzen der Eltern nicht vorhanden sind, erfüllen uns alle mit großer Sorge. Aber Hamburg kann selbstbewusst auf die Fortschritte und Erfolge der letzten Jahre zurückblicken. Hamburg ist auf dem richtigen Weg.

(*Michael Neumann SPD*: Haben Sie das bei Herrn Freytag abgehört, diese Schönreden!)

Wir brauchen nicht zu schönen Sprüchen wie "arm aber sexy" zu greifen, um das Problem der Armut zu bemänteln, sondern Hamburg ist nicht nur schön, Hamburg ist auch besser.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, das sind fast schon Durchhalteparolen, die Sie hier abgeben, eine Endzeitstimmung, die sich breitmacht. Ich habe teilweise bei Ihrer Rede den Eindruck gehabt, dass Sie ein wenig überfordert sind.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Am Ende sind Sie überfordert!)

– Herr Beuß, Sie hatten hier schon Ihren genialen Auftritt.

Wenn wir einmal auf die Seite des Statistischen Bundesamtes gehen, gibt es dort zwei Armutsgefährdungsquoten, die ganz normal erläutert werden. Bei der einen zieht man das Durchschnittseinkommen auf Bundesebene heran, bei der anderen ist es das Durchschnittseinkommen der Region und der Bundesländer, was insbesondere interessant ist, wenn es um das Thema soziale Spaltung und Ausgrenzung geht. Wir sind uns doch alle darüber einig, dass wir letztendlich die Lage in Billstedt eher mit der Lage in Harvestehude als mit der in Saarlouis vergleichen,

(*Michael Neumann SPD*: Oder mit Hameln!)

weil es um die soziale Spaltung unserer Stadt geht. Dies wird dort ganz normal aufgeführt, Herr Senator. Sie weisen bei Ihrem Hintergrundgespräch, aber auch bei Ihrer Beantwortung der Großen Anfrage nicht einmal darauf hin, dass es zwei Quoten gibt. Sie weisen nicht einmal darauf

(Dirk Kienscherf)

hin, dass sich für bestimmte Gruppen in dieser Stadt die Lage eher verschlechtert hat. Das werfen Ihnen die Bürger zu Recht vor, das hat nichts mit Offenheit und Wahrheit zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Es klang schon teilweise so, als ob Sie in der Tat den Ausstieg langsam vorbereiten. Was Sie mit Ihren goldenen Regeln schon einmal angedeutet haben, wollen Sie vielleicht doch irgendwann einmal hier vollziehen, denn wie anders kann es sein, dass Sie als Sozialsenator schon vor Monaten auf die Idee kamen, Menschen von der Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen letztendlich auszunehmen. Das gehört sich für einen Sozialsenator nicht.

Und wenn Sie auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt hinweisen, dann müssen Sie sich als Sozialsenator mit dem Thema befassen, dass gerade in den Boomjahren bestimmte Stadtteile und bestimmte Gruppen davon nicht profitiert haben; Herr Lieven hat das auch angesprochen. Auch da sagt das Statistikamt Nord, dass es einen Armuts-gürtel gäbe, der sich von Jenfeld über Billstedt, Horn, Veddel, Rothenburgsort bis nach Harburg erstrecke. Das müssen wir doch einmal akzeptieren, bei Ihnen muss doch die Bereitschaft vorhanden sein, sich dieses Problems anzunehmen und es nicht wegzudiskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Von daher war es auch ein Fehler, dass Sie sich wie Ihre Vorgängerin jahrelang geweigert haben, den von uns immer wieder geforderten Lebenslagenbericht und die Evaluation aller sozialpolitischen Maßnahmen durchzuführen. Das rächt sich jetzt, Sie haben keinen Plan, Sie haben keine soziale Strategie,

(*Wolfgang Beuß CDU: Sie haben auch keinen Plan!*)

wie man an bestimmte Bevölkerungsgruppen herankommen kann. Deswegen ist es völlig unangebracht, im Rahmen des Europäischen Jahres gerade jetzt zu sagen, alles sei gut, alles sei wunderbar. In dieser Stadt sieht es leider anders aus, aber um die Menschen und um diese Realität müssen wir uns kümmern. Das ist die Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, diese beiden genannten Indizes aufzuklären, nämlich zum einen die Armutsgefährdungsquote im Bundesvergleich und zum anderen die regional bezogene Messung der Ein-

kommensungleichheit. Dabei machen Sie einen Fehler, denn es geht nicht um Durchschnittswerte, sondern um den Median; das ist etwas anderes. Die Durchschnittswerte verzerren die Einkommensrealität in Hamburg sehr stark. Hamburg ist eine Stadt mit hohen Einkommen, auch mit einzelnen extrem hohen Einkommen. Wenn Sie diese mit hineinrechnen, dann kommen Sie bei einem ziemlich hohen Durchschnitt an, der jedoch nicht der Einkommensrealität in dieser Stadt entspricht. Die Einkommensrealität in Hamburg, exklusive der extrem hohen Einkommen, liegt deutlich unter diesem Durchschnitt. Es kommt auf die Kaufkraft an und die Kaufkraft bei Lidl in Hamburg ist dieselbe wie in Erlangen oder sonst wo.

(*Michael Neumann SPD: Nein, das stimmt nicht! In der Lüneburger Heide ist es billiger!*)

– Grosso modo ist es so. Daraufhin können Sie die ganze Bundesrepublik Deutschland überprüfen, ohne das widerlegen zu können. Das zum einen.

Es gibt zweifelsohne auch Dinge, an denen sich die Kaufkraft in einer Großstadt von anderen, peripheren Regionen unterscheidet. Aber Sie sollten auch bedenken, dass Hamburg ein öffentliches Wohnungsunternehmen mit 130 000 Wohnungen hat und nach wie vor jährlich 120 Millionen Euro in eine soziale Wohnraumförderung investiert. Beides ist bundesweit einmalig und ein wichtiger Faktor bei dem Thema, was man sich kaufen kann, wie zum Beispiel Wohnen in dieser Stadt. Ich will damit nicht sagen, dass das deswegen problemlos ist.

Herr Joithe hatte die HVV-Kostensteigerung angesprochen. Das wieder eingeführte Sozialticket, ein sehr substanzielles Angebot für Mobilität, gibt es für ursprünglich 34 000 kalkulierte Nutzer inzwischen für 49 000 Nutzer. Wenn Sie im Kontext des Europäischen Jahres denken, in dem es um Chancengerechtigkeit geht, dann können Sie nicht wegreden oder bestreiten, dass diese Koalition auch beim Thema Kita und Schule im Sinne einer nachhaltigen chancengerechten Entwicklung für diese Stadt substanzuell draufgesattelt hat.

Noch eine Anmerkung: Es geht auch nicht allein um den Kampf gegen die Armut, der nie gewonnen werden kann, ohne dass Investitionen, Aufwendungen nicht mehr nötig wären. Es geht um die Sicherung von Teilhabe, um die Ermöglichung von Chancengerechtigkeit, und auch diese wird zukünftig hohe Anstrengungen erfordern. Ich hatte vorhin versucht, dies mit dem Thema Migrationshintergrund – Integration, Zugang zu Bildung – zu verdeutlichen. Das ist eine Mammutaufgabe, aber die Maßnahmen dieses Senats zeigen durchaus, dass man sich ihr stellt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Zu der Behauptung von Herrn Lieven, wir könnten nicht vergleichen und Hamburg würde ähnlich dastehen wie Bremen und Berlin, möchte ich Folgendes sagen: Wenn Sie nicht einmal berücksichtigen, dass Hamburg im Bundesvergleich hinsichtlich der Mieten die drittteuerste Stadt ist, dann frage ich mich, welches Geschwätz wir uns gerade angehört haben. Ich bin darüber entsetzt, Herr Lieven, dass Sie sagen, wir könnten alle drei Städte über einen Kamm scheren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ihnen scheint wirklich jeglicher Sinn für die Realität zu fehlen. Den Vergleich von Hamburg mit Bremen und Berlin haben nicht wir eingeführt, sondern damit hat sich Herr von Frankenberg vor uns gebrüstet mit seiner Behauptung, Hamburg stehe sehr viel besser da als Bremen und Berlin. Dass darauf eine Replik erfolgt, sollte Sie nicht wundern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe jetzt wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir unverzüglich zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/5838 an den Sozialausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Tagesordnungspunkt 67, Drucksache 19/6250, Antrag der SPD-Fraktion: Ausschluss des Präses der Finanzbehörde Frigge von seinen Amtsgeschäften bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Ausschluss des Präses der Finanzbehörde Frigge von seinen Amtsgeschäften bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens – Drs 19/6250 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Ernst, bitte.

(Carola Veit SPD: Wo ist er denn?)

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Fraktion fordert den Ersten Bürgermeister von Beust auf, Paragraph 7 des Senatsgesetzes anzuwenden und dafür zu sorgen, dass Finanzsenator Frigge die Amtsgeschäfte ruhen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein notwendiger Schritt. Finanzsenator Frigge ist tief in den Parteispendenskandal der CDU in Rheinland-Pfalz verstrickt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel ermittelt die Staatsanwaltschaft Mainz und hat Wohnung und Büroräume des Finanzsenators Frigge durchsucht. Spätestens diese Ermittlungen müssen Konsequenzen für den Finanzsenator haben. Er kann nicht für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg weiterhin als aktiver Politiker agieren. Ein Finanzsenator, gegen den wegen der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel ermittelt wird, ist nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Während dieser Senat gerade den normalen Hamburger Familien bis zu 100 Euro mehr abknöpft und dies mit Sparzwängen begründet,

(*Viviane Spethmann CDU*: Das ist populistisch!)

ist der Finanzsenator dem Vorwurf ausgesetzt, fast 400 000 Euro aus öffentlichen Mitteln zu Unrecht bezogen zu haben. Das ist eine unhaltbare Situation in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei *Viviane Spethmann CDU*: Das müssen Sie gerade sagen!)

Haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU eigentlich alle Maßstäbe des politischen Anstands aufgegeben?

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz steht unter dem dringenden Verdacht, Gelder der Fraktion für den Wahlkampf der CDU in Rheinland-Pfalz und den Spitzenkandidaten Böhr verwendet zu haben. Der Rechnungshof in Rheinland-Pfalz ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die CDU-Landtagsfraktion rund 386 000 Euro nicht bestimmungsgemäß verwendet hat.

(*Frank Schira CDU*: Ja, wo ist es denn?)

Im Zentrum der Vorwürfe steht ein Betrag dieser Größenordnung, den die Firma C4 Consulting aus Mitteln der CDU-Fraktion erhalten hat. C4-Geschäftsführer war zu der Zeit unser Finanzsenator Frigge. Weder die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz noch Finanzsenator Frigge konnten erklären, was mit diesem vielen Geld geschehen ist. Die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz hat sich sogar an den damaligen Spitzenkandidaten Böhr und auch an Herrn Frigge gewandt und um Auskunft gebeten. Ohne Erfolg. Senator Frigge behauptet, es habe nur einen mündlichen Vertrag gegeben – bei einem Tagessatz übrigens von über 7 000 Euro –, er habe das Leistungsverzeichnis vor Ort abgegeben,

(Britta Ernst)

er habe keine Kopie und könne sich im Übrigen auch nicht so recht erinnern. Bei einem Auftrag in dieser Größenordnung ist das eine unglaubliche Einlassung und eine Ausrede, die für einen Senator nicht gelten kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Rechnungshof geht in seinem vorgelegten Bericht nach sehr umfangreicher Prüfung daher davon aus, dass die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz rechtswidrig ein Konzept Wahlsieg 2006 mitfinanziert hat. Er legt weiterhin dar, dass es sehr deutliche Indizien für die Einbindung von C4-Geschäftsführer Frigge in Parteiaktivitäten im Wahlkampf gibt, und auch den Medien liegt eine ganze Reihe von Dokumenten vor, die genau dieses belegen.

So soll die Teilnahme von Senator Frigge an Wahlkampfbesprechungen belegt sein. Er habe Empfehlungen für Briefe des Landesvorsitzenden Böhr an Mitglieder abgegeben, Redebausteine für Böhr als Spitzenkandidat geschrieben und Leserbriefe für die CDU verfasst. Uns liegt auch eine Mail vor, in der er mitteilt, sie hätten sich noch einmal mit dem Mitgliederbrief befasst und die gesamte Tonalität des Briefes sollte aus ihrer Sicht persönlicher, wärmer und konkreter werden, um Christoph Böhr stärker als Mensch rüberzubringen. Formuliert wird dort auch, dass dieser Brief der Beginn einer umfassenden Kampagne sein soll, und es ist auch ein Entwurf für einen Mitgliederbrief beigelegt. All das weist auf eine rechtswidrige Form der Parteienfinanzierung hin.

(Beifall bei der SPD – *Frank Schira CDU*: Das sagen Sie!)

Da es der CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz trotz Ihrer Anfragen nicht möglich war, die ordnungsgemäße Verwendung dieser fast 400 000 Euro nachzuweisen, hat sie die Rückzahlung dieser Steuer-gelder akzeptiert. Sie alle verwalten Fraktions-gelder und wissen, was für ein hoher Betrag das ist und was es für eine Fraktion bedeutet, dieses Geld nach einem Schuldeingeständnis zurückzahlen zu müssen.

Die Vorwürfe gegen den damaligen C4-Geschäftsführer Frigge werden seit Herbst 2008 öffentlich diskutiert. Trotzdem wurde Herr Frigge zum Staatsrat der Wirtschaftsbehörde durch den Ersten Bürgermeister von Beust berufen. Im Jahr 2009 ist der damalige Geschäftsführer der CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz verurteilt worden. Er hat ein Geständnis abgelegt und auch darüber informiert, dass der Wahlkampf aus Fraktionsmitteln finanziert wurde. All das konnte man den Hamburger Zeitungen entnehmen. Bekannt war auch, dass der dortige Rechnungshof die Fraktionskasse prüft. Das zog sich lange hin, weil eine vollständig chaotische Situation hinterlassen wurde. Aber alle wussten, dass dieser Bericht bald vorgelegt werden würde,

und vermutlich hat die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz vorab eine Stellungnahme erhalten.

(*Barbara Ahrons CDU*: Finden Sie mal Ihre Stimmzettel wieder!)

Während also alle wussten, dass noch längst nicht alles aufgeklärt ist und die Verstrickung weiterer Personen aufgearbeitet wird, benennt in Hamburg der Erste Bürgermeister von Beust am 31. März eine Schlüsselfigur des dortigen Parteispendenskandals in Hamburg zum Finanzsenator. Wie kann jemand so tief im Parteisumpf in Rheinland-Pfalz verstrickt sein

(Zuruf von der CDU: Wie bei Ihnen mit den Stimmzetteln!)

und dennoch Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg werden? Das hat sich wahrscheinlich jeder Einzelne der CDU-Fraktion auch schon einmal gefragt.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Wolfgang Beuß CDU*: Stimmzetteldiebstahl!)

Am 16. April wurde der Rechnungshofbericht vorgelegt. Die Staatsanwaltschaft hat, nachdem sie den Bericht zu den Ermittlungen hinzugezogen hat, daraufhin am 5. Mai Wohnungen und Büros mehrerer Beteiligter, auch die des Finanzsenators Frigge, durchsucht – Razzia beim Finanzsenator – und wieder zog der Erste Bürgermeister daraus keine Konsequenzen. Er mutet den Hamburgerinnen und Hamburgern einiges zu.

Die Widersprüche nehmen kein Ende. Senator Frigge lud nach der Hausdurchsuchung ausgesuchte Journalisten zu einem Hintergrundgespräch ein, denen das Märchen aufgetischt wurde, es handele sich nur um eine kleine Unstimmigkeit im Zusammenhang mit zwei Rechnungen. Diese Aussage wurde bereits am nächsten Tag von der Staatsanwaltschaft Rheinland-Pfalz dementiert, denn ermittelt wird über diesen Gesamtbetrag.

Aber auch der Erste Bürgermeister verwickelte sich in Widersprüche. In meiner Kleinen Anfrage fragte ich,

(*Frank Schira CDU*: 24!)

ob es zutreffend sei, dass Senator Frigge in seiner damaligen Funktion als Geschäftsführer von C4 dem damaligen Spitzenkandidaten der CDU in Rheinland-Pfalz, Herrn Böhr, vom Ersten Bürgermeister von Beust als Berater empfohlen wurde. Die klare Antwort des Senats war nein. Kurz danach kam schon das Dementi, denn die Senats-sprecherin in Hamburg musste einräumen, dass es zwischen Böhr und von Beust wohl doch ein Gespräch über den Einsatz des C4-Geschäftsführers Frigge in Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Noch empörender sind jedoch die Äußerungen, die Senator Frigge zu den Vorwürfen gemacht hat. Er

(Britta Ernst)

hat gesagt, dass es ihm als Berater völlig gleichgültig hätte sein können, woher das Geld komme. Dies habe ich beim ersten Hören als Geständnis gewertet. Sagt er damit nicht, er dürfe als Berater die Partei im Wahlkampf aus Mitteln einer Fraktion beraten und wenn das unzulässig sei, wäre das deren Problem? So ist offenbar seine Sicht der Dinge.

(Michael Neumann SPD: Mir ist es scheißegal, wo die Kohle herkommt!)

Dem deutschen Gesetzgeber ist es allerdings nicht egal. Nach dem deutschen Strafrecht handelt es sich wohl um eine Straftat. Wer wissentlich öffentliche Mittel einnimmt, die für andere Zwecke vorgesehen sind, dem darf dies nicht egal sein. Er ist in Gefahr, sich der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel schuldig zu machen. Es ist unhaltbar, dass ein Senator diese Rechtsauffassung öffentlich vertritt.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das sind alles Unterstellungen! Das, was Sie machen, ist ein Skandal!)

Darüber hinaus ist es ein Skandal, dass ein Senator, der unter diesem dringenden Tatverdacht steht und gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt und Hausdurchsuchungen durchgeführt hat, die Finanzen der Freien und Hansestadt Hamburg verwaltet, als sei nichts gewesen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wie in den vergangenen Monaten möchten Sie wohl gerne den Kopf unter die Decke stecken, aber die Geschichte ist noch nicht vorbei. Wer in einem Geschäft eine Jacke stiehlt und am Ausgang erwischt wird, kann nicht die Jacke zurückgeben und sagen, damit sei die Sache erledigt.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist doch übel, was Sie machen!)

Die Staatsanwaltschaft ermittelt, der Bundestagspräsident prüft eine Strafe gegen die Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und die SPD-Fraktion in Rheinland-Pfalz erwägt einen Untersuchungsausschuss. Die Hamburger rätseln nun, was Ole von Beust dazu bewogen hat, ausgerechnet diesen Mann zum Finanzsenator zu machen. Man sagt, sie beide verbinde eine lange Freundschaft. Das muss kein Hinderungsgrund sein, jemand in den Senat zu berufen. Es darf aber auch kein Hinderungsgrund sein, Konsequenzen zu ziehen, wenn diese erforderlich sind. Das öffentliche Wirken von Senator Frigge ist eine Belastung für die Hamburger Politik

(Wolfgang Beuß CDU: Sie sind eine Belastung!)

und gibt auch der Meinung Nahrung, Politiker könnten sich alles erlauben.

(Beifall bei der SPD)

Der nicht widerlegte Vorwurf, zu Unrecht aus öffentlichen Mitteln finanziert worden zu sein, verträgt sich aus unserer Sicht nicht mit dem Amt eines Senators. Damit kann man als Berater weiter unterwegs sein, wenn die Kunden das akzeptieren, aber man kann nicht glaubwürdig nach außen dafür stehen, keinen anderen Interessen außer dem Wohle der Stadt zu dienen.

(Wolfgang Beuß CDU: So was nennt man Vorverurteilung!)

Der Bürgermeister von Beust ist in dieser Frage ein gebranntes Kind. Schon einmal hat er sehr lange gewartet, bis er einen guten Freund, der Senator war, Herrn Kusch, entlassen hat. Nachdem er es dann endlich fertiggebracht hatte und Herr Kusch vor die Tür gesetzt worden war, ist er demütig in Hamburger und überregionalen Zeitungen aufgetreten und hat auf die Frage, ob es ein Fehler war, zu enge Freunde in die Politik zu berufen, geantwortet: Ich werde keinen persönlichen Freund mehr in eine verantwortliche Position berufen. So lautete zum Beispiel der Titel in der "Bild"-Zeitung, aber es gab auch Artikel im "Stern" und in der "Zeit" und das Thema hat ihn damals sehr bewegt. Das war seine Erkenntnis im Jahr 2006 und heute, vier Jahre später, befindet er sich in der gleichen Lage, mit der gleichen Reaktion und mit einem immensen Schaden für die Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn schon der Erste Bürgermeister die Konsequenz nicht aufbringt, dann helfen wenigstens Sie mit, dass Politik nicht weiter beschädigt wird. Wir haben noch die vielen Verteidigungsreden im Ohr, die aus Ihrer Fraktion für Herrn Kusch gehalten wurden. Ersparen Sie uns dieses unwürdige Schauspiel und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Schira.

Frank Schira CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ernst, in der Regel schätze ich Sie als eine Kollegin, die einigermaßen sachlich auftritt. Das aber war unter Ihrem Niveau und kein guter Auftakt für diese Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Es ist überdeutlich, dass es Ihnen weder um die Sache noch um Aufklärung und schon gar nicht um Hamburg geht.

(Elke Badde SPD: Genau darum geht es!)

(Frank Schira)

Um es gleich zu Anfang deutlich zu sagen: Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen und lehnen Ihren Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben eine gewisse Erfahrung mit Skandalen, aber bei Ihrer Arroganz und insbesondere, wenn ich in das Gesicht Ihres Fraktionsvorsitzenden blicke und bemerke, wie mokant er lächelt, ist es einfach unter aller Würde, Herr Neumann, was hier abgeht.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sagen Sie doch mal was zur Sache!)

– Wer im Glashaus sitzt, Herr Egloff, der sollte wahrlich hier nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie daran erinnern,

(*Ties Rabe SPD*: Und jetzt kommen die Argumente!)

wofür dieses Parlament eigentlich da ist, nämlich dafür, sich mit den Angelegenheiten Hamburgs und seiner Menschen zu befassen, aber um Hamburg geht es in Ihrem Antrag ganz bestimmt nicht.

(Zurufe von der SPD: Haha!)

Hier geht es um eine Angelegenheit, die nicht nur räumlich, sondern auch inhaltlich nichts mit Hamburg zu tun hat.

(Zurufe von der SPD: Und mit was? – *Ingo Egloff SPD*: Unglaublich!)

Diese Inhalte haben auch mit der Amtsführung eines Senators nicht das Geringste zu tun.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sieht das Senatsgesetz aber anders! Das steht im Senatsgesetz! Kennen Sie das nicht?)

Sie haben auch nichts mit der Politik des Senats zu tun und sie haben erst recht nichts mit der Politik dieser Koalition zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Herr Grote, Sie sollten sich einen Spiegel vorhalten, um zu sehen, wie verzerrt Sie im Moment aussehen. Sie haben seit 2006 keinerlei Neuigkeiten präsentiert. Der Rechnungshof in Rheinland-Pfalz hat fast vier Jahre die damaligen Gegebenheiten in der dortigen CDU-Fraktion geprüft und im Ergebnis festgestellt, dass sich – ich zitiere –:

"... die Grenzziehung zwischen Wahrnehmung und Finanzierung von Fraktions- und Parteiaufgaben als schwierig erweist, wenn der Beratende eine Schlüsselfunktion in der Fraktion innehat und zugleich Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl ist."

Im Weiteren führt der Rechnungshof aus,

"... dass diese Grenzziehung nicht hinreichend dokumentiert war und deshalb von einer nicht bestimmungsgemäßen Mittelverwendung ausgegangen werden muss."

Das kann ein Problem sein, und zwar ein Problem der CDU im rheinland-pfälzischen Landtag und nicht in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb gibt es nun Ermittlungsverfahren gegen drei wesentliche Vertreter der damaligen Fraktion, um herauszufinden, ob es sich hierbei um Untreue gehandelt haben könnte.

(*Ingo Egloff SPD*: Außer, dass Hausdurchsuchungen stattgefunden haben bei einem Regierungsmitglied!)

In diesem Verfahren wird auch geklärt, ob an den Vorwürfen gegen Carsten Frigge, er habe möglicherweise Beihilfe geleistet, etwas dran ist. Ich will gar nicht davon sprechen, dass allein in Hamburg jedes Jahr Tausende von Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Ich möchte auch nicht den Begriff der Unschuldsvermutung, der nicht nur bei Ermittlungsverfahren sogar noch vor Gericht gilt, nicht weiter ausführen, aber ich will Ihnen eines sagen: Wer Carsten Frigge kennt, der weiß, dass er für eine solche Aktion niemals zur Verfügung stehen würde, und er hat das volle Vertrauen der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Mir Ihrem Antrag beziehen Sie sich auf Paragraph 7 des Senatsgesetzes, das heißt, der Bürgermeister muss sich der Frage stellen, ob der Finanzsenator in seiner Amtswahrnehmung beeinträchtigt ist. Wahrscheinlich wird mir jeder im Haus recht geben, wenn ich sage, dass wir uns alle gerade auch in der jüngsten Vergangenheit von der Handlungsfähigkeit des Finanzsenators überzeugen konnten. Er hat uns nämlich in einer schonungslosen Bestandsaufnahme die finanzielle Situation Hamburgs vor Augen geführt. Ich bin sogar der Meinung, dass Carsten Frigge allein in den letzten vier Wochen mehr Handlungsfähigkeit gezeigt hat als so mancher sozialdemokratische Amtsvorgänger in den letzten Legislaturperioden.

(Beifall bei der CDU und Unmutsäußerungen bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE*: So ein Quatsch!)

Wir werden den Eindruck nicht los, dass ein außerordentlich kompetenter und versierter Mensch in Misskredit gebracht werden soll.

(*Ingo Egloff SPD*: Da hat sich jemand selber in Misskredit gebracht!)

Wenn es Ihr Ziel ist, von seiner Sachkompetenz abzulenken, dann wird Ihnen dies nicht gelingen. Wenn es Ihr Ziel ist, den Ruf eines Menschen aus machtpolitischen Gründen zu beschädigen oder

(Frank Schira)

gar zu zerstören, dann fällt das auf Sie zurück. Ich fordere Sie eindringlich auf, wieder zur sachlichen Arbeit zurückzukehren. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Paragraf 7 des hamburgischen Senatsgesetzes räumt dem Bürgermeister das Recht ein, eine Senatorin oder einen Senator von der Ausführung der Amtsgeschäfte freizustellen, solange ein laufendes Strafverfahren nicht rechtskräftig beendet ist. Der Bürgermeister hat anlässlich der Ermittlungen gegenüber Senator Frigge von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht.

Die Aussagen der Staatsanwaltschaft in Rheinland-Pfalz ergaben eine ganze Reihe von Merkwürdigkeiten und Ungereimtheiten,

(*Frank Schira CDU:* Das kann man wohl sagen!)

die aber kein eindeutiges und klares Bild ergeben, sodass ein fundiertes Urteil über die Sachverhalte für die nicht an der Ermittlung Beteiligten kaum möglich ist. Insofern wird das weitere Strafverfahren notwendig sein, um schnell Licht ins Dunkel zu bringen. Solange das nicht der Fall ist, gilt in einem Rechtsstaat die Unschuldsvermutung und vor diesem Hintergrund werden wir den Antrag der SPD ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Versicherungsvertreter, Politiker und Lehrer haben den schlechtesten Ruf in dieser Republik.

(*Frank Schira CDU:* Und Sie sind beides!)

– Ich bin sogar beides, ganz genau.

Das Vertrauen in die Politik hat sehr stark gelitten, wir sprechen von Politik- und Politikerverdrossenheit. Die Politik braucht insbesondere Vertrauen, wenn es um Finanzpolitik geht. Diese Politikverdrossenheit, Herr Schira, haben Sie mit Ihrer völlig unqualifizierten Rede soeben erheblich erhöht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich frage mich manchmal, welches Argument und welche Fakten Sie überhaupt ernst nehmen. Alles, was Ihnen nicht gefällt, ist für Sie sowieso Populismus und damit sind Sie fertig mit der Geschichte. Ich will mich gar nicht dazu äußern, was alles in Rheinland-Pfalz passiert ist, und niemandem die

Unschuldsvermutung nehmen, das ist alles unbenommen. Ich frage mich aber, was in diesen Senat und in diesen Bürgermeister gefahren ist, Herrn Frigge zum Finanzsenator zu bestellen, obwohl seit 2008 in allen Zeitungen zu lesen war, dass die Firma von Herrn Frigge, die C4 Consulting, im Zusammenhang mit erkennbaren Unregelmäßigkeiten, mit Rechnungen über Beratung der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, überall schon genannt wurde. Da hätte doch der Bürgermeister schon prophylaktisch dafür sorgen müssen, dass so jemand nicht in ein Amt kommt, egal, ob er schuldig ist oder nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man kann auch nicht sagen, es habe keiner etwas gewusst. Allein im "Spiegel" stand am 3. November 2008, dass ein schwerer Verstoß gegen das Parteiengesetz vermutet wird. Darauf hat Herr Frigge gesagt, er könne sich nicht an Details erinnern. Schon das hätte einen stutzig machen müssen. Im "Hamburger Abendblatt" war am 7. Mai 2010 deutlich zu lesen, dass Sie, die staatstragenden Regierungsparteien, hätten wissen müssen, dass da etwas auf Sie zukommen kann. Das ist eine Beschädigung des Amtes und auch eine Beschädigung der Hamburger Politik; da gebe ich Frau Ernst vollkommen recht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auf die Kleine Anfrage von Frau Ernst vom 28. Oktober 2008 hat der Senat geantwortet, die Fragen zu Herrn Frigge lägen außerhalb des Verantwortungsbereichs des Senats und der parlamentarischen Kontrolle der Bürgerschaft. Das ist zwar richtig, aber gerade so jemanden, nachdem Herr Freytag gegangen war, in dieser ausgesprochen schwierigen Situation in Hamburg als Finanzsenator zu verpflichten, finden wir unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir stimmen zwar dem Antrag der SPD zu, aber – ich erinnere mich noch gut an das Echo, nachdem eine Hausdurchsuchung bei jemand anderem aus diesem Hause durchgeführt worden war –

(Zurufe von der CDU: Welches Echo, hallo!)

wenn Herr Frigge nach dieser Affäre und nachdem sein Haus durchsucht wurde, als Finanzsenator sagt, er werde keine Konsequenzen aus dem Ermittlungsverfahren gegen sich selbst ziehen, dann halte ich das für ausgesprochen schade. Es wäre das Beste für Herrn Frigge, für den Bürgermeister Ole von Beust, für den Senat und für die Stadt Hamburg, wenn Herr Frigge von sich aus zurücktreten würde. Das wäre die sauberste Lösung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir auf meinem Zettel extra einen Bereich freigehalten, um mir die Argumente Ihres Kollegen Schira aufzuschreiben, die er zur Entlastung vorbringt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die haben Sie nur nicht verstanden!

Ein Argument, das ich gehört habe, war, dass Sozialdemokraten keine Kritik üben sollten, weil sie im Glashaus säßen.

(Beifall bei Wolfgang Beuß CDU)

Ein anderes Argument war, dass es keine Angelegenheit sei, mit der sich Hamburg befassen müsse, weil all das, was man in einem anderen Bundesland mache, keine Rolle spielen würde. Gleichzeitig räumen Sie ein, dass es erhebliche Probleme gab und Fehler in Rheinland-Pfalz gemacht wurden. Es wird die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz sicherlich freuen, dass Sie diese Feststellungen hier treffen und sagen, es gelte die Unschuldsvermutung. Dazu sage ich Ihnen in aller Ernsthaftigkeit,

(Frank Schira CDU: Na, na, na!)

dass dieses Wort einem Fraktionsvorsitzenden der SPD in den letzten Jahren auch nicht immer leicht von den Lippen gegangen ist. Es geht aber gar nicht darum, Herrn Frigge schuldig zu sprechen,

(Frank Schira CDU: Nein!)

sondern darum, dass erstens der Gesetzgeber eine Grundlage dafür geschaffen hat, dass so eine Beurlaubung möglich ist; denn wenn diese Beurlaubung nicht möglich wäre, dann müsste er zurücktreten. Das fordern wir aber nicht, sondern wir fordern, dass er sein Amt ruhen lässt, und wenn er es nicht aus eigener Einsicht tut, dann sollte zumindest der Bürgermeister diese Einsicht haben und ihn dazu bewegen.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE – Jörg Hamann CDU: Das ist eine Vorverurteilung, Herr Neumann!)

Jens Kerstan sprach von widersprüchlichen Aussagen, aufgrund derer man sich kein klares Bild machen könne. Die Frage ist aber, was wir uns als Parlament, was sich der Senat und Hamburg am Ende einer solchen Geschichte leisten können. Ich habe bei der Rede von Frau Kollegin Ernst die Zwischenrufe als ziemlich unverschämt empfunden, insbesondere die von dem Kollegen Harlinghausen, aber auch von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beuß und der ehemaligen mittelstandspolitischen Sprecherin, die Vergleiche gezogen haben, die tief blicken lassen.

Erstens: Wenn gegen Sozialdemokraten ermittelt wird, ist es auch ohne Rechtsgrundlage eine Frage der Ehre und der Selbstverständlichkeit, dass sie

ihre Mandate ruhen lassen, ohne dass darüber diskutiert werden müsste.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

Im Senat scheint das bei der CDU offensichtlich nicht notwendig zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite lässt noch viel tiefer blicken. Sie haben – ich will den Schuldigen jetzt nicht nennen – einen Zwischenruf gemacht, von dem Herr Schira sich nicht distanziert hat, und zwar einen Zwischenruf mit dem Stichwort Stimmzettel. Das lässt tief blicken. Wenn Sie das Verhalten von Herrn Frigge ernsthaft mit dem Verbrechen des Stimmzetteldiebstahls in der Hamburger SPD vergleichen und gleichsetzen, dann allerdings muss Herr Frigge wirklich zurücktreten. Das ist aber das Urteil, das Sie gefällt haben, nicht wir.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was dort berichtet und auch von Herrn Böhr gesagt wurde. Herr Böhr hat gesagt: "Warum sollte ich meinem Nachfolger volle Kassen hinterlassen? Wenn wir gewonnen haben, fragt kein Mensch mehr danach und wenn wir nicht gewinnen, dann werden wir vom Hof gejagt." Das war die Haltung des Christoph Böhr, des Spitzenkandidaten der CDU.

(Unruhe bei der CDU)

So wurde offensichtlich mit den Steuergeldern umgegangen und so wurde in die Arbeit von Herrn Frigge investiert, der im Übrigen am Ende ein miserables Wahlergebnis hatte. Von daher war die Beratung noch nicht einmal das Geld wert, das die CDU investiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Aussage von Herrn Frigge – er war ja kein Politiknovize, sondern hatte schon eine lange Karriere, ich will nicht sagen Lehre, bei manch einem berühmten-berühmten CDU-Landesvorsitzenden gemacht –, es sei ihm doch egal, wo die Kohle herkäme, Hauptsache er bekomme das Geld überwiesen, ist unerträglich für jeden Bürger, aber erst recht für einen Hamburger Finanzsenator ist.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Der Höhepunkt der Teilamnesie des Finanzsenators ist allerdings, dass er sagt, er könne sich an nichts mehr von dem erinnern, was er eigentlich getan habe – bei dem Wahlergebnis kann man verstehen, wenn man sich nicht daran erinnern möchte –, er habe keinerlei schriftliche Unterlagen, weil das alles schlagartig gelöscht worden sei.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja!)

(Michael Neumann)

Er habe in irgendeiner Kneipe am Rhein Herrn Böhr einen versiegelten Umschlag gegeben und Herr Böhr wisse auch nicht mehr, wo der Umschlag sei.

Das sind Ausreden, die ich meiner Tochter im Alter von sechs Jahren nicht durchgehen ließe. Sie wollen das allen Ernstes einem Finanzsenator dieser Stadt durchgehen lassen; das ist doch wohl ein Affront gegen die Öffentlichkeit und gegen dieses Parlament. Der soll uns doch nicht für doof verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Als Herr von Beust Herr Frigge zum Staatsrat und später zum Finanzsenator machte, habe ich mir auch die Frage nach der Berichterstattung gestellt und gedacht, der von Beust wird schon so pffiffig gewesen sein und sich ein bisschen erkundigt haben. Eigentlich ging ich davon aus, dass in dem Augenblick, wo Herr von Beust sich dafür entscheidet, diesen Mann zum Finanzsenator zu machen, im Grunde die Sache in Rheinland-Pfalz erledigt ist, dass da nur noch der Einstellungsbescheid beziehungsweise der Rechnungshofbericht kommt und dann ist die Sache beerdigt.

Offensichtlich hat aber Herr von Beust überhaupt keine Erkundigungen über den gegenwärtigen Prüfungszustand dieses Verfahrens eingezogen. Da muss man sich schon die Frage stellen – losgelöst von dem, was Herr Frigge getan oder nicht getan hat, darüber kann und will ich auch kein Urteil fällen –,

(Zurufe von der CDU: Nein!)

wie ein Bürgermeister überhaupt auf den Gedanken kommt, das Risiko einzugehen, der Stadt einen so nachhaltigen Schaden einzuräumen. Das ist doch die zentrale Frage, das Versagen des Bürgermeisters, dass er wieder einen alten Freund hereingeholt hat, der offensichtlich wieder einmal die ganze Stadt und damit auch Sie, die Kolleginnen und Kollegen der CDU, derartig in Misskredit bringt.

(*Barbara Ahrons CDU*: Nun setzen Sie sich mal hin! – Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die Rede von Jens Kerstan war die kürzeste, die er als Fraktionsvorsitzender je gehalten hat.

(*Thomas Böwer SPD*: Aber frei!)

Und wenn man dann nicht nur auf das hört, was er sagt, sondern auch, wie er es sagt und wie die Fraktion mit dem mehr oder minder gelungenen Auftritt von Herrn Schira reagiert hat, dann gibt es im Parlament offensichtlich eine Mehrheit dafür, dass dieser Mann nicht weiter Finanzsenator bleibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich kann die Grünen verstehen – auch wir mussten damals in unserem rot-grünen Bündnis manche Belastungen ertragen – und deswegen will ich auch gar keinen Spott und Hohn darüber ausschütten,

(*Frank Schira CDU*: Nein!)

sondern das ist eine sehr schwierige Situation für die Kolleginnen und Kollegen der Grünen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Brauchen Sie ein Taschentuch?)

Um aber auf Nummer sicher zu gehen, beantrage ich namens meiner Fraktion eine namentliche Abstimmung über unseren Antrag, damit jeder Abgeordnete die Gelegenheit hat, seine Entscheidung noch einmal persönlich zu treffen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, ich möchte zunächst auf ein Argument von Ihnen eingehen, und zwar auf das ruhende Mandat. Es gibt kein ruhendes Mandat, es ist nur ein Zustand, ohne Arbeit Geld zu verdienen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann, Sie haben Frau Ernst in den vergangenen Wochen als Wadenbeißerin mit ziemlich stumpfen Zähnen vorangeschickt. Frau Ernst, Sie haben sich in besonders engagierter Art und Weise an der Diskreditierung des Finanzsenators versucht. Ich habe heute Morgen noch einmal nachgeschaut und gezählt, wie viele Anfragen Sie eigentlich zu Carsten Frigge gestellt haben.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Ist das der Tatbestand der Majestätsbeleidigung?)

Sie wissen das sicher ganz genau, aber für alle anderen möchte ich gerne noch einmal die Zahl nennen: 24 Anfragen.

(Beifall bei der SPD)

24 Anfragen, über die Qualität will ich mich nicht auslassen.

(*Michael Neumann SPD*: Können Sie auch nicht bewerten!)

Sie sind vielleicht gut für die Medienstatistik. Es sind im Grunde Anfragen, die alle den gleichen Inhalt haben, die gleichen Fragen mit etwas abweichenden Formulierungen. Frau Ernst, das sieht doch nun wirklich jeder, dass es Ihnen dabei nicht um Sachaufklärung geht.

(Beifall bei der CDU)

(Hans-Detlef Roock)

Man kann das ja lustig finden, es scheint mir aber eher eine Art Sammelleidenschaft zu sein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es geht um ein Strafverfahren, haben Sie das eigentlich schon gemerkt?)

Es gibt auch gerade wieder ganz aktuell zur Fußball-WM diese Paninibildchen. Haben Sie zu Hause ein Kleine-Anfrage-Sammelheft, wo Sie jeden Abend diese Anfragen einkleben oder einheften? So kommt es mir vor, denn eines ist doch klar: Sie führen eine Kampagne, um einen Menschen kalkuliert zu Fall zu bringen. Aber das, liebe Frau Ernst, wird Ihnen mit billigen Mitteln nicht gelingen. Sie spielen die politische Karte in einer unappetitlichen Form.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sicherlich auch schon einen Blick in das Senatsgesetz von 1971 geworfen, dort steht unter Paragraf 7 – ich zitiere –:

"Ist gegen eine Senatorin oder einen Senator ein Strafverfahren eingeleitet, so kann die Erste Bürgermeisterin oder der Erste Bürgermeister die Senatorin oder den Senator bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens unter Fortzahlung der Bezüge von den Amtsgeschäften ausschließen."

(Uwe Grund SPD: Darum geht es!)

Die Betonung liegt auf "kann", liebe Frau Ernst. Der Bürgermeister kennt diesen Passus

(Carola Veit SPD: Ja, sicher!)

und weiß genau um die Möglichkeiten, die er hat. Im Gegensatz zu Ihnen gilt für ihn jedoch die Unschuldsvermutung und die Unschuldsvermutung, Herr Dressel, ist eine der bedeutendsten Regelungen des Rechtsstaatsprinzips.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ernst, das sollte auch für Sie eine Selbstverständlichkeit sein, es gehört zu dem von Ihnen erwähnten politischen Anstand. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unserer Fraktion liegt daran, dass diese Debatte nicht dazu führt, dass alle Maßstäbe durcheinander kommen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Da sind wir Ihnen aber dankbar!)

Erstens: Ich möchte noch einmal sagen, Herr Schira und Herr Roock, dass wir es nicht als Aufgabe der Hamburgischen Bürgerschaft ansehen, in die-

sem Fall Aufklärung zu betreiben. Das ist nicht unser Job, das würden wir auch immer zurückweisen.

Zweitens: Herr Kerstan, es geht auch nicht darum, dass wir im Plenum ein Urteil darüber abzugeben hätten, ob ein eindeutiges oder ein widersprüchliches Bild vorliegt. Das ist nicht unsere Aufgabe und das würden wir auch energisch zurückweisen, auf wen auch immer das zutreffen mag.

Drittens: Insofern hat – und ich habe herausgehört, dass das für alle Fraktionen gilt – niemand die Unschuldsvermutung für Herrn Frigge infrage gestellt.

(Zurufe von der CDU: Doch! – Hans-Detlef Roock CDU: Da muss man sich die Reden noch einmal anhören!)

Diese drei Punkte sind – wir haben immer unterschiedliche Wertungen über die Reden – die Maßstäbe, die die Hamburgische Bürgerschaft einvernehmlich hochhalten soll.

Viertens: Gegen Herrn Frigge, den neuen Finanzsenator – das ist doch nur der politische Streitpunkt – läuft seit geraumer Zeit ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren. Es hat eine Hausdurchsuchung gegeben und – ich habe das von Beginn an gesagt – wenn da ein Problem auftaucht und das nicht in kürzester Zeit ausgeräumt werden kann, dann haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft ein Problem. Das können Sie nicht vom Tisch wischen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ein führender und auch ein nicht führender Politiker – und das würde für jeden und jede andere auch gelten – ist in dieser Situation eine Belastung für die Politik.

(Dora Heyenn DIE LINKE: So ist es!)

Wir können uns solche weiteren Belastungen der Politik nicht erlauben; das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie haben vorhin gesagt – und das ist uns auch ganz wichtig, Herr Schira –, wir hätten in Hamburg einen großen Paradigmenwechsel vor uns. Sie wollten die Ära – das haben Sie und auch Herr Frigge gesagt – des kreativen Bilanzierens öffentlicher Finanzen hinter sich lassen und das sei nicht nur eine Frage der Politik. Wenn wir das erfolgreich umsetzen wollen, dann brauchen wir die volle Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt; ohne das wird es nicht gehen. Das ist der entscheidende Punkt und der Bürgermeister hat selber gesagt, dass da schon einiges an Vertrauen beschädigt ist.

Wir werden all das nur hinbekommen, wenn wir die Politik so anlegen, dass wir dieses Vertrauen zurückgewinnen. Deswegen sollten Sie selber überlegen, ob es klug ist, mit einem Politiker, der so be-

(Dr. Joachim Bischoff)

lastet ist, in dieser Situation diese Auseinandersetzung zu führen.

(Lang anhaltender Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Von der SPD-Fraktion wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich, deutlich mit Ja zu stimmen, wer ihn ablehnen will, deutlich mit Nein, bei Enthaltung deutlich mit Enthaltung. Und halten Sie bitte während der Abstimmung Ruhe im Saal, weil es das Verfahren sehr vereinfachen würde. – Herr Hakverdi, bitte beginnen Sie mit dem Aufruf.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)¹

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden?

(*Robert Heinemann CDU:* Ja, Ciftlik! Auf welcher Rechtsgrundlage ist Herr Ciftlik nicht aufgerufen worden? – Zurufe von der CDU: Warum? Das ist ein Skandal! Auf welcher Rechtsgrundlage?)

Herr Hakverdi, bitte rufen Sie Herrn Ciftlik auf.

(Namensaufruf durch den Schriftführer Metin Hakverdi: Bülent Ciftlik)

Herr Ciftlik ist nicht anwesend. Sind nun alle Abgeordneten aufgerufen worden? – Das ist der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.

Wir unterbrechen die Sitzung bis zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 19.53 Uhr

Wiederbeginn: 19.57 Uhr

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir das Ergebnis verkünden können.

Die Abstimmung über den SPD-Antrag aus Drucksache 19/6250 hat 50 Ja–Stimmen, 61 Nein–Stimmen und eine Enthaltung ergeben. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall bei *Robert Heinemann CDU*)

Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 19/6086, Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes.

[Senatsantrag:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes
– Drs 19/6086 –]**

Diese Drucksache wird im Einvernehmen mit den Fraktionen ohne Debatte abgestimmt. Somit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/6086 an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Drucksache einstimmig an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss überwiesen.

Tagesordnungspunkt 66, Drucksache 19/6249, Antrag der SPD-Fraktion: Zustimmungspflicht des Bundesrates bei Änderung des Atomgesetzes.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Zustimmungspflicht des Bundesrates bei Änderung des Atomgesetzes
– Drs 19/6249 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/6372 ein Antrag der GAL- und CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken
– Drs 19/6372 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Schaal, Sie haben das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In zwei Tagen will die Bundeskanzlerin offenbar die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken ganz schnell eintüten und dann schnell beschließen lassen. Bisher hieß es ja, dass die Laufzeitverlängerung ein Teil des Energiekonzepts sei, das die Bundesregierung für den Herbst angekündigt hatte. Dass das zusammengehört, das sehen offensichtlich selbst CDU und GAL in diesem Hause so. Offenbar geht es aber der CDU und der FDP in Berlin gar nicht mehr darum, ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, sondern darum, vor dem eigenen Verfall möglichst schnell noch die Atomlobby zu bedienen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn Sie das Wahlergebnis noch weiter diskutieren wollen, dann bitte ich Sie, das außerhalb des Saals zu

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

tun, damit Frau Schaal ihren Vortrag entsprechend fortsetzen kann. – Vielen Dank.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Vielen Dank.

Damit das dann auch klappt, dass das Atomgesetz entsprechend geändert wird, will die Bundesregierung, anders als bisher beschworen, den Bundesrat umgehen, da Schwarz und Gelb seit der verlorenen Wahl in Nordrhein-Westfalen dort keine Mehrheit mehr hat. Derartige Trickereien können wir uns von Hamburg aus nicht einfach ansehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hatte bereits im April festgestellt, dass eine Laufzeitverlängerung der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Trotzdem bestellt die Bundeskanzlerin über ihren Kanzleramtsminister Pofalla ein zusätzliches Rechtsgutachten. Zuvor hatte der allerdings bereits erklärt, er wolle das Gesetz zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken auch ohne Beteiligung des Bundesrats durchziehen. Soll da etwa versucht werden, mit windigen Rechtskonstruktionen der Atomlobby doch noch zum Durchbruch zu verhelfen? Da darf man nicht mitmachen, wir in Hamburg schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht nicht nur um eine Verfassungsfrage, es geht um unsere Sicherheit. Keines der 17 deutschen Atomkraftwerke ist auf dem aktuellen Stand der Technik. Drei Kraftwerke haben keinen Berstschutz. Das sagt der Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit, Norbert Röttgen. Für solche Äußerungen wollten Teile der CDU den Bundesminister an die Luft setzen; dies ist ein Skandal. Wer die Zustimmungspflicht der Länder aushebelt, will nämlich in Wahrheit den Konzernen teure Nachrüstung für die Sicherheit ersparen, denn bei zusätzlichen Sicherheitsanforderungen sind die Aufsichtsbehörden der Länder gefordert; das bestätigen auch CDU und GAL in ihrem Zusatzantrag. Doch dann folgt der große Eiertanz: Es sei nicht klar, ob und wann die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Laufzeitverlängerung vorlegen werde. Das ist doch eine Lachnummer. Die Laufzeitverlängerung ist doch inzwischen das Einzige, worauf sich CDU und FDP überhaupt noch verständigen können.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

In dem Zusatzantrag von CDU und GAL erhalten wir es noch einmal schriftlich: Innerhalb von GAL und CDU

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt übernimmt den Vorsitz.)

in Hamburg, kann man lesen, bestehe in der Frage der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken Un-

einigkeit. Unstrittig hingegen sei die wichtige Rolle des Bundesrats und die Beteiligung der Länder bei der Verabschiedung von Bundesgesetzen. Warum verlangen Sie dann nicht, liebe Kollegen und Kolleginnen von der GAL, vom Senat und auch von der CDU, dass der Bundesrat aus sachlichen und verfassungsrechtlichen Gründen bei der Entscheidung über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu beteiligen ist, statt sich wie gewohnt hinter einem Prüfvorbehalt zu verstecken?

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Damit leisten Sie doch der beabsichtigten Trickserie auf Bundesebene nur noch Vorschub.

Ich habe hierzu eine Anmerkung zu machen: Vielleicht sollten CDU und GAL besser einmal ihre Koalition unter Prüfvorbehalt stellen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel waren schon beim Bau technisch überholt. Beide Reaktoren haben eine Pannenstatistik von mehr als 300 Zwischenfällen, das ist Ihnen allen bekannt, das haben wir hier schon oft genug besprochen. Solche Reaktoren dürfen nicht wieder ans Netz.

Außerdem wird leicht vergessen, dass bei den Kraftwerken die abgebrannten Brennelemente in provisorischen Zwischenlagern aufgestellt sind, und die stehen neben den Kraftwerken. Wenn es zu einer Laufzeitverlängerung käme, müssten auch diese Zwischenlager neu genehmigt werden, weil sie vergrößert werden müssen.

Die Entsorgung von Atommüll, das wissen Sie auch, ist weltweit ungelöst. Die Atomaufsicht bekommt noch mehr zu tun und der Widerstand der Bevölkerung wächst, wenn die Laufzeiten verlängert werden. Darum dürfen wir nicht zulassen, dass die Frage der Laufzeitverlängerung ausgeklammert und von der Sicherheit gelöst wird.

Uns in Hamburg geht diese Frage nicht nur mittelbar an. Es wird das Argument vorgebracht, in Hamburg hätten wir keine Atomkraftwerke und darum bräuchten wir uns um diese ganzen Fragen nicht zu kümmern. Aber aus der Nachbarschaft zu Krümmel erwachsen uns Zuständigkeiten, die Hamburg direkt betreffen. Für jedes Kernkraftwerk müssen innerhalb einer bundesweit definierten 10-Kilometer-Sicherheitszone um den Meiler herum Evakuierungspläne aufgelegt werden. Diese Zone umfasst in Hamburg 1500 Menschen und geht bis zum Gammeweg. Diese Menschen müssen im Katastrophenfall evakuiert und versorgt werden. Über die Notwendigkeit einer Totalevakuierung von ganz Hamburg mag ich überhaupt nicht nachdenken.

Dafür ist insgesamt die Hamburger Innenbehörde zuständig, für Evakuierungen, für Katastrophenpläne, für Katastrophenübungen zusammen mit Schleswig-Holstein oder auch für die Bevorratung

(Dr. Monika Schaal)

von Kalium-Jod-Tabletten, die man im Fall von radioaktivem Austritt einnehmen muss, um sich vor Schilddrüsenkrebs zu schützen. Das beliebte Abwehrargument der Koalition, Hamburg habe mit Kernkraftwerken nichts zu tun, zieht also nicht mehr.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der Senat, noch dazu unter Beteiligung der Grünen, sich auf die Zuschauerplätze zurückzieht, wenn CDU und FDP in Berlin mit allen Tricks versuchen, den Atomausstieg zu kippen.

(Beifall bei der SPD)

Schade, jetzt ist Herr Kerstan nicht da. Ich habe auf seiner Internetseite den Slogan gelesen "Mit uns gegen Atomkraft kämpfen". Wir sind dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL. Schließlich haben wir in Berlin gemeinsam den Atomausstieg mit der Industrie ausgehandelt und 2002 ins Gesetz geschrieben. Sozialdemokraten wollen den Ausstieg jetzt umsetzen. Die Mehrheit in diesem Hause sieht das wohl ebenso.

(Olaf Ohlsen CDU: Nein!)

Wer sich dann anders verhält, der verliert an Glaubwürdigkeit. Stimmen Sie darum unserem Antrag zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, wir werden den Antrag der Koalition ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schaal, wer allen Ernstes behauptet, die anstehende Änderung zum Atomgesetz hinsichtlich der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke sei in jedem Fall zustimmungspflichtig durch den Bundesrat, der sagt wissentlich und unter Verkennung des Grundgesetzes, und zwar Artikel 73, Absatz 1, Satz 14, die Unwahrheit. Artikel 73 regelt die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes. Eine andere Stelle im Grundgesetz können Sie mir, glaube ich, nicht zeigen, wie die Atomgesetzgebung zu regeln ist.

Dieses sind die Fakten zur Atomgesetzgebung. Aufgrund der Betroffenheit vieler Bundesländer ist die Diskussion beherrscht von der Uneinigkeit, ob eine Zustimmung des Bundesrats erforderlich ist oder nicht; das hat der SPD-Antrag sehr gut ausgeführt. Sie haben es zitiert, Frau Dr. Schaal, Herr Pofalla hat die eine Meinung, die andere Meinung vertreten der Umweltminister und auch Herr Rüttgers.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer war noch Herr Rüttgers?)

Die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags geht hier scheinbar von einem fiktiven Wortlaut des Gesetzesentwurfs aus, denn er kennt weder den Wortlaut noch die Ausgestaltung des Gesetzes, welche es zu prüfen gilt.

Die CDU und die GAL haben sich daher zu einem Zusatzantrag entschieden. Erst muss man – dies ist sehr wichtig – den Gesetzesentwurf zur Atomgesetzänderung abwarten und dann prüfen. Wer den ersten Schritt vor dem zweiten geht, der kann möglicherweise über den ersten Schritt stolpern.

Zweitens haben wir gesagt, dass bei einem positiven Ergebnis dieser Prüfung darauf hingewirkt werden soll, dass der Bundesrat zu beteiligen ist. Der zweite Petitionspunkt unseres Zusatzantrags ist, dass es eine sinnvolle Verknüpfung zwischen der Laufzeitverlängerung und dem Energiekonzept gibt und – das hat Frau Dr. Schaal auch ausgeführt, das ist im "Focus", im "Spiegel" und in den Medien beschrieben worden – eine Entkopplung zwischen der Laufzeitverlängerung und dem Energiekonzept angestrebt wird. Dieses halten wir inhaltlich nicht für den richtigen Weg. Inhaltlich sind diese beiden Punkte nicht zu trennen, daher der Petitionspunkt 2 unseres Zusatzantrags. Unseren Zusatzantrag sehen wir als eine sinnvolle Lösung an, den SPD-Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute erneut über das Thema der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Das ist gut und ich finde, dass man dies nicht oft genug diskutieren kann. Es ist sehr aktuell und betrifft auch selbstverständlich uns in Hamburg mit zwei Atomkraftwerken direkt vor der Haustür. Es ist allerdings auch ein Thema, bei dem zwischen uns Koalitionspartnern in Hamburg Uneinigkeit besteht. Das hat Frau Dr. Schaal festgestellt, das wird auf den ersten Blick klar wie auch immer wieder in unseren Debatten zu diesem Thema.

Die CDU spricht sich auf Bundesebene für Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken aus, wir als Grüne lehnen diese vehement ab. In Hamburg regieren wir gemeinsam und wollen und müssen gemeinsam mit der Thematik und Problemlage, die sich daraus ergibt, umgehen. Wir haben deshalb einen Zusatzantrag zum Antrag der SPD vorgelegt, der hier einen gemeinsamen Weg findet.

Bisher liegt kein Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor, zu dem man sich verhalten könnte. Wir fordern aber in unserem Antrag eine genaue Prüfung, wie die Bundesländer zu befragen sind, wenn die geplante Gesetzesänderung vorliegt.

(Jenny Weggen)

Das ist noch nicht der Fall, aber sicherlich demnächst zu erwarten. Diesen Freitag trifft sich die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, die Atomkraftwerke haben, das hat Frau Dr. Schaal auch schon benannt. Es wird gerade sehr heiß diskutiert, ob der Bundesrat bei der Frage der Laufzeitverlängerungen befasst werden muss; und gerade hierzu wollen wir mit unserer Prüfung einen Beitrag leisten. Wir als Grüne halten eine Befassung des Bundesrats für absolut notwendig. Dafür gibt es viele gute Gründe, ich möchte hier nur drei sehr wichtige nennen.

Erstens: Die Bundesregierung hat mehrfach betont, dass aus ihrer Sicht Laufzeiten nur verlängert werden, wenn auch Sicherheitsbestimmungen verschärft werden. Damit geht ein deutlich erhöhter Arbeitsaufwand und somit auch deutlich erhöhte Kosten für die Bundesländer mit Atomaufsichtsbehörden einher. Wenn der Bundesrat hier umgangen wird, dann wird auch bei der Sicherheit gespart.

Zweitens: Die Aufgaben der Landesbehörden würden bei einer Verlängerung der Laufzeiten grundsätzlich geändert, statt einer Abschaltung der Atomkraftwerke sollen sie weiter den Betrieb bewachen. Die Verwaltungsaufgaben der Länder werden so umfangreich verändert und erweitert, von daher müssen sie auch im Bundesrat befasst werden.

Drittens: Es ist irrelevant, dass die Länder bei der Vereinbarung des Atomausstiegs nicht befragt wurden, denn der Atomausstieg entlastet die Länder. Eine Verlängerung der Laufzeiten bedeutet das genaue Gegenteil.

Wenn es zu einer Befassung des Bundesrats kommt, was ich für absolut notwendig halte, ist übrigens schon jetzt klar zu sagen, dass Hamburg einer Änderung des Atomgesetzes nicht zustimmen wird, dies nicht unterstützen wird. Es wurde in der Koalition vereinbart, dass bei Themen, bei denen unterschiedliche Meinungen zwischen den Koalitionspartnern herrschen, eine Enthaltung herbeigeführt wird. Hierzu gehören ganz sicherlich auch Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das ist die wirkliche Handlungsmöglichkeit, die wir in Hamburg gegen Laufzeitverlängerungen haben, und die würden wir auch nutzen.

Wenn nun im Eilverfahren eine Verlängerung der Laufzeiten durchgesetzt werden soll, ohne die Risiken zu berücksichtigen, ist das aus meiner Sicht unverantwortlich. Außerdem liegt der Verdacht sehr nahe, dass es sich um eine reine Klientelpolitik für die vier großen Energiekonzerne handelt. Gute Argumente für Laufzeitverlängerungen gibt es nicht. Gerade kleinere Energiebetreiber haben davon überhaupt nichts, im Gegenteil, sie haben nur Nachteile. Sie haben ihre Investitionen auch

auf erneuerbare Energien und somit in den Klimaschutz beim Atomausstieg ausgerichtet. Die Münchner Stadtwerke etwa haben angekündigt, gegen Laufzeitverlängerungen zu klagen. Ich denke, daran wird die Problematik auch sehr deutlich.

Laufzeitverlängerungen blockieren zudem eine sinnvolle Klimaschutzpolitik in Deutschland. Wenn weiter auf Atomkraft gesetzt wird, werden weiter enorme Forschungsgelder in die Atomkraft hineingepumpt und diese Gelder fehlen bei der Förderung von erneuerbaren Energien. Gerade angesichts der schwierigen Haushaltslage von Bund und Ländern ist wahrscheinlich leider nicht zu erwarten, dass plötzlich Milliardenbeiträge für beides bereitgestellt werden. Wenn man eine ernsthafte Klimapolitik für Deutschland machen will, muss eine Vision für die Energieerzeugung und Versorgung für die ganze Bundesrepublik entwickelt werden, und zwar nachhaltig.

Die Bundesregierung hat ein Energiekonzept für den Herbst angekündigt. Die Frage der Atomkraft darf nicht losgelöst davon diskutiert werden; das betrifft den zweiten Punkt Ihres Antrags. Auch wenn wir in der inhaltlichen Bewertung unterschiedliche Meinungen haben, fordern wir das in unserem Antrag. Wir wollen, dass beides gemeinsam behandelt wird und auch, dass die Länder hierbei einbezogen werden. Es geht schließlich um nicht weniger als die Klimaschutzpolitik Deutschlands. Wir sind Vorbild für den Klimaschutz und wenn wir die notwendigen Ziele nicht erreichen können, dann sieht es nicht gut aus für das Klima, dann ziehen dicke schwarze Wolken auf.

Die Menschenkette zwischen Krümmel und Brunsbüttel vor wenigen Wochen hat gezeigt, dass 120 000 Menschen auf die Straße gegangen sind, um der Atomkraft die Rote Karte zu zeigen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Nutzung der Atomenergie in Deutschland und das aus gutem Grund. Das kann und darf nicht ignoriert werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Laufzeitverlängerungen – nein danke. Atomkraft – nein danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat jetzt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was soll man dazu sagen? Es fällt einem nicht mehr viel dazu ein. Im Grunde haben Sie eben ein flammendes Plädoyer gegen die Laufzeitverlängerung gehalten.

(Michael Neumann SPD: Das ist doch gut so!)

(Dora Heyenn)

Das finde ich leider in Ihrem Antrag überhaupt nicht wieder. Entweder stellen Sie gar keinen Antrag oder Sie lassen es ganz. Frau Schaal hat doch zu Recht darauf hingewiesen, dass in Ihrem Koalitionsvertrag ganz klar steht, Sie seien für die Beteiligung des Bundesrats. Und nun reden Sie über dicke schwarze Wolken und es geht wieder nicht. Das verstehe ich überhaupt nicht.

Sie haben darauf hingewiesen, dass am 24. April über 120 000 Menschen eindrucksvoll gegen Atomkraft protestiert haben und das war ausdrücklich auch gegen die Laufzeitverlängerungen. Das war vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Nach der Wahl war klar, dass Schwarz-Gelb versucht, diese Verlängerungen der Laufzeiten zu erreichen, wahrscheinlich als letztes gemeinsames Projekt. Deswegen finden wir den Antrag der SPD richtig, an dieser Stelle klarzumachen, dass Hamburg mit seiner Regierung alles tun muss, damit Laufzeitverlängerungen, wenn sie auf die Tagesordnung kommen, nur mit Zustimmung des Bundesrats genehmigt werden dürfen und Hamburg sich selbstverständlich mit Enthaltung, am besten noch mit einer Gegenstimme meldet. Dies ist absolut richtig und dafür plädiere ich auch. Ob Sie von der GAL oder der CDU Ihren Antrag stellen oder nicht, das ist völlig egal. Da steht absolut nichts drin, außer dem 385. Prüfauftrag.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Jens Kerstan GAL*: Dann können Sie nicht lesen!)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Frau Weggen gesagt hat, können wohl alle, die hier bei klarem Verstand sind, so unterschreiben und unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Ich lass mich doch nicht beleidigen!)

– Herr Hesse, wenn das eine Beleidigung ist, dann sage ich, die, die nicht bei klarem Verstand sind, können es nicht unterstützen.

Aber nun zu einem ernsthaften Thema. Man fragt sich, warum die Bundesregierung auf den Gedanken kommt, das infrage zu stellen, was Konsens unserer Gesellschaft gewesen ist, nämlich, dass Energiepolitik genauso wie andere Politikfelder – wir haben beispielsweise heute über das Thema Schule gesprochen – einen breiten gesellschaftlichen Konsens braucht. Es ist völlig unstrittig, dass in Deutschland die Bevölkerung Nein zur Atomenergie gesagt hat und auch in Zukunft Nein sagen wird.

Was uns in Hamburg gemeinsam dazu gebracht hat, uns zu bewegen, beispielsweise in der Schulpolitik, Kompromisse zu machen und nicht in alten Schützengräben zu verharren, sondern herauszukommen und etwas Neues zu wagen, um damit auch eine friedensstiftende Wirkung in der Gesellschaft zu entfalten, müssen wir auch in der Atompolitik tun. Deshalb an dieser Stelle der Appell an die Kolleginnen und Kollegen der CDU, das zu akzeptieren, was Sie nicht ändern können. Machen Sie Ihren Frieden mit dem Atomausstieg. Sie werden sich langfristig mit Ihrer Grundhaltung zur Atomenergie in dieser Gesellschaft nicht durchsetzen, Sie werden scheitern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es ist egal, wer mit Hannelore Kraft zusammen Ministerpräsidentin wird, es ist egal, dass Nordrhein-Westfalen garantiert nicht die Hand im Bundesrat heben wird für eine Verlängerung der Laufzeiten. Und wer den Eindruck vermittelt, jetzt durch Trickereien, durch halbseidene Argumentationen

(*Barbara Ahrons CDU*: Das ist eigentlich Ihre Art! – *Wolfgang Beuß CDU*: Was ist das eigentlich für eine Sprache hier?)

zu versuchen, Realitäten so hinzubiegen, wie es gerade opportun erscheint, tut der Sache, sich selbst, der politischen Hygiene und Kultur und seinem Land keinen guten Dienst.

In der Vergangenheit kam von Frau Stöver häufig das Argument, wir bräuchten in Hamburg keine Entscheidung zu treffen, weil wir hier keine Atomkraftwerke hätten. Das war bisher bei allen Debatten ihr stereotypes Argument. Wir haben mit unseren drei Stimmen im Bundesrat erstmalig die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen. Ich frage mich, warum Sie darauf freiwillig verzichten wollen, warum Sie sagen, die Bundesländer sollen nicht mitbestimmen. Warum ein Bundesland sich also selbst entmachten möchte im Bundesrat, das bleibt ihr Geheimnis, darauf haben Sie heute keine Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihre juristische Argumentation ist einhellig widerlegt. Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags steht über all der Hobbyjuristerei, die wir beide vielleicht betreiben können. Das ist klar und eindeutig vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages entschieden.

Wie bei dem Thema, das wir vorhin diskutiert haben, gibt es in diesem Parlament eine andere Mehrheit. Ich will Sie nicht wieder nerven, aber ich frage mich, welchen Preis die CDU eigentlich noch von der GAL verlangt. Was müssen Sie noch preisgeben?

(Michael Neumann)

(Rolf Harlinghausen CDU: Was hat damals die SPD verlangt? – Zurufe von der CDU)

Ich will es nur andeuten, vielleicht denken Sie in einem stillen Augenblick einmal darüber nach: Die CDU hat in diesem Parlament nur die Option der Koalition mit Ihnen. Die GAL hat auch andere Koalitionsoptionen und andere Möglichkeiten, ihre Inhalte in diesem Hause mit einer parlamentarischen Mehrheit umzusetzen. Lassen Sie sich nicht in den Abgrund der CDU zerren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Abgeordneter, das Adjektiv halbseiden hat eine Konnotation, die ein bisschen problematisch ist.

(Michael Neumann SPD: Der Zwischenruf dann aber auch!)

– Gut. Ich sage nur, es hat eine Konnotation, die nicht hierher gehört.

Der Abgeordnete Hesse hat sich zu Wort gemeldet.

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Neumann, ich glaube, ich gehöre sachlich zu dieser Debatte genauso wenig hierher wie Sie eben.

(Ingo Egloff SPD: Dann lassen Sie es doch!)

Aber Ihre Rede war dermaßen platt und nicht von klarem Verstand gezeichnet, dass es mich hierher getrieben hat und ich möchte Ihnen auch gern sagen, warum. Wer bei klarem Verstand ist, lieber Kollege Neumann, der sagt sich, dass auf Dauer Kohlekraftwerke bestimmt nicht das sind, was wir haben wollen, denn sie haben einen hohen CO₂-Ausstoß. Wer bei klarem Verstand ist, lieber Kollege...

(Glocke – Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, die Worte vom klaren und nicht klaren Verstand bitte nicht noch einmal.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Ich habe noch nicht einmal jemanden angesprochen, Herr Präsident, ich frage nur, wer bei klarem Verstand ist.

Lieber Kollege, dann werde ich es andersherum machen. Wir sind uns alle einig – Sie fingen doch mit der Einigkeit an –, dass Kernenergie sicherlich

eine Energie ist, die langfristig tatsächlich von keinem – ich hoffe das zumindest – dauerhaft gewünscht wird. Das Gleiche gilt für Kohlekraft. Wir sind aber in einer Situation, das haben wir in den Debatten schon mehrfach deutlich gemacht, in der wir schauen müssen, wie wir einen vernünftigen Übergang zu regenerativen Energien bekommen, und den bekommen wir nicht mit dem von Ihnen immer gefordertem "Ausstieg sofort".

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sofort steht da gar nicht drin!)

Wir bekommen ihn nicht, indem wir sagen, wir verlängern die Laufzeiten von Kernenergie nicht, denn alles muss bezahlt werden. Unsere Industrie muss bezahlt werden, die in Deutschland produzieren muss, die Energie muss bezahlbar bleiben. Sie stehen sich hier aus der Verantwortung, lieber Kollege Neumann, indem Sie ständig sagen, wir schalten alles ab, wir wollen keine Kohlekraft, wir wollen keine Kernkraft haben. Aber wie Sie es machen wollen, da fehlt, wie bei so vielen Punkten, bei der SPD wieder ein Konzept, da fehlt eine Idee. Und wer bei klarem Verstand ist – entschuldigen Sie, Herr Präsident –, der merkt das auch.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insgesamt war die Stimmung etwas hoch gekocht. Wir sollten morgen wieder ein bisschen ruhiger miteinander reden.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum gemeinsamen Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/6372.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/6249 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 20.27 Uhr

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Bülent Ciftlik, Hanna Gienow, Michael Gwosdz, Dirk Kienscherf, Bettina Machaczek, Carola Thimm und Ekkehart Wersich

Anlage(siehe Seite [3392](#))**Namentliche Abstimmung****über den Antrag der Fraktion der SPD:****Ausschluss des Präses der Finanzbehörde Frigge von seinen Amtsgeschäften bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens****Drucksache 19/6250**

Name	Abstimmungsergebnis
Barbara Ahrons	Nein
Kersten Artus	Ja
Elke Badde	Ja
Jan Balcke	Ja
Horst Becker	Nein
Ksenija Bekeris	Ja
Wolfgang Beuß	Nein
Dr. Joachim Bischoff	Ja
Christiane Blömeke	Nein
Olaf Böttger	Nein
Thomas Böwer	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Wilfried Buss	Ja
Bernd Capeletti	Nein
Alexandra Dinges-Dierig	Nein
Gabi Dobusch	Ja
Anja Domres	Ja
Dr. Andreas Dressel	Ja
Dieter Dreyer	Nein
Barbara Duden	Ja
Ingo Egloff	Ja
Gunnar Eisold	Ja
Hartmut Engels	Nein
David Erkalp	Nein
Britta Ernst	Ja
Lydia Fischer	Nein
Dr. Friederike Föcking	Nein
Günter Frank	Ja
Egbert von Frankenberg	Nein
Marino Freistedt	Nein
Jörn Frommann	Nein
Thies Goldberg	Nein
Eckard Graage	Nein
Jens Grapengeter	Nein
Martina Gregersen	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Andy Grote	Ja
Uwe Grund	Ja
Dr. Eva Gumbel	Nein
Norbert Hackbusch	Ja
Metin Hakverdi	Ja
Jörg Hamann	Nein
Rolf Harlinghausen	Nein
Heiko Hecht	Nein
Robert Heinemann	Nein
Linda Heitmann	Nein
Klaus-Peter Hesse	Nein
Dora Heyenn	Ja
Dr. Natalie Hochheim	Nein
Vera Antonia Jürs	Nein
Jens Kerstan	Nein
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Nein
Rolf-Dieter Klooß	Ja
Martina Koeppen	Ja
Karen Koop	Nein
Thomas Kreuzmann	Nein
Anne Krischok	Ja
Wolfgang Joithe - von Krosigk	Ja
Harald Krüger	Nein
Philipp-Sebastian Kühn	Ja
Hans Lafrenz	Nein
Dr. A. W. Heinrich Langhein	Nein
Gerhard Lein	Ja
Dittmar Lemke	Nein
Claudius Lieven	Nein
Brigitta Martens	Nein
Dr. Lutz Mohaupt	Nein
Antje Möller	Nein
Stephan Müller	Nein
Farid Müller	Nein
Wolfgang Müller-Kallweit	Nein
Arno Münster	Ja
Michael Neumann	Ja
Ralf Niedmers	Nein
Olaf Ohlsen	Nein
Dr. Christel Oldenburg	Ja
Dr. Mathias Petersen	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Wolfhard Ploog	Nein
Jan Quast	Ja
Ties Rabe	Ja
Rolf Reincke	Nein
Berndt Röder	Nein
Hans-Detlef Roock	Nein
Wolfgang Rose	Ja
Andrea Rugbarth	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja
Dr. Martin Schäfer	Ja
Jana Schiedek	Ja
Frank Schira	Nein
Christiane Schneider	Ja
Sören Schumacher	Ja
Karl Schwinke	Ja
Richard Seelmaecker	Nein
Viviane Spethmann	Nein
Dr. Dorothee Stapelfeldt	Ja
Olaf Steinbiß	Ja
Hjalmar Stemmann	Nein
Birgit Stöver	Nein
Elke Thomas	Nein
Juliane Timmermann	Ja
Karin Timmermann	Ja
André Trepoll	Nein
Dr. Peter Tschentscher	Ja
Carola Veit	Ja
Thomas Völsch	Ja
Kai Voet van Vormizeele	Nein
Andreas Waldowsky	Enthaltung
Andreas C. Wankum	Nein
Karl-Heinz Warnholz	Nein
Jenny Weggen	Nein
Monika Westinner	Nein
Mehmet Yildiz	Ja